

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat, 1,10 Mark pro Vierteljahr, 4,40 Mark pro Jahr, 1,10 Mark pro Quartal. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummern mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Interflons-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 20 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (zeitgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengelüste und Schließungs-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition W bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 3. Dezember 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Der Verfassungskampf.

Wie haben sich für den Reichstag der Gottentotendahlen die Zeiten geändert! Als er zusammentrat, da glaubten die bürgerlichen Parteien, in nationaler Begeisterung die Sozialdemokratie über den Haufen getannt zu haben, und eine Aera neuer nationaler Herrlichkeit würde uns angeblüht. Heute mußte es derselbe Reichstag schweigend hinnehmen, als Ledebour in der bedeutenden Rede, in der er die Anträge unserer Fraktion vertrat, den Zusammenbruch des herrschenden Systems in der inneren und auswärtigen Politik verkündete. Sie durften nicht protestieren; denn daß der Reichstag diese Debatte führen mußte, ist ja nur eine der Folgen des Zusammenbruchs.

Den bürgerlichen Parteien ist es schwer gefallen, in diese Verhandlungen einzutreten. Sie hätten am liebsten an dem Bestehenden nicht gerührt und die Dinge weiter gehen lassen wie bisher. Aber es ging eben nicht weiter. Die mächtige Bewegung, die das deutsche Volk ergriffen hat, der aufschwellende Ruf nach dem Recht der Selbstbestimmung und Selbstregierung rang auch den störrischen Fraktionen den schweren Entschluß ab, sich endlich einmal statt mit neuen Stoffen mit neuen Rechten für das Volk zu befehlen. So ist die Verhandlung selbst bereits ein erster Erfolg der Volksbewegung und von der Stärke und Ausdauer, die dieser Bewegung innewohnt, wird auch das schließliche Resultat abhängen. Was diesem Reichstag fehlt, ist vor allem der Wille zur Macht. Diese Abgeordneten müssen erst durch ihre Wähler gezwungen werden, sich ihr Recht zu erkämpfen. Der Wille, der in dem deutschen Volk lebendig geworden ist, nicht länger mehr Spielball des bürokratischen Absolutismus zu sein, muß seiner Vertretung durch eine unermüdete Einwirkung von außen erst aufgezungen werden. Diese Debatten sind nichts anderes als ein Anfang; das Ende hängt von der politischen Energie des deutschen Volkes selbst ab.

Konnten die bürgerlichen Parteien der Aufrollung des Verfassungsproblems nicht mehr ausweichen, so konnte auch die Regierung nicht mehr mit dem alten Schmutz der Volksvertretung begegnen. Die Ankündigung, daß sie das alte Spiel wiederholen wolle, gegen das Initiativrecht der Abgeordneten durch ihren Auszug aus dem Reichstag zu demonstrieren, konnte sie diesmal nicht auszuführen wagen. Das Ansehen der Regierung ist zu sehr erschüttert, die Notwendigkeit von der Machterweiterung der parlamentarischen Rechte allzusehr Gemeingut der breiten Massen geworden, als daß eine solche Provokation rätlich gewesen wäre. Aber freilich: die deutsche Regierung ist in allzu hohem Maße das Organ der preussischen Junker, als daß sie in offener und ehrlicher Weise dem Reichstag Rede und Antwort gestanden hätte. Der agrarische Reichskanzler suchte sich durch ein faules Kompromiß aus der Affäre zu ziehen. Er erschien nicht selbst, schickte aber als seinen Stellvertreter Herrn von Bethmann-Hollweg. Der Herr Staatssekretär erklärte, daß die Regierung keine Stellung zu den Anträgen nehmen könne, denn der Bundesrat habe über diese Fragen noch nicht beraten. Die Regierung wolle aber — zu hören, um dadurch zu bezeugen, welchen Wert sie den Ansichten des Reichstages beilege. Die Regierung verweigert also jede „positive Arbeit“ und setzt den Bemühungen auf Erringung neuer Volksrechte ihre tödliche Obstruktion entgegen. Trotzdem sie wissen mußte, daß die überwiegende Mehrheit des Reichstages der Verfassungsfrage brennendes Interesse entgegenbringt, hat sie es nicht für nötig gehalten, den Bundesrat zu der Frage Stellung nehmen zu lassen. Sie wartet das Ergebnis der Reichstagsdebatten ab, in der Hoffnung, daß es den Feinden der parlamentarischen Machterweiterung im Reichstag selbst schon gelingen werde, jedes Resultat zu verhindern.

Die Verhandlungen des heutigen Tages gewähren keine Gemisheit, daß diese Hoffnung vereitelt wird. Dr. Müller-Meinigen, als Vertreter der liberalen Fraktionsgemeinschaft und Dr. Spahn sprachen sich wenigstens mit Entschiedenheit für die Festlegung der Ministerverantwortlichkeit aus. Der liberale Redner erkannte auch die Dringlichkeit der Aenderung der Geschäftsordnung an. Aber beide ließen jede Kampfesstimmung, jeden Schwung der Begeisterung völlig vermissen. Man hörte juristische Argumentationen, aber es fehlte alle politische Leidenschaft. Das aber ist ein um so bedenklicheres Zeichen, als die schwereren Hindernisse, die es zu überwinden gilt, wenn das Ziel erreicht werden soll, nur genommen werden können, wenn in den Massen des Volkes entschlossene Kampfeslust entzündet wird. Von solcher Erkenntnis aber waren die bürgerlichen Vertreter der Verfassungsanträge weit entfernt.

So war es dem sozialdemokratischen Redner vorbehalten, diese Debatte, die der Vertiefung der alten Forderung des Bürgertums nach Ministerverantwortlichkeit und parlamentarischer Regierung gilt, auf jenes Niveau zu heben, das der Bedeutung des Gegenstandes würdig war. Seine Rede gestaltete sich zu einer prinzipiellen Abrechnung mit dem absolutistischen Regierungssystem. Mit schneidender Ironie schob er die offiziellen Beschränkungen beiseite, daß der hehren Person Wilhelms II. bei den heutigen Debatten Schaden zugefügt werden sollte. Nicht um die

Meinungen und Taten Wilhelms II. könne es sich heute handeln, sondern um das weit umfassendere System des rein konstitutionellen bürokratischen Regierungssystems, von dem das persönliche Regiment nur eine wenn auch notwendige und unvermeidliche Begleiterscheinung ist. Und dann entrollte er in großen Zügen ein Bild des deutschen Verfassungselends. Die Verachtung, die die Regierung dem Reichstag entgegenbringt, konnte nicht deutlicher bezeugt werden, als dadurch, daß Fürst Bülow es nicht einmal für nötig hielt, die Volksvertretung über das Resultat der Unterhaltung mit dem Monarchen zu unterrichten. Freilich, was hätte er auch sagen können? Ist doch durch die Erklärung des Kaisers nicht das geringste geändert worden, ist doch alles beim Alten geblieben. Das vollständige Fiasko unserer Inlands- und Auslandspolitik ist offenbar. Aber die Träger des Systems, das solche Früchte getragen hat, wollen von keiner Aenderung wissen. Deshalb muß jetzt der Reichstag Wandel schaffen und sich endlich das Recht auf parlamentarische Regierung erobern. Mit treffender Satire fertigte Ledebour die Einwände gegen parlamentarische Minister durch die Schilderung der heutigen Ministerfabrikation ab. Da wird ein Subaltern general Postminister, wahrscheinlich, weil man einen so vorzüglichen Statistiker auf jeden Fall unterbringen mußte. Er wird dann Landwirtschaftsminister und verschwindet schließlich, weil man den zu arg Kompromittierten absolut nicht mehr halten kann. Bülow wird Staatssekretär und Reichskanzler, weil ein kaiserlicher Favorit ihm günstig ist, ohne daß der Reichstag irgend etwas von seinem politischen Charakter und von seinen politischen Fähigkeiten weiß. Und als Bülow's Stellung erschüttert ist, da werden in der Öffentlichkeit Leute genannt, deren Nennung allein einen Skandal bedeutet. In einem eindrucksvollen Appell richtete Ledebour die Frage an die bürgerlichen Parteien, ob es denn so weiter gehen könne, ob sie denn sich nicht die Kraft und die Kenntnisse zutrauen, die Regierung selbst zu führen. Sodann zeigte unser Redner den bürgerlichen Parteien, wie sie es machen müssen, und worauf es ankommt. Nicht bitten dürfen sie, sondern sie müssen die Macht gebrauchen, die ihnen die Finanznot der Regierung in die Hand gibt. Sie müssen dem Reichstag Bewegungsfreiheit erkämpfen, indem sie das Interpellationsrecht nach dem sozialdemokratischen Vorschlag ausgestalten und sie müssen verhindern, daß das Ministerverantwortlichkeitsgesetz ein toter Buchstabe wird, indem sie die entscheidende Forderung des sozialdemokratischen Antrages annehmen, daß der Reichskanzler auf Verlangen der Majorität des Reichstages entlassen werden müsse! In einer bedeutungsvollen Auseinandersetzung mit dem Scheinargument, daß durch die Ausgestaltung der Verfassung der föderative Charakter des Reiches Schaden nähme, wies Ledebour nach, wie sehr die Bundesversammlung eine bloße Fiktion ist. In Wirklichkeit ist heute der Bundesrat nur eine Dekoration für die Regierungsführung durch die preussische Bürokratie, ein Anhängsel des preussischen Ministeriums. Beweise nicht das Elektrizitätsgesetz, das die bayerischen Interessen aufs schwerste schädigt, daß der Bundesrat gegen die preussischen Diktate völlig ohnmächtig ist? Ein solcher Gesetzesentwurf wäre unmöglich gewesen, wenn wir ein parlamentarisches Regierungssystem hätten. Beim Reichstage ist jetzt die Macht und so muß er endlich dafür sorgen, daß in deutschen Landen des Volkes Wille das höchste Gesetz ist.

Ledebour's Rede — und das ist das Bezeichnende — war der Höhepunkt in dieser Debatte um die bürgerliche Forderung der parlamentarischen Regierung. Dem Eindruck seiner Ausführungen konnte sich auch dieses müde und zaghafte Haus nicht entziehen. Im Anfang hatte die Rechte versucht, durch allerlei höhnische Äußerungen unseren Redner zu verstören. Wenn es sich um Volksrechte handelt, machen die Junker ihre Stallweise. Aber die Ueberlegenheit Ledebour's brachte sie bald zum Schweigen und unter steigender Spannung konnte Ledebour, nur noch einmal gestört durch den Vizepräsidenten Paasche, der sich eine blamable Abfuhr holte, seine glänzende Rede zu Ende führen. Um so stärker aber war der Kontrast, den die Ausführungen der folgenden Redner brachten: Der Vertreter der Polen schloß sich in einer kurzen Erklärung dem Freiheitsstreben des deutschen Volkes an. Dann aber kam in dem Nationalliberalen Dr. Jund der falsche Freund und in dem Reichsparteiler v. Dirksen der offene Gegner zu Wort. Dr. Jund sprach sich zwar wenigstens für Erweiterung des Interpellationsrechtes aus, aber er verlor vollständig in der Verfassungsfrage. Er lehnte es ausdrücklich ab, die Finanzreform zur Durchsetzung der Verfassungsweiterung zu gebrauchen, will also noch vor dem Kampf die Waffen an den Gegner ausliefern. Aber geradezu als Skandal muß man es bezeichnen, daß ein Volksvertreter sich gegen die selbstverständliche Forderung wehrt, daß der Reichskanzler auf Verlangen des Reichstages zu entlassen ist. Geht das doch nichts anderes, als das Recht des Monarchen anerkennen, gegen den Willen des Reichstages zu regieren. Und so etwas nennt sich noch liberal. Im übrigen verlor sich die langweilige und leberne Rede in einer ganz albernen Kritik der sozialdemokratischen Anträge, wobei ihm dann der Herr v. Dirksen sekundierte, der überhaupt gegen jede irgendwie bedeutungsvolle Machterweiterung des Reichstages Stellung nahm und sich vor einem parlamentarischen Regierungssystem bekreuzigte.

Damit endete der erste Tag der Verfassungsdebatte. Er war ein parlamentarischer Erfolg für die Sozialdemokratie. Daß aus dem parlamentarischen Erfolg auch ein Zuwachs an wirklicher Macht werde, dafür muß das deutsche Volk, muß vor allem die deutsche Arbeiterklasse selbst sorgen. Aber der Sieg ist des Kampfes wert und die Stimmung der deutschen Arbeiter bietet uns Gewähr, daß dieser Kampf mit aller Energie geführt werden wird.

## Die Ausichten der Steuerreform in Preußen.

Obwohl die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses der Beratung der Steuervorlagen erst eine einzige Sitzung gewidmet hat, läßt sich doch heute schon sagen, daß die Vorschläge der Regierung recht wenig Aussicht auf Annahme haben. Bekanntlich hat die Regierung neben einer Aenderung des Einkommen- und des Ergänzungsteuergesetzes den Erlaß eines besonderen Gesellschaftssteuergesetzes beantragt. Die Freikonservativen beantragen im Gegensatz dazu rundweg die Streichung der diese Steuern betreffenden Bestimmungen des sogenannten Mantelgesetzes, sie wollen lediglich vorübergehend, bis eine innerhalb zweier Jahre einzubringende Vorlage über eine endgültige Neuordnung der Finanzen die gesetzliche Regelung erfahren hat, Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungsteuer bewilligen. Der Vorsitzende der Kommission beabsichtigt nun, unmittelbar nach Schluß der Generaldebatte über diesen Antrag abstimmen zu lassen und im Falle seiner Annahme von einer weiteren Beratung der Regierungsvorlage Abstand zu nehmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der freikonservative Antrag eine Mehrheit findet, so daß die Kommission der Mühe überhoben wird, klipp und klar Stellung zu einer Erhöhung der direkten Steuern zu nehmen. Die Entscheidung wird möglicherweise bereits am Donnerstag fallen.

Unbedingt auf Seiten der Regierung stehen nur die Konservativen, die Vertreter aller anderen bürgerlichen Parteien haben gegen neue Steuern schwere Bedenken vorgebracht. Die Freikonservativen verlangen, wie aus ihrem Antrag hervorgeht, eine organische Regelung der preussischen Finanzen innerhalb zweier Jahre, bis dahin sollen alle Zehnten, auch die mit einem Einkommen von nur 901 M., einen Steuerzuschlag von mindestens 10 Prozent zahlen. Die Nationalliberalen wollen die Zuschläge erst bei Einkommen von mehr als 3000 M. eintreten lassen, die Zuschläge nur für die Jahre 1909 und 1910 bewilligen und von einer später vorzunehmenden endgültigen Regelung der Finanzen nichts wissen. Ihr Redner warnte vor einer Ueberspannung des direkten Steuersystems und riet zu einer Verlangsamung der Schuldentilgung. Die Freisinnigen stehen auf dem Standpunkt, daß zur Ergänzungsteuer überhaupt keine Zuschläge erhoben werden sollen, zur Einkommensteuer erst bei Einkommen von mehr als 9000 M., daß diese Zuschläge nur für ein Jahr bewilligt und daß im übrigen das System der Quotifizierung eingeführt wird, d. h. die Höhe der Einkommensteuer soll sich nach den jeweiligen Staatsbedarf richten und durch den Etat soll jährlich festgesetzt werden, wieviel Monatsraten der veranlagten Einkommensteuer für das veranlagte Etatsjahr zur Erhebung kommen. Diese drei Parteien werden in der einen oder anderen Form für den freikonservativen Antrag stimmen; den Ausschlag wird das Zentrum geben, dessen Stellung aus der Rede seines Vertreters nicht ganz klar hervorging.

Die Gesellschaftssteuer wird auf Annahme kaum zu rechnen haben. Zwar sind nur Nationalliberale und Freisinnige prinzipiell dagegen, aber auch Zentrum und Freikonservative wollen aus taktischen Erwägungen heraus den Entwurf ablehnen, weil sie diese Steuer dem Reich vorbehalten wissen wollen. Wird der Entwurf abgelehnt, so ist der gegen die Arbeiterkonsumvereine geplante Schlag abgewehrt, aber nicht etwa aus Liebe zu diesen Gebilden, sondern mit Rücksicht auf die kapitalistischen Assoziationen, mit denen die Regierung sie auf eine Stufe gestellt hat.

Im großen ganzen scheint die Mehrheit der Kommission vor einer Erhöhung der Steuern einmal aus der bekannten Steuerlichen der Besitzenden und sodann wegen der Unklarheit der Steuerverhältnisse im Reich zurückzusprechen. Jedemfalls wird die Abstimmung von weittragender politischer Bedeutung sein, zumal da der Finanzminister ausdrücklich erklärt hat, es liege ein Beschluß des Staatsministeriums vor, daß die Frage der Beamtenbefolgungen mit der Lösung der Deckungsfrage steht und fällt.

## Der Reichshaushaltsetat für 1909.

Der von der „Nordd. Allg. Zig.“ veröffentlichte Reichshaushaltsetat für 1909 wird von der ganz- und halböffentlichen Presse als ein Beweis dafür angesehen, daß die Regierung ernstlich gewillt ist, zukünftig größere Sparsamkeit walten zu lassen und ihre

Ausgaben möglichst einzuschränken. In Wirklichkeit beweist die Aufstellung der Etatsposten nur, daß das Reichsfinanzamt sich nicht minder auf die Bilanzverschlechterung versteht, wie die Direktionen und Aufsichtsräte mancher Aktiengesellschaften. Wie diese notwendigen Ausgaben zurückstellen oder sie nicht mehr im laufenden Jahre in Anrechnung bringen, sondern sie erst im folgenden Jahre in ihren Büchern erscheinen lassen, so hat auch das Reichsfinanzamt alle dringlichen und beachtlichen Ausgaben vorläufig zurückgestellt. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Ist erst die jetzige Finanzkrise des Reiches überwunden, d. h. hat erst der Reichstag die geforderten neuen Steuereinnahmen bewilligt, so werden neben den verschiedenen Nachforderungen auch sofort die jetzt zurückgestellten Ausgaben wieder im Etatentwurf erscheinen. Der vorgelegte Etat ist demnach nichts als ein Verlegenheitsprodukt, in welchem erstens ohne genügende Berücksichtigung der zurzeit herrschenden Wirtschaftskrise die Einnahmen teilweise zu hoch angesetzt sind, während man andererseits an verschiedenen Ausgabenposten gestrichen hat, was sich irgend streichen ließ. Auf diese Weise hat man rechnungsmäßig ein künstliches Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben hergestellt, das in Wirklichkeit nicht besteht, indem man sich damit tröstete, daß ja nach der Sanierung der Reichsfinanzen das Verfallene nachgeholt und all das, was jetzt gestrichen ist, in den nächsten Etat eingestellt und nachgefordert werden könnte. Ein solches Verfahren „Sparen“ zu nennen, ist ebenso verkehrt, als die Praxis eines Hausbesitzers Sparen zu nennen, der alle nötigen Reparaturen seines Hauses unterläßt und bis auf spätere Zeiten verschiebt.

Trotz aller solcher „Sparbarkeit“ schließt der Etat für 1909 in Einnahme und Ausgabe mit 2 865 409 018 Mark ab; er ist also um ungefähr 80% Millionen Mark höher als im vorigen Jahre, und selbst dieses Resultat wäre nicht erzielt, wenn nicht bei den außerordentlichen Ausgaben dermaßen gestrichen worden wäre, daß sie um 80% Millionen hinter dem vorjährigen Ansatz zurückbleiben, denn die ordentlichen Ausgaben stellen sich um ungefähr 111 Millionen Mark höher als im Etat 1908. Verglichen mit den Ziffern des Etats für 1908 ergeben sich für die einzelnen Posten folgende Beträge:

Die fortdauernden Ausgaben	Etat für 1909	Mehr oder weniger als im Vorjahre
Betragen 2 292 525 098 M. (+ 66 016 844 M.). Sie verteilen sich wie folgt:		
Reichstag	2 114 165	—
Reichsfinanzamt und Reichskanzlei	800 985	— 5 875
Auswärtiges Amt	17 905 565	+ 836 533
Reichsamt des Innern	78 119 240	+ 798 048
Verwaltung des Reichsheeres	676 178 679	+ 5 644 665
Reichsmilitärgericht	588 751	+ 10 250
Verwaltung der kaiserl. Marine	144 048 804	+ 10 242 730
Reichsjustizverwaltung	2 486 105	+ 22 175
Reichsfinanzamt	304 751 677	+ 3 781 673
Reichskolonialamt	2 637 388	+ 788 286
Reichseisenbahnamt	444 875	+ 10 575
Reichsschuldbank	171 487 300	+ 16 020 278
Rechnungshof	1 188 186	+ 65 440
Allgemeiner Pensionsfonds	115 100 685	+ 4 727 135
Reichsinvalidenfonds	85 241 397	+ 797 452
Reichspost- u. Telegraphenverwaltung	578 144 766	+ 27 690 501
Reichsdruckerei	8 089 845	+ 623 230
Reichseisenbahnverwaltung	98 774 000	+ 3 026 000

Die einmaligen Ausgaben	Etat für 1909	Mehr oder weniger als im Vorjahre
des ordentlichen Etats betragen 897 844 235 M. (- 45 051 888 M.); sie setzen sich wie folgt zusammen:		
Auswärtiges Amt	1 009 960	+ 824 010
Reichsamt des Innern	1 998 400	+ 4 035 600
Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung	16 880 907	+ 594 419
Reichsdruckerei	87 084	—
Verwaltung des Reichsheeres	98 704 832	- 28 531 098
Reichsmilitärgericht	850 000	- 150 000
Verwaltung der kaiserlichen Marine	157 437 851	+ 29 400 398
Reichsjustizverwaltung	22 500	- 12 500
Reichsfinanzamt	24 541 673	+ 22 459 173
Reichskolonialamt	26 729 184	+ 13 178 838
Reichsschuldbank	—	- 508 000
Reichseisenbahnverwaltung	3 015 070	- 8 817 600
Expedition nach Ostasien	1 170 491	+ 1 170 491
Reichsbudget für 1907	13 842 652	+ 13 842 652
Beihilfen für 1907	28 151 001	+ 23 151 001
Gestundete Matrikularbeiträge	28 403 680	- 28 403 680

Die Einnahmen des ordentlichen Etats	Etat für 1909	Mehr oder weniger als im Vorjahre
Bestehen aus folgenden Einnahmen:		
Steuern und Gebühren	1 208 277 980	- 54 653 790
Abfindungen	97 120	- 3 790
Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung	672 447 600	+ 23 300 600
Reichsdruckerei	11 222 500	+ 892 700
Reichseisenbahnverwaltung	123 291 000	- 2 241 000
Dankwesen	34 669 000	—
Verschiedene Verwaltungseinnahmen	64 548 088	+ 21 350 689
Reichsinvalidenfonds	35 242 007	+ 1 610 635
Ausgleichsbeträge	29 583 195	+ 9 888 447
Matrikularbeiträge	420 839 153	+ 80 861 091
Gestundete Matrikularbeiträge für 1908	28 403 680	+ 28 403 680

Die Ausgaben des außerordentlichen Etats	Etat für 1909	Mehr oder weniger als im Vorjahre
Betragen		
Reichsamt des Innern	14 000 000	- 10 000 000
Verwaltung des Reichsheeres	41 716 200	- 14 908 100
Verwaltung der kaiserlichen Marine	109 024 045	+ 23 789 895
Reichskolonialamt	3 600 000	- 12 400 000
Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung	45 000 000	- 15 000 000
Reichseisenbahnverwaltung	20 700 500	+ 1 068 000

Die Einnahmen des außerordentlichen Etats sind wie folgt angelegt:

Etat für 1909	Mehr oder weniger als im Vorjahre	
Aus der Verwendung des Fonds für Kleinwohnungen	257 000	+ 40 000
Für Festungsgrundstücke	3 818 418	+ 547 127
Aus Anlaß der Expedition nach Ostasien	677 400	+ 35 272
Niederstellungen auf die aus dem Reichsfestungsbaufonds geleisteten Vorkäufe	42 014	- 9 747
Von dem Schutzgebiete Logo	45 525	+ 1 580
Von der Verwaltung der Reichseisenbahnen	519 500	+ 143 500
Von der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	1 162 360	+ 1 162 360
Zur Verminderung der Reichsschuld	25 337 249	+ 25 337 249
Aus der Anleihe	208 180 215	- 57 773 807

Für das Rechnungsjahr 1909 übersteigen die Matrikularbeiträge die zu ihrer Deckung dienenden Ueberweisungen um den Betrag von 281 710 008 M. Abzüglich von 40 Pf. auf den Kopf der Bevölkerung, d. i. von 24 256 511 M., ist die Erhebung des Mehrbetrages von noch 207 454 002 M., nach § 3 des Gesetzes vom 3. Juni 1908, auszuführen.

## Wirtschaft!

### Herr Staatssekretär, Wirtschaft!

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat in ihrer Sitzung vom Mittwoch beschloffen, folgende Interpellation einzubringen: Ist dem Herrn Reichsfinanzminister bekannt, daß das Reichsvereinsgesetz, insbesondere dessen § 12 (Sprachenparagrafen) von Verwaltungsbehörden vielfach in einer Art und Weise gehandhabt wird, die sich weder mit dem Wortlaut des Gesetzes noch mit den Erklärungen der Vertreter der verbündeten Regierungen vereinbaren läßt? Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichsfinanzminister zu ergreifen, um gegen diese Uebelstände Abhilfe zu schaffen?

Das Material für die Anklage gegen den Staatssekretär des Innern, daß er nicht das geringste tut, um die Anwendung des Vereinsgesetzes in Preußen mit seinen Verschärfungen im Reichstage in Einklang zu bringen, mehren sich in den letzten Tagen geradezu im Galoppemarsch. So wird uns aus Dortmund gemeldet, daß am letzten Sonntag in der Zahlstellenversammlung des Bergarbeiterverbandes in Altenbögge (Kreis Hamm) zwei Gendarmen erschienen, um die Versammlung zu überwachen. Als sich die Gendarmen trotz Aufforderung nicht entfernten, schloß der Bezirksleiter Hoffeld die Versammlung. Wenige Stunden später sollte im gleichen Orte die Filialversammlung des sozialdemokratischen Vereins stattfinden. Auch in dieser Versammlung erschienen die Gendarmen. Sie verlangten die Anweisung eines Platzes, und als ihnen dieser verweigert wurde, lösten sie die Versammlung auf. Sie erklärten, Anweisung vom Amte Weikum zu haben, die Versammlung zu überwachen. Mitgliederversammlungen des sozialdemokratischen Vereins würden als öffentliche angesehen.

Im ersten Falle liegen zwei Vergehen der Polizei vor. Sie durfte die Versammlung schon deshalb nicht überwachen, weil sie die Veranstaltung einer Gewerkschaft war; sie durfte sie außerdem nicht überwachen, weil sie eine Vereinsversammlung war. Für den zweiten Fall trifft dieser letztere Grund ebenfalls zu.

Die Maßnahmen der Polizei von Altenbögge sind ein Glied in der Kette der Bestrebungen, die Versammlungen sozialdemokratischer Vereine überhaupt für öffentliche Versammlungen zu erklären. Als Handhabe dient das samose Reichsgerichtserkenntnis, das bereits in der Begründung des Vereinsgesetzes angeführt wurde, wonach Versammlungen solcher Vereine, die nach der räumlichen Ausdehnung des Gebietes, das sie umfassen, wie nach der Zahl ihrer Mitglieder so groß sind, deren Organisation eine so lose, bei denen der Erwerb und der Verlust der Mitgliedschaft an so geringe Voraussetzungen gebunden und so wechselnd ist, daß von ihnen nicht gesagt werden kann, ihre Mitglieder bilden einen in sich geschlossenen bestimmt abgegrenzten Kreis von innerlich unter sich verbundenen Personen, öffentliche Versammlungen sind. Als in den Verhandlungen des Reichstages die Gefährlichkeit dieser Auslegung aufgedeckt wurde und ihre Anführung in der Begründung als Anweisung an die Behörden gekennzeichnet wurde, sich diese Auslegung zuzugehen zu machen, protestierte Herr v. Bethmann-Hollweg dagegen, daß man den verbündeten Regierungen solche schwarzen Absichten unterstelle. Jetzt stellt sich immer mehr heraus, daß auch das Versprechen des Staatssekretärs, das in dieser Zurückweisung jener Besorgnisse lag, von der Regierung Preußens nicht beachtet wird! In einer ganzen Reihe von Städten und Orten hat die Polizei bereits die Versammlungen der sozialdemokratischen Vereine für öffentliche Versammlungen erklärt, stets unter Berufung auf das oben zitierte Reichsgerichtserkenntnis! Daß gegen bürgerliche politische Vereine so vorgegangen worden sei, darüber verlautet natürlich nichts! — Wird Herr v. Bethmann-Hollweg die Stirn haben, auch diese Praxis der preussischen Polizei als in Einklang mit seinen Versprechungen zu erklären?

Uebrigens ist die Anwendung jener gefälschten Reichsgerichtsentcheidung auf die Versammlungen sozialdemokratischer Vereine auch sachlich durchaus ungerechtfertigt. Das hat dieser Tage das Schöffengericht Hannover sehr gut ausgeführt, als es den Genossen Reuhold von der Anklage freisprach, daß er eine anmeldspflichtige Versammlung (eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Hannover) nicht angemeldet habe. Es führte in der Begründung seines Spruchs zutreffend aus, eine Versammlung von Mitgliedern eines politischen Vereins, zu der eben nur Mitglieder Zutritt hätten, sei keine öffentliche Versammlung. Die Mitglieder eines politischen Vereins seien auch „ein abgeschlossener Kreis innerlich mit einander verbundener Personen“ durch das Erkenntnis auf ein bestimmtes Programm und Statut usw. Was Herr v. Bethmann-Hollweg der preussischen Regierung zur gefälligen Beachtung zu übermitteln nicht scheuen sollte, wenn er sich von der Anklage reinwaschen will, daß er Mitschuldiger an der hier gekennzeichneten, seinen Versprechungen ins Gesicht schlagenden Praxis der preussischen Polizei ist.

## Der sächsische Wahlrechtsjammer.

Dresden, 2. Dezember.

Zu der schon telegraphisch gemeldeten Annahme der ersten sieben Paragrafen der Eventualvorlage ist noch ergänzend zu bemerken: Die Konservativen wählten, daß sie für ihr Zweiklassenwahlrecht mit dem Vierstimmrecht für die Privilegierten keine Zweidrittelmehrheit zustande bringen würden. Deshalb ging ihr Bestreben darauf hin, alle Bestimmungen aus der Eventualvorlage zu entfernen, die eine Verfassungsänderung bedingten. So wurde das Eventualmaßwerk noch mehr verächtlicher. Vor allem mühten sie die Klausel beiseite, wonach die Kammer aus 96 Abgeordneten bestehen sollte; sie drückten mit Bechtigkeit einen Antrag durch, wonach die 96 Abgeordneten gestrichen wurden, was soviel heißt, daß es bei den jetzigen 82 Abgeordneten und gleichzeitig auch bei der jetzigen Wahlkreiseinteilung verbleibt, die noch rücksichtiger und schlechter ist wie das sächsische Maßwerk. Anstatt 7 bzw. 8 werden nun Dresden und Leipzig nur 5 Kreise und Chemnitz statt 4 nur 2 Wahlkreise haben, während Zwickau wie bisher nur einen Wahlkreis bildet. Es bleibt zur Wahlkreiseinteilung die Bestimmung der Verfassung unverändert bestehen, wonach in 45 ländliche und 37 städtische Wahlkreise eingeteilt wird.

Als die konservative Abicht, die Eventualvorlage ohne Verfassungsänderungen und ohne neue Wahlkreiseinteilung durchzuführen, deutlich zutage trat, bemächtigte sich der Nationalliberalen eine große Erregung. Vogel, Götter, Langhammer und Böpfel ergriffen nacheinander das Wort. Einer redete aufgeregter wie der andere, jeder Sag war ein Ausfall gegen die Konservativen, jede Rede eine Kriegserklärung nach der rechten Seite, wo die nationalliberale Aufregung teils mit lautem Hohnsachen, teils mit Rärm und heftigen Parolen beantwortet wurden. Die Schärfe der Situation erreichte den höchsten Grad, als der den Konservativen jetzt besonders verdächtige Abg. Langhammer an die Regierung, besonders aber an den Geheimrat Heintz, die rechte Hand Hohenthals, die Frage richtete, ob es wahr sei, daß der Geschäftsführer des Bundes der Landwirte, der Abgeordnete Schmidt als Mitarbeiter bei der Aufstellung der Wahlkreiseinteilung von der Regierung zugezogen worden sei? Der Geheimrat Heintz wand sich erdarmungswürdig. Minister Hohenthals gerötetes Gesicht wurde dunkelrot, aber die Wirkung der Wandler konnte nicht geleugnet werden. Heintz mußte die Mitarbeit des Landwirtsdirektors Schmidt zugeben, was großen Rärm auf den nationalliberalen Wänteln auslöste. Das Gesandnis wurde zur Sensation des Tages.

Unter großer Erregung wurden späte Reden zwischen Konservativen und Nationalliberalen ausgetauscht. Auffällig war noch eine Anfrage des Abgeordneten Langhammer, ob es wahr sei, daß die Regierung ursprünglich nur drei Stimmen für die Privilegierten gefordert habe, und auf welche Mitarbeiter es zurückzuführen sei, daß die Regierung schließlich vier Stimmen gefordert habe. Graf Hohenthal hatte nur ausweichende Nebenarten. Dieser Punkt dürfte wohl noch eine Rolle bei den späteren Verhandlungen spielen. Geschähe es nicht, so nur deshalb, weil auch den Nationalliberalen vier Stimmen lieber sind als „nur“ drei.

Somit sei aus den Verhandlungen über den Eventualvorlage nur noch erwähnt, daß Hohenthal durch Verlesen eines langen Schriftstückes die Eventualvorlage in ein möglichst günstiges Licht zu setzen suchte, wobei er auch einige blühende Worte für die Arbeiter und Dienstboten fand. Zwischenrufe von den Tribünen belehrten ihn aber, daß die Arbeiter für seine schönen Worte danken, daß sie Rechte fordern, die ihnen Hohenthal nach wie vor verweigert.

Dresden, 2. Dezember.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Heute wurden die Verhandlungen zu Ende geführt. Die Eventualvorlage der Regierung wurde nach sehr heftigen Debatten zwischen Konservativen und Nationalliberalen mit 40 gegen 37 Stimmen, also nur mit 3 Stimmen Mehrheit angenommen. Die Mehrheit wäre überhaupt nicht vorhanden gewesen, wenn nicht drei Plätze der Linken durch Krankheit oder Tod unbesetzt gewesen wären. Es gelangte noch ein Antrag der Konservativen mit derselben Mehrheit zur Annahme, wonach von 1910 ab in den fünf Großstädten des Landes, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Plauen die Verhältniswahl eingeführt werden soll. Dadurch umgingen die Konservativen die Verfassungsänderung, wozu eine Zweidrittelmehrheit nötig wäre, die sie nicht haben.

Ein weiterer Beschluß der konservativen Mehrheit fordert die Regierung auf, dem nächsten Landtage eine Vorlage zur Neuordnung der großstädtischen Wahlkreise zu unterbreiten, und zwar dergestalt, daß auf die Einführung der Verhältniswahl Rücksicht zu nehmen ist. Aus diesem Beschluß geht hervor, daß die Konservativen im nächsten Landtag auf eine Zweidrittelmehrheit infolge des neuen Wahlrechts rechnen, auf Grund der sie dann eine Wahlkreiseänderung durchführen wollen. Schließlich gelangte noch ein konservativer Antrag zur Annahme, wonach die Wähler zweiter Klasse, die nur eine Stimme haben sollen, eine Literarklasse gebildet werden soll, mit der Aufgabe, daß alle über 50 Jahre alten Wähler dieser Klasse eine Zuschlagstimme auf Grund des Alters erhalten sollen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Dezember 1908.

### Der Mann für alles.

Der preussische königliche Landrat ist auf dem Gebiet der Verwaltung und Politik das, was im sogenannten einfachen bürgerlichen Haushalt das „Mädchen für alles“ ist. In seiner Person konzentriert sich nicht nur die Verwaltung seines Kreises, sondern auch dessen politische, religiöse, städtische, wirtschaftliche und künstlerische Leben. Ein richtiger Landrat kann, weiß und sorgt für alles. Er führt nicht nur mit weiser Umsicht die Verwaltung seines Amtsbezirks, sondern er organisiert auch mit strategischem Geschick die konservativen Wahlkreise, vertritt mit Sachkenntnis die Wünsche der ländlichen Großgrundbesitzer, achtet auf Kirchendebat und Moral der „Arbeitsgenossen“, arrangiert Kaisergeburtstagsfeiern und Wohlthätigkeitsfeste, Pferde- und Hunde-Wettrennen, schlichtet Rangverhältnisse, unterstützt mit bürgerlichem Wohlwollen die Bestrebungen zur Hebung der Pferde- und Rindviehzucht usw. Selbst das geistige und künstlerische Leben seines Kreises findet an ihm einen sachverständigen Förderer, wie er denn auch, falls er seine Aufgabe richtig erfüllt, sogar dafür sorgt, daß seine „Arbeitsgenossen“ regelmäßig zur Erweiterung ihrer Bildung Theater- und Vorlesungen besuchen. An der Spitze des „Genossen Kreisblattes“

dom 22. November erläßt z. B. der Oberster Königl. Landrat in großer, fetter Schrift folgende Bekanntmachung:

Nach nehmender Veranlassung, die Kreisgerichtshöfen hiermit auf die im Gaweilischen Städtchen zurzeit stattfindenden Vorstellungen des Hofischen Provinzialtheaters hinzuweisen. Leider hat dieses Unternehmen, das sich des besondern Wohlwollens Seiner Excellenz des Herrn Oberpräsidenten erfreut, bei seiner diesjährigen Spielzeit durchaus nicht die erwünschte Unterstützung seitens des Publikums durch regen Besuch erfahren, so daß zu befürchten steht, daß eine Wiederholung des Gastspiels in Zukunft nicht wird stattfinden können.

In Anbetracht der anerkannt guten Leistungen des Theaters dürfte es im Interesse des Publikums liegen, das Theater während der kommenden letzten Woche seines Gastspiels noch recht häufig zu besuchen.

#### Der Landrat

Es gibt doch noch gewissenhafte Beamte.

Der Königlich-literarische Hofbericht! Wir teilten kürzlich mit, daß S. M. eine große Umwälzung zu wünschen geruhen: Die Hofberichte sollen in Zukunft die königlich-kaiserlichen Nachrichten nicht mehr breitzitieren, sondern sich auf das Wesentliche beschränken. Der Öffentlichkeit soll z. B. vorenthalten werden, wieviel Böde irgendein kaiserlicher Prinz geschossen, wieviel Flaschen „Schampus“ er bewilligt hat und dergleichen mehr.

Um nun ganz sicher zu gehen, daß die Geschichte auch klappt, wird der Hofbericht vor der Veröffentlichung von jetzt ab, so wird glaubwürdig mitgeteilt, dem Königlich-literarischen Bureau des Staatsministeriums (für preussische Angelegenheiten) und dem Pressebezernat des auswärtigen Amtes (für Angelegenheiten des Reiches) vorgelegt werden!

Gestern abend brachte die bürgerliche Presse einen Bericht über die Immatriculation des Prinzen August Wilhelm, des vierzehnjährigen Schwelgers an der Berliner Universität. Es ist — wie früher — genau mitgeteilt, wie der Kaisersohn bei dem feierlichen Akte „sich räusperte und wie er spuckte“. Also sind die beiden neuen Kontrollinstanzen noch nicht in Tätigkeit getreten, oder aber sie hielten jene Mitteilungen für eminent wichtig und ließen sie deshalb passieren.

Eine bescheidene Anfrage: Ist auch Sorge getragen, daß die königlichen Hofberichterliteraten lesen, was ihnen vorgelegt wird, daß sie nicht etwa in Bernhard Wulstos Spuren wandeln? —

#### Viman als Leibjournalist des Bloks.

Eine Korrespondenz meldete dieser Tage, daß ein Berliner Verlag eine Zeitschrift herausgeben wolle, die den erhabenen Zwecken des Bloks dienen, auch den Namen „Der Blok“ führen und ausgerechnet den unglücklichen Rechts- und Linkschreiber Viman zum Chefredakteur haben solle. Nun ist in der Tat in dem betreffenden Verlage eine „Zeitschrift für nationale Politik“ erschienen, die zwar den Namen „Das Deutsche Volk“ führt, auch den famosen Titel nicht als Chefredakteur nennt, aber offenbar mit dem angeführten literarischen Unternehmen identisch ist. Ehren-Viman figuriert wenigstens unter den Mitarbeitern, von denen neben dem Dr. Arendt, Dr. Karl Peters, dem Januschauer Didenburg, dem Freiherrn v. J. edlig, dem heiligen Paasche, dem Reichsverbands-Liebert und anderer Größen der Schatzkammer auch die „freisinnigen“ Herren Eichhoff, Gedsker, Müller, Weinigen und — natürlich! — Mugdan genannt werden! Eine nette Gesellschaft, die sich da unter dem Redaktionslokal des Viman zusammengefunden hat!

Die Kosten des ostasiatischen Expeditionskorps werden nach der Neueinstellung nunmehr zum Teil von der Marineverwaltung, zum Teil auf den außerordentlichen Etat übernommen, und zwar beträgt die beim Marine-Etat angeforderte Summe für das ostasiatische Detachement 2147 488 M. Die im außerordentlichen Etat angeforderte Summe für die Verwaltung des Detachements beläuft sich auf 1170 491 M. Zusammen also kostet die ostasiatische Expedition im Jahre 1900 3318 979 M.

Wenn man bedenkt, daß im vergangenen Jahre von allen Parteien des Reichstags die Zurückziehung des Detachements gefordert wurde, könnte man vermuten, daß nunmehr in dieser Neuformation ein Entgegenkommen jenen Wünschen gegenüber zu erblicken wäre, man täuscht sich aber; die Forderung für dieses Jahr beträgt 268 077 Mark mehr als im vergangenen Jahre!

#### Vom Wahlrechtskampf in Sachsen.

Dienstag abend fanden in ganz Sachsen Demonstrationen- Versammlungen statt, die sich mit dem sich gegenwärtig wieder im Landtage abspielenden Ständel der Wahlrechtsüberstimmung befaßten. In Dresden fanden sechs überfüllte Versammlungen statt, die zum Teil polizeilich abgesperrt wurden. Ein ungeheures Polizeiaufgebot hatte alle Zugänge zum Schloß und auch die Straßen besetzt. In der Neustadt zogen circa 700 bis 800 Personen unter Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht durch die Straßen. An den Straßen wurden sie von der Schutzmannschaft zurückgedrängt, doch verlief glücklicherweise alles ohne Zwischenfall.

Die bürgerliche Presse bringt alarmierende Nachrichten über den Ausfall der Demonstrationen, doch entbehren sie jeder Grundlage. Das Polizeiaufgebot erwies sich als völlig überflüssig und war höchstens geeignet, Zusammenstöße herbeizuführen.

Rechnlich wie in Dresden verliefen die Demonstrationen- Versammlungen überall: Durchgehend sehr starke Beteiligung, aber ruhiger Verlauf.

#### Gerechtigkeitsentscheidungen zum Vereinsgesetz.

Der Regierungspräsident zu Döbeln hatte im vorigen Jahre an die ihm nachgeordneten Polizeibehörden eine Anweisung ergehen lassen, wonach von Veranlassung solcher Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten würden, die Entscheidung von Ausländern zu verlangen sei. Als nun der Rechtsanwalt Katojki eine Sitzung des politischen Wahlkomitees für Ratibor anmeldete, erhielt er eine polizeiliche Verfügung, daß die Teilnahme von Ausländern als unzulässig angesehen und untersagt werde. Die Sitzung selbst, an der acht Komitemitglieder, zwei Zuhörer und zwei Polizeibeamte teilnahmen, fand unbeanstandet statt. Katojki behauptete sich wegen der Verfügung. Die Anordnung, daß Ausländer nicht zugelassen seien, entbehre jeder gesetzlichen Grundlage. — Regierungspräsident und Oberpräsident wiesen die Beschwerde zurück. Der Oberpräsident führte an: Allerdings zähle das Vereinsgesetz (was auch auf das Reichsvereinsgesetz zutrifft) die Teilnahme von Ausländern nicht unter den Gründen zur Auflösung einer Versammlung auf. Es sei aber klar, daß den Ausländern nicht die Rechte der Inländer zustehen. Zweck Vermeidung der härteren Maßnahme der Ausweisung werde man das Recht haben, die Teilnahme von Ausländern an solchen Versammlungen zu verhindern, wo sie sich lästig machten. Hier komme in Betracht, daß es notorisch sei, daß die großpolnische Bewegung an Stärke zugenommen habe. Mit der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung sei unvereinbar die Teilnahme von Ausländern an politischen und an solchen Versammlungen, die der Verdrängung der Angehörigen des ehemaligen polnischen Staates dienen. — Das Oberverwaltungsgericht erkannte indessen am 27. November auf die Klage Ks., daß der Verbot des Oberpräsidenten aufzuheben und die polizeiliche Verfügung außer Kraft zu setzen sei. Die Gründe wurden nicht verstanden.

Versammlungen unserer freien Himmel dürfen in einen Saal verlegt werden, so hat das Breslauer Oberlandesgericht sich in einem konkreten Falle endgültig entschieden. Es handelte sich um eine Landtagswähler-Versammlung, die für den Abend des 20. Mai nach dem Garten eines Breslauer Establishments einberufen worden war. Infolge Regenwetters wurde die Versammlung auf Vorschlag des überwachenden Kommissars nach dem Saale verlegt. Später erachtete die Polizei dies als eine Uebertretung des Vereinsgesetzes. Das Schöffengericht sprach den Einberufer jedoch frei, indem es annahm, die Versammlung im Saale sei dieselbe gewesen, wie die für den Garten genehmigte, da sie auf demselben Grundstück stattgefunden habe und die Besucher wie das behandelte Thema ebenfalls die gleichen gewesen seien.

Auf die Berufung des Staatsanwalts erkannte die Strafkammer, es habe sich nicht um die gleiche Versammlung gehandelt. Freisprechung habe aber trotzdem zu erfolgen, da die Versammlung eine Versammlung der Wahlberechtigten gewesen sei und diesen Charakter auch durch die Anwesenheit von Frauen und dadurch, daß die Hauptrednerin eine Frau, Genossin Riek, gewesen sei, nicht eingebüßt habe.

Das Oberlandesgericht hatte sich nunmehr mit der Revision der Staatsanwaltschaft zu beschäftigen, die den Standpunkt vertat, daß Frauen an Versammlungen der Wahlberechtigten nicht teilnehmen dürften, ohne daß die Versammlung diesen Charakter verliere. Die Revision wurde verworfen, wobei sich das Gericht dem Urteil des Schöffengerichts anschloß. Da es sich demnach aber um die gleiche Versammlung gehandelt habe, die für den Garten genehmigt war, ließ das Gericht leider die Frage ungeklärt, ob die Versammlung trotz Anwesenheit der Frauen als Wähler-Versammlung anzusehen war, so daß sich für Breslau noch weitere Prozesse notwendig machen werden, um das Vereinsrecht der Arbeiter vor den Demolierungsgelassen der Polizei zu schützen.

#### Die Noblesse der Aktionäre von Radob.

Der Führer der christlichen Bergarbeiter, Effert, Mitglied der Siebenernstkommission, hat in einer Versammlung in Hannover über die zunehmende Ungleichheit der Ruhrbergleute gesprochen. Bei dieser Gelegenheit betonte er, daß die Zehne Radob zwar 80 000 M. für die Hinterbliebenen spendet hat, aber bei der Zahlung des letzten Lohnes an die Hinterbliebenen der noch in der Tiefe ruhenden Bergleute die Strafgebühren im Betrage von etwa 400 M. abgezogen hat. Das habe eine ungeheure Erregung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen. —

#### Zur bayerischen Steuerreform.

Nachdem bereits die meisten deutschen Staaten ihre direkten Steuern reformiert haben und vom Ertragssteuersystem zur allgemeinen Einkommensteuer übergegangen sind, denkt man auch in Bayern ernstlich an die Revision der direkten Staatssteuern. In Bayern werden erhoben:

Grund- und Haussteuer, Gewerbesteuer, Einkommensteuer, Kapitalrentensteuer, nebenher Wandergewerbesteuer und Warenhaussteuer. Steuern, die zu großen Härten führen, ohne besonders ergiebig zu sein. Die letzte Steuerreform im Jahre 1899 war ein Mißwerk. Zu der Zeit hatten die Liberalen mit den Wählern und Sozialdemokraten die Mehrheit in der bayerischen Abgeordneten-Kammer. Unsere Parteigenossen drängten auf eine gründliche Steuerreform, wofür aber weder die Liberalen noch das Zentrum zu haben waren. So ließen die bürgerlichen Parteien die günstige Zeit für eine Steuerreform verstreichen. Nun die Verhältnisse unhaltbar geworden sind, muß die Revision erfolgen, in der Zeit einer schweren, wirtschaftlichen Krise, die natürlich einer Steuerreform sehr ungünstig ist. Aber gründliche Arbeit wird auch jetzt nicht gemacht. Die Regierung hat zehn Gesetzentwürfe vorgelegt. Sie betreffen die Besteuerung von Einkommen, Gewerbe, Kapitalrenten, Grund- und Hausbesitz, Gemeindefiskalsteuern, Warenhaussteuer, Wertzuwachssteuer, Besitzveränderungsabgaben, Hundsteuer und ein Einführungs-gesetz. Hauptsteuer ist die Einkommensteuer; Gewerbe, Kapitalrenten, Grund- und Haussteuer sollen als Ergänzungsdienste dienen. Die übrigen Steuern werden den Gemeinden überwiesen, und dazu ein Umlagegesetz geschaffen. Also zunächst Verbeibehaltung der Ertragssteuern als Ergänzung der allgemeinen Einkommensteuer. Nach einem nicht näher bezeichneten Zeitraum soll Einführung einer Vermögenssteuer als Ergänzung der allgemeinen Einkommensteuer und Ueberweisung der Ertragssteuern an die Gemeinden stattfinden. Große Arbeit. Zur Vorbereitung der umfangreichen Gesetzentwürfe wurde ein besonderer Ausschuss von 30 Mitgliedern gewählt, in dem die sozialdemokratische Fraktion mit vier Mitgliedern vertreten ist. Unsere Parteigenossen haben beantragt, als Ergänzung der allgemeinen Einkommensteuer eine Vermögenssteuer mit Progression und Zulassung des Schuldenabzuges, sowie einen Gesetzentwurf betreffend die Ueberweisung der reformierten Ertragssteuern an die Gemeinden vorzulegen. Der Ausschuss hielt am Dienstag seine erste Sitzung ab. Referent über den Einkommensteuergesetzentwurf ist der Zentrumsabgeordnete Dr. Heim, der sich im Prinzip ganz auf den Standpunkt der Regierung stellt, im Einklang mit der Regierung ein Uebergangsstadium schaffen, eine Reform im Sinne der Sozialdemokratie aber einer späteren Zeit vorbehalten will. Der bayerische Finanzminister v. Pfaff bezeichnet den sofortigen Uebergang vom Ertragssteuersystem zur Vermögenssteuer als einen Sprung ins Dunkle, außerdem fehlten die erforderlichen statistischen Unterlagen für die Vermögensschätzungen in Bayern. Der Korreferent Dr. Quidde sieht in der Hauptsache auf dem Standpunkt des sozialdemokratischen Antragstellers, verlangt aber die Ueberweisung der Ertragssteuern an die Gemeinden bedingungsweise, d. h. ohne vorherige Reform. Unseren Antrag begründete Genosse Dr. Haller. Die Verhandlungen dieses Ausschusses dürften wohl Monate in Anspruch nehmen.

#### „Sieber 15 Jahre Zuchthaus, als zum Militär zurück!“

Diese für den Militarismus nicht gerade schmeichelhafte Neuherung tat der Soldat Neumann vom 102. Inf. Regt. (Jittau), als er am 15. August wegen Fahnenflucht, Diebstahls und einiger anderer Vergehen verhaftet wurde. Er hatte sich jetzt vor dem Dresdener Kriegsgericht zu verantworten. Am 20. April verließ er seinen Truppenteil, um, wie er selbst angab, sich dauernd seiner Dienstpflicht zu entziehen. Er wanderte nach Görlitz zu. In einem nahegelegenen Dorfe haßte er Zivilland und legte sie, nachdem er alle fiskalischen Dienstgegenstände preisgegeben hatte, an. Um nun recht schnell fortzukommen, kochte er ein Fahrrad und fuhr damit nach Böhmen. Hier nahm er Arbeit als Knecht an. Als er aber merkte, daß man auf seiner Spur war, kehrte er, nur mit Hufe desselben, davon. Das Fahrrad und die übrigen Gegenstände ließ er im Stich. Bald darauf entwendete er wieder einen Anzug und wanderte, immer unter falschem Namen, weiter. Am 15. August wurde er erkannt und festgenommen. Vor Gericht gab er an, er sei deshalb weg-gelaufen, weil man ihn ungerne zum Verdacht hatte, dem Sergeanten Förster Geld gestohlen zu haben, und weil er von diesem verschiedentlich schikaniert worden sei. Der Dienst sei ihm ungeheuer erswert worden, weil man fortgesetzt etwas an ihm auszuheben halte. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 3 Wochen Haft. Außerdem erkannte das Gericht auf Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenstandes, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren und Ausweisung aus dem Heere.

#### Blutige Kämpfe in Kamerun.

In Kamerun, dem Experimentierfeld für koloniale Kriegsführung, ist es nach einer Meldung der „Nordd. Allg. Ztg.“ wieder einmal zu blutigen Zusammenstößen zwischen Eingeborenen und unserer Kolonialtruppe gekommen. Das offiziöse Organ meldet:

„Von dem deutschfreundlichen Oberhäuptling zu Watari gegen Auswanderungsbestrebungen nach französischer (1) Seite zu Hilfe gerufen, war Leutnant Reuter in den ersten Septembertagen dorthin aufgebrochen. . . Auf dem Rückmarsch zum Rabel wurde Reuter in der Nähe dieses Flusses bei dem Ort Delisole plötzlich heftig angegriffen. Zwar gelang es dem energischen Führer, diesen Angriff zurückzuweisen, aber nicht nur seine schwache Abteilung erlitt bedeutende Verluste (von 13 Soldaten 3 tot, 3 schwer, 7 leicht verwundet), sondern auch Reuter selbst wurde durch einen Schuß in die linke Seite schwer verwundet. Der mit einer stärkeren Abteilung alsbald an Ort und Stelle geleitete Leiter der Demoflation, Oberleutnant Schipper, der die Ordnung (?) in jenem Gebiete schnell wiederherstellte, hielt die Ueberführung des Verwundeten zur Rüste unter Leitung des Stationsarztes für nötig. Auf diesem Marsche ist dann Leutnant Reuter, anscheinend infolge des Blutverlustes, seiner Verwundung erlegen.“

Wir möchten wissen, mit welchem Rechte Leutnant Reuter die Eingeborenen an der Auswanderung hindern wollte! Daß die Leute nach französischem Gebiete auszuwandern suchten, läßt übrigens auf keineswegs günstige Verhältnisse in dem deutschen Gebiete schließen! Ob die „Ordnung“, die Oberleutnant Schipper angeblich geschaffen haben will (wie viel Eingeborene mögen dabei wohl umgekommen sein?), nicht gerade die Ursache neuer Notwehrakte sein wird, ist mehr als fraglich! —

#### Das Mißtrauen der Ovambo.

Bekanntlich ist Hauptmann Franke als unerbetener Berater der Ovambohäuptlinge nach dem Ovamboland geschickt worden. Franke soll die Häuptlinge an die deutsche Oberherrschaft, deren vertragmäßige Feststellung ihm bei mehreren Oberhäuptlingen gelungen sein soll, gewöhnen und zunächst für Lieferung von Arbeitern an Stelle der ausgerotteten Hereros sorgen!

Die das „Deutsche Kolonialblatt“ meldet, ist Franke bis jetzt seine Aufgabe sehr schwer gefallen. Die meisten Häuptlinge seien von größtem Mißtrauen befallen gewesen und hätten zum Teil die umfassendsten kriegerischen Vorbereitungen getroffen gehabt. Nur dem Jureben der Missionen sei es zuzuschreiben gewesen, daß schließlich eine Verständigung zustande gekommen sei.

Wir wollen nur hoffen, daß das Mißtrauen der Ovambohäuptlinge nicht allzu begründet war! —

#### Oesterreich.

##### Das Standrecht über Prag!

Am Mittwoch mittag 12 Uhr ist über Prag und über die Gerichtsbezirke Karolinenthal, Smichow, königliche Weinberge, Ruslik und Jizlow das Standrecht verhängt worden. In der amtlichen Bekanntmachung heißt es:

„Dies wird mit dem Befehl kundgemacht, daß sich jebermann von allen aufrührerischen Zusammenrottungen, allen Aufreizungen hierzu und aller Teilnahme daran zu enthalten und den zur Unterdrückung dieser Ansammlungen ergebenden Anordnungen sich zu fügen hat, während jeder, der sich nach der gegenwärtigen Kundmachung denselben Verböthens schuldig macht, standrechtlich gerichtet und mit dem Tode bestraft wird.“

Trotz dieser drakonischen Maßregel ist es indes um 12½ Uhr in dem Prager Vorort königliche Weinberge wieder zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Polizeibeamten und Exzessanten gekommen, bei dem viele Personen verletzt wurden. Nach einer zweiten Meldung sind die Exzessanten tschechische Studenten gewesen und wäre es im Niedergang zu einer förmlichen Schlacht gekommen.

Eine vielstimmige Wiener Meldung lautet: Der Wiener Schatzrichter ist wegen Verhängung des Standrechts über Prag nach dort abgereist.

Ueber die Ausschreitungen vom Dienstag meldet die Wiener „Neue Freie Presse“: Starke Dragonerabteilungen fuhren nicht ohne Mühe den Straßen. Gleichzeitig geriet die Polizei mit tschechischen Studenten, die einen Manifestationszug veranstaltet hatten, bei dem Hauptplatz des neuen Unterstadtgebäudes in ein heftiges Handgemenge. Nur mit großer Mühe vermochte sie die Oberhand zu behalten. Die tschechischen Studenten hielten auf ihrem Zuge jede schwarze Fahne, deren sie ansichtig wurden, herunter, traten sie mit Füßen und gerissen sie. Zahlreich waren die Ueberfälle auf Deuljke; auch der deutsche Abgeordnete Wolf wurde angegriffen mit mit Steinen beworfen. Der deutsche Dogent Rassa wurde am Hinterkopf schwer verletzt.

Bei einer Dragoner-Rittade ritz die Menge das Straßenpflaster auf, empfang die Dragoner mit einem Steinhaufen, fiel den Pferden in die Bügel und suchte die Reiter von den Pferden zu reißen. Die Dragoner zogen die Säbel und hieben drein. Auch aus den Fenstern der Häuser wurden Steine geworfen. Es war der helle Aufruhr und die offene Revolte. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die nationalistischen Erzesse und ihre Folgen bedrohen jetzt auch die Funktion des Reichsparlaments. Eine Wiener Meldung behauptet, daß die tschechisch-radikalen Abgeordneten beabsichtigen, die Tätigkeit des Reichstages lahm-zulegen. Man glaube deshalb allgemein, daß schon am Donnerstag das Abgeordnetenhaus verlagert werde. Auch spreche man im Parlament vom Rücktritt des deutschen und des tschechischen Landmannministers.

Das Wiener I. I. Zelege-Korresp.-Bureau weiß indes zu melden, daß in einer Beratung, an der unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten die Vorstände der deutsch-freieitlichen Parteien, der christlich-sozialen Partei und des Karobnkubs, ferner hervorragende Abgeordnete dieser Parteien sowie die Minister Abrahamowitsch, Jacek und Schreiner und der Präsident des Abgeordnetenhauses teilnahmen, Herr v. Wienert die Verhängung des Standrechts über Prag mitteilte und die Parteien, besonders die tschechischen, zur Mäßigung aufforderte. Nach dreistündigen Beratungen hätten sich die deutschen und die tschechischen Abgeordneten dahin geeinigt, an ihre Volksgenossen in Prag einen Appell zu richten, in dem sie ihre Landsteute angefaßt der akuten Gefahr für den Parlamentarismus, die sich beim Fortbestehen der heutigen Zustände in Prag daraus ergeben würde, daß die Regierung genötigt wäre, außer-gewöhnliche Mittel zur Herstellung der Ruhe anzuwenden, zur Ruhe mahnen.

Eine letzte Meldung aus Prag von Mittwoch abend sagt: Um 7 Uhr abends promenierte auf dem Graben eine große Menschenmenge. Hier sowie in den Straßen herrschte vollständige Ruhe.

#### Unibnastische Demonstrationen.

Brünn, 1. Dezember. Während der Jubiläums-Illumination kam es zu lärmenden Kundgebungen der Tschechen, die Gelehrte und die serbische Volkshäuser fangen und die Polizei mit Steinen bombardieren. 22 tschechische Exzessanten wurden verhaftet.

#### Unglücksfälle beim Kaiserjubiläum.

Wien, 1. Dezember. Während der Illumination ent-band dadurch, daß ein Zug halbwürdiger Durfsen die Geordnetung

Durchbruch, nächst dem Maria Theresia-Denkmal ein fürchterliches Gedränge, wobei mehrere Personen zu Fall kamen. Acht Personen wurden ins Krankenhaus gebracht; zwei Personen, darunter der niederösterreichische Landtagsabgeordnete Hölzl, starben in der Rettungsstation. Die Toten weisen keine äußerlichen Verletzungen auf; sie scheinen einem Herzschlage infolge der Aufregung erlegen zu sein.

Wien, 2. Dezember. Wie nunmehr festgestellt ist, sind während und nach der gestrigen Illumination im ganzen vier Personen an Herzschlag gestorben, eine von diesen hatte außerdem Verletzungen erlitten. In 104 Fällen wurden Rippenbrüche festgestellt, von denen zwei schwererer Natur sind. Zwei Personen wurden ins Krankenhaus gebracht.

## Italien.

### Die auswärtige Politik.

Rom, 2. Dezember. In der heutigen Sitzung der Kammer billigte Galli die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens, betonte, daß die Gefahr eines Vorstoßes Oesterreich-Ungarns nach Saloniki ausgeschlossen sei, und empfahl die Annexion Kroas durch Griechenland zu begünstigen. Die von Oesterreich-Ungarn für die Annexion von Bosnien und der Herzegovina angebotenen Kompensationen seien wertlos. Es sei Pflicht Italiens, in dem Dreieck zu verbleiben, bis der Vertrag abgelaufen sei. Später könne man denselben unter neuen Bedingungen erneuern oder sich Rußland, Frankreich und England nähern. Einstweilen müsse man dafür sorgen, die Grenze und die Armee zu stärken, damit Italien Herr seines Geschicks sei.

Sonnino erklärte, daß die von Oesterreich-Ungarn gegebenen Kompensationen für die Annexion vom italienischen Standpunkt aus betrachtet nicht sehr einsehbar seien. Die von Tittoni in seiner Rede in Carate versuchte Abwägung der Bedeutung der Annexion sei ein schwerer Irrtum gewesen.

## England.

### Die Arbeiterabgeordneten über das Urteil des Appellhofes.

London, 20. November. (Eig. Ber.)

Das Urteil des Appellhofes, daß Gewerkschaften nicht berechtigt sind, ihre Mitglieder mit Steuern zum Zwecke parlamentarischer Vertretung zu beladen, hat allgemein überrascht. Eine derartige Besteuerung bestand bereits seit 30 Jahren in englischen Gewerkschaften, und die Richter erster Instanz haben stets in diesem Sinne geurteilt.

Im Appellhofe sitzt aber gegenwärtig der Richter Farwell, der vor 8 Jahren das Taff-Vale-Urteil abgegeben hat. Dieser Richter ist durch und durch gewerkschaftsfeindlich.

Von wirklicher Gefahr ist indes dieses Urteil nicht, denn es untersagt nur Zwangsbesteuerungen; freiwillige Beiträge sind gestattet. Und die Gewerkschaften, die gegen die Arbeiterpartei sind, befinden sich in verschwindender Minderheit.

Nach Ansicht A. Henderson, des Vorherrschenden der Arbeiterpartei, wird die Angelegenheit vor die Oberhausrichter gebracht werden. Sollten diese das Urteil bestätigen, dann würde ein besonderes Gesetz nötig sein, das die Gewerkschaften berechtigt, für politische Zwecke Beiträge zu erheben.

Keir Hardie war derselben Ansicht.

J. R. Macdonald sagte: „Seit dem Siege der Arbeiterpartei im Januar 1906 haben die Angriffe auf sie nicht aufgehört. Man sucht sie durch Mordmord zu vernichten. Wer da glaubt, daß das Urteil des Appellhofes ihr wirklich Schaden könne, täuscht sich gewaltig. Das Urteil ist nicht mehr wie ein Radestrich. Es wird aber dazu dienen, die inneren Feinde der Partei ein für allemal unschädlich zu machen. . . . Was die Richter betrifft, die das Urteil gefällt haben, so sind es Leute, die vom Arbeiterleben und von dessen Bedürfnissen nichts verstehen. Sie leben in der Gedankenwelt des Kapitals und sprechen Recht nach ihren Klassenurteilen. Sie sind ohne Zweifel ehrlich, aber ebenso wie die Hände des Anstreichers die Farben annehmen, mit denen sie hantieren, so nimmt der Geist der Richter den Gedankengang derjenigen Klasse an, in der sie sich bewegen.“

Ein Rekurs an die Oberhausrichter ist bei weitem nicht so aussichtslos wie beim Taff-Vale-Prozess. Der jetzige Vorbesitzer gehört der linksliberalen Richtung an und hat früher das Taff-Vale-Urteil entschieden bekämpft.

### Wieder ein Erfolg der Konservativen.

London, 2. Dezember. Bei der Nachwahl zum Unterhaus in Mittel-Essex wurde an Stelle von E. Rask (Unionist) mit 6152 Stimmen Preyman (Unionist) gegen Dence (Liberal) gewählt, der 3587 Stimmen erhielt. Die Majorität E. Rask, der sein Mandat niedergelegt hatte, betrug 454 Stimmen. Sie ist also jetzt auf 2565 gewachsen.

## Persien.

### Um die Verfassung.

Teheran, 2. Dezember. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein abermaliges, durch Raueranschlag befehltes Manifest des Schahs über die Nichtberufung des Reichsrats hat dem russischen und dem englischen Gesandten in Teheran veranlaßt, neuerdings bei der persischen Regierung zu protestieren.

## Hegypten.

### Die Verfassungsbewegung.

Kairo, 1. Dezember. Der gesetzgebende Rat hat einstimmig beschlossen, die Regierung des Scheiks zu ersuchen, ein Gesetz zu entwerfen, das der Nation das Recht verleihe, an der inneren Verwaltung des Landes wirksamen Anteil zu nehmen. Ferner möge die Regierung eine neue Versammlung mit endgültiger gesetzgebender Gewalt schaffen, deren Gesetze nur für die Eingeborenen gelten sollten. Die direkte und indirekte Besteuerung, die Kapitulationen, die öffentliche Schuld und die Rechte der Europäer sollen hierdurch nicht berührt werden.

## Haiti.

### Port-au-Prince für die Revolution.

New York, 2. Dezember. (Auf deutsch-atlantischem Kabel.) Wie aus Port-au-Prince gemeldet wird, empörte sich die Bevölkerung gegen die Regierung und setzte sich ohne Kampf in den Besitz der Stadt. Es wurde eine provisorische Regierung ernannt und General Legitime zum Präsidenten erwählt. Damit dürfte Präsident Nord Alexis seine letzte Position verloren haben.

## Gewerkschaftliches.

### Gewerkschaftliche Jugendorganisation.

Bei Besprechung der Frage, wie die aus der Schule entlassene Jugend organisiert werden soll, wird des öfteren auch die an den Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe angegliederte Jugendabteilung erwähnt; und da bis heute hierüber verhältnismäßig wenig in der Öffentlichkeit bekannt ist, halten wir es für angezeigt, etwas über die Einrichtungen dieser Jugendorganisation zu berichten.

Zur Gründung dieser Jugendabteilung wurde der Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe veranlagt. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil bezantw.;

anlaßt durch das Vorgehen des Unternehmer-Schutzverbandes für das Steindruckgewerbe und dem ihm zur Seite stehenden gelben Gehilfenverband „Unterstützungsverein Senefelder“. Diese Maßnahmen bestanden darin, daß der Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer, der unter der Leitung des bekannten liberalen Landtagsabgeordneten Dr. Gerschel-Berlin steht, seine Mitglieder aufforderte, nicht nur die bei ihnen beschäftigten Gehilfen zum Eintritt in diese gelbe Schutztruppe zu veranlassen, sondern auch die Lehrlinge hierzu zu zwingen.

Alles Protestieren seitens der Lehrlinge oder ihrer Eltern nützte nichts; der Unternehmerverband half sich damit, daß er einfach die Kosten für die ärztliche Untersuchung und die Beiträge, wöchentlich 25 Pf., selbst bezahlte. Lehrkontrakte enthalten teilweise die Bestimmung, daß der Lehrling verpflichtet ist, auf Kosten seines Prinzipals Mitglied in diesem „Unterstützungsverein“ zu werden. Auch wird es dem Lehrling zur Pflicht gemacht, Erlaubnis einzuholen, falls er beabsichtigen sollte, irgendeinem Vereine beizutreten. Man wollte sich dadurch eine gefügige Masse sichern, die sofort hilfsbereit zur Stelle steht, wenn es den Scharfmachern etwa wieder beliebigenfalls eine Aussperrung zu inszenieren, wie etwa vor zwei Jahren.

Diesem Treiben begegnete nun der Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe damit, daß er am 1. März dieses Jahres die Lehrlingsabteilung gründete.

Entsprechend den Verbandseinrichtungen mit seinen Unterstützungszweigen wurde auch diese Jugendabteilung eingerichtet und wollen wir aus den statutarischen Bestimmungen folgendes hervorheben: Um jedem Lehrling den Eintritt zu ermöglichen, wurde der Beitrag so niedrig wie möglich bemessen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Verbandskasse etwas darauflegen sollte, da sich dies doch als bestes Agitationsmittel erweist. Er beträgt wöchentlich 10 Pf. Von einer ärztlichen Untersuchung beim Eintritt, wie sie im gelben Verband festgelegt ist, wird Abstand genommen, ebenso wird auch kein Eintrittsgeld erhoben.

Ueber den Zweck besagt das Statut:

- Allen Lehrlingen während ihrer Lehrzeit in der geistigen und körperlichen Ausbildung behilflich zu sein durch sachliche Ausbildungskurse, wissenschaftliche Belehrung in Wort und Schrift, und Pflege der Geselligkeit.
- Die Lehrlinge bei eintretender Krankheit mit einem Krankengeld zu unterstützen, sowie den Eltern resp. Angehörigen beim eventuellen Ableben des Lehrlings eine Beisteuer zu den Begräbniskosten zu gewähren.
- Arbeitslosen- und Heisunterstützung sofort nach beendeter Lehrzeit zu zahlen.

Um die unter a) genannten Ziele zu erreichen, sind in den meisten Orten Hochschulen eingerichtet worden, die unter Leitung tüchtiger Fachmänner stehen. Es werden Ausflüge unternommen, turnerische und andere Spiele veranstaltet, skizziert und photographiert, Versammlungen mit Vorträgen abgehalten, Museen besichtigt usw. Auch wird eine besondere Jugendzeitung herausgegeben, die in leicht verständlicher Weise diesen jungen Leuten zu Herzen spricht. — Die Leitung dieser Jugendabteilung liegt in den Händen der Ortsvorstände. Durch dieselben werden Kommissionen von Gehilfen und Lehrlingen eingesetzt, so daß diesen jungen Leuten das Mitbestimmungsrecht gesichert ist.

Die unter Punkt b) genannten Unterstützungen sind: Gewährung eines Krankengeldes von 5 M. pro Woche nach 13wöchentlicher Mitgliedschaft auf die Dauer von 13 Wochen, und nach 26wöchentlicher Mitgliedschaft auf die Dauer von 26 Wochen. Das Sterbegeld beträgt nach 13 Wochenbeiträgen 25 M. und nach 26 Wochenbeiträgen 50 M.

Punkt c) wird erfüllt durch: Gewährung von Reise- und Arbeitslosenunterstützung nach beendeter Lehrzeit, bis 36 M., wenn der Ausgelernte vorher mindestens 13 Wochenbeiträge entrichtet hat, und von 72 M., wenn er mindestens 26 Wochenbeiträge in der Lehrlingsabteilung bezahlt hat.

Sobald die Lehrzeit beendet ist, hört die Mitgliedschaft in der Lehrlingsabteilung auf und die Verbandsmitgliedschaft beginnt. In diesem Falle werden alle in der Lehrlingsabteilung bezahlten Beitragswochen zusammengerechnet und zur Hälfte als bezahlte Beiträge in allen Klassen des Verbandes angerechnet.

Wie diese neue Einrichtung von Seiten der Lehrlinge, sowie Eltern und Vormünder aufgenommen wurde, ist daraus zu ersehen, daß bis heute von den zirka 4500 vorhandenen Lehrlingen bereits 3200 Mitglieder dieser Jugendabteilung geworden sind. Selbst die meisten, die von ihrem Lehrprinzipal zwangsweise in dem gelben „Unterstützungsverein“ angemeldet wurden, traten freiwillig der Lehrlingsabteilung des Verbandes bei, so daß dadurch die sauberen Pläne der Unternehmer zu Wasser geworden sind.

Angefaßt dieser Erfolge wäre nur zu wünschen, daß auch andere Organisationen in dieser Weise vorgehen möchten, denn wer die Jugend hat, der hat die Zukunft.

## Berlin und Umgegend.

### Lohnbrücker und Maßregelung.

Die Firma E. Schühe, Friedenau, Hauffstr. 10, hat den Versuch gemacht, den zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen vereinbarten Vertragslohn zu brüden. Genannte Firma beschäftigt Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter. Ihre Arbeiten verteilen sich zur Zeit auf zwei Arbeitsstellen und hatte die Firma bis dato die zu Recht bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch anerkannt. Durch ein Schreiben mütete sie nun ihren Leuten zu, sich mit 2/3 Pf. pro Stunde weniger zufrieden zu geben, doch — Edel sei der Mensch — wer nicht will, könne seine Papiere erhalten.

Dieses Vorgehen begründete die Firma mit der beweislosen Behauptung, daß auch andere Firmen unter den Tariffähigen entlohnen.

Die bei der Firma beschäftigten Bauarbeiter legten kurz entschlossen gemeinsam die Arbeit nieder, was zur Folge hatte, daß die Firma sich anderweitig um Arbeitswillige bemühte. Hiermit hatte sie aber kein Glück und sah sich demzufolge wider ihren Willen gezwungen, den regulären Lohn nach einem achtstägigen Streik anzuerkennen. Jetzt hat die Firma den tariflichen Lohn anerkennen müssen; ihre alten Leute aber, die nur ihre moralischen Verpflichtungen als organisierte Arbeiter erfüllt haben, hat sie auf der einen Arbeitsstelle nicht wieder eingestellt, sondern als entlassen betrachtet.

**Achtung, Lithographen und Steindrucker!** Bei der Firma Weiskopff u. Siebel drohen ernste Differenzen auszubrechen und wird bis zur Erledigung dieser hiermit über die Anstalt die Sperre verhängt. Die Ortsverwaltung.

**Achtung, Friseurgehilfen!** Für Mitglieder sind wegen Differenzen gesperrt: Kohle, Carmen-Schwastr. 7; Müller, Adlerstr. 11a.

Verband der Friseurgehilfen, Zweigverein Berlin.

**Achtung, Steinarbeiter!** Die Annahme kündigte und zum 1. März nächsten Jahres den Tarif. Ueber die Absichten derselben ist noch nichts bekannt.

Die Ortsverwaltung Berlin I des Zentralverbandes des Steinarbeiter Deutschlands.

## Deutsches Reich.

### Der Verleumder und seine Hintermänner.

Vor einigen Monaten erschienen in der bürgerlichen Presse Nürnbergs dunkle Andeutungen über „Mißwirtschaft in sozialdemokratischen Gewerkschaften“. Zu gleicher Zeit wurde angekündigt, daß demnächst ein „Eingeweihter“ mit wichtigen Enthüllungen hervortreten werde. Bald darauf erschien ein Flugblatt, dessen Verfasser angeblich der Arbeiter Emil Tietzsch, früher Mitglied des Bauhilfsarbeiterverbandes, war. Darin wurde dem damaligen Lokalbeamten Rothmund, der gerade vor seiner Veretzung nach Augsburg stand, der Vorwurf der Unterschlagung und der Betrügerei zum Schaden des Verbandes gemacht, seinem Nachfolger Wolfram wurde vorgeworfen, er sage nichts, weil er selbst in die Sache verwickelt sei. Rothmund sei nur deshalb dem Strafrichter entgangen, weil der Verbandsvorsitzende Behrend und der Gauleiter Köckelmann gütig für ihn ausfanden. Auch bei Veranlassungen der Jahressitzung seien Betrügereien begangen worden. Den Schluß des Flugblatts bildete eine Warnung vor dem Bauhilfsarbeiterverband und ein Loblied auf den Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein, für den auch ein Anmeldeformular angehängt war. Daraus kann man schon ersehen, wer hinter dem Tietzsch steckte. Die Kopien des Flugblatts sind auch von den Hirschen bezahlt worden. Wegen des Flugblatts verurteilt wurde T. vor einigen Wochen vom Schöffengericht wegen verleumderischer Verleumdung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Hiergegen legte er Berufung ein. Aber vor dem Landgericht wurde sein Bagegebäude noch drastischer entfällt, als vor dem Schöffengericht. Aus dem Zeugenverhör geht hervor, daß Rothmund den Tietzsch stets als Freund behandelt und ihm sogar persönliche Wohlthaten erwies. Dafür dankte ihm jener dadurch, daß er in raffinierter Weise gegen ihn intrigierte und äußerte, er ruhe nicht eher, als bis R. ruiniert sei. Die Unwahrheit über in Versammlungen und gegenüber dritten Personen erhobenen Vorwürfe wurde in einer Versammlung, in der der Hauptvorstand anwesend war, festgestellt. Tietzsch wurde aus dem Verband ausgeschlossen. Später meldete er sich zum Wiedereintritt, und Rothmund war auch bereit, sich in diesem Sinne zu verwenden, aber T. sandte ihm dann eine höhnische Karte, auf der er auf den Wiedereintritt verzichtete. Dann erschienen die Enthüllungen in der bürgerlichen Presse. Die Hirsche witterten Morgenluft; sie nahmen sich lebhaft des Verleumders an und entwarfen mit diesem in einer Wirtshaft den Plan zu der Schmähschrift. Man hoffte damit den Zentralverband zu „zertrümmern“. Das Gericht erklärte, daß hier eine maßlose Schöffigkeit im Spiele sei, und suchte vergeblich nach einem Grunde dafür. Vielleicht sei es Brotweid. Die Hirsche werden den Grund wohl wissen. Das Gericht ermäßigte die Strafe auf drei Monate, ließ aber die Qualifikation der Verleumdung als einer verleumderischen bestehen. Die Widerlegung erschien ihm nur deshalb angebracht, weil Tietzsch von Hintermännern beeinflusst wurde. Wenn diese Hintermänner auch nicht gefaßt werden konnten, so sind sie nun doch deutlich genug gezeichnet.

### Arbeitslosenzählung in Nürnberg.

Der Stadtmagistrat Nürnberg hat endlich beschlossen, eine Arbeitslosenzählung vorzunehmen. Sie soll durch städtische Bedienstete von Haus zu Haus erfolgen, da sich die Zählung durch Aufforderung nicht bewährt habe. Die Stadt wird in 214 Zahlbezirke eingeteilt, um die Arbeit an einem Tage erledigen zu können. Als Tag der Zählung wolle man einen Sonntag aus bestimmten Gründen nicht nehmen; es wurde daher der Donnerstag, 10. Dezember, dafür bestimmt. Zu dem Zwecke wurden 1000 M. bewilligt.

## Ausland.

### Eine Neujahrs-Massenaussperrung in Schweden.

Der in der schwedischen Metallindustrie bestehende Tarifvertrag, der zwischen der Werkstättenvereinigung und den Verbänden der Eisen- und Metallarbeiter, der Eisen-, der Grob- und Fabrikarbeiter und der Holzarbeiter abgeschlossen ist, läuft am 1. Januar 1909 ab. Er ist von den Unternehmern gekündigt worden, und es ist seitdem wiederholt versucht worden, Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag anzuknüpfen. Dies gelang jedoch nicht, weil die Unternehmer verlangten, daß außer jenen vier Arbeiterverbänden auch noch die der Transportarbeiter, der Maurer, der Maler und der Klempner in das neue Tarifverhältnis aufgenommen werden sollten. Die Transportarbeiter haben sich dazu bereit erklärt, die drei anderen Verbände jedoch nicht, und zwar weil sie teils gar keine, teils nur wenige Mitglieder in den jener Unternehmerorganisation angeschlossenen Werkstätten haben, außerdem aber auch an Tarifverträge mit den Arbeitgebern in ihren eigenen Berufen gebunden sind. Die Werkstättenvereinigung beharrt jedoch auf ihrer Forderung und hat nun am Sonnabend beschlossen, daß, da die Zeit bis zum Ablauf des alten Vertrages schon zu weit vorgeschritten sei, überhaupt nicht mehr verhandelt, sondern der alte Vertrag ohne weiteres auf 5 Jahre verlängert werden soll, jedoch nur unter der Bedingung, daß auch die Maurer, Maler und Klempner sich anschließen, und daß Aussperrungen sowie Streiks, die sich nicht gegen geltende Tarifbestimmungen richten, unter dem neuen Vertragsverhältnis zulässig sein sollen. Falls die acht Verbände samt der Landesorganisation der Gewerkschaften sich nicht bis zum 21. Dezember unterchristlich auf diese Vorschläge verpflichten, sollen vom 1. Januar ab alle organisierten Arbeiter der schwedischen Metallindustrie ausgeschlossen werden. Die Werkstättenvereinigung, die letzte der drei großen Unternehmerorganisationen Schwedens, die in diesem Jahre eine Massenaussperrung beschließt, stellt es als ein besonderes Entgegenkommen hin, daß sie den bei guter Konjunktur abgeschlossenen Tarifvertrag nur auf 5 Jahre verlängern will; ihre Absicht ist aber offenbar, die Wirtschaftskrise auszunutzen, um die Macht der Arbeiterorganisation zu brechen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Protest gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer.

München, 2. Dezember. (B. S.) Der Technikerverband hat in einer stark besuchten Versammlung eine scharfe Resolution gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer angenommen, da der Verband eine schwere Schädigung der Interessen der Techniker darin erblickt. Der Verband richtet an den Reichstag die Bitte, dem Gesetz die Genehmigung zu verweigern.

### Erdbeben.

Neapel, 2. Dezember. (B. S.) Meldungen aus Reggio del Calabri berichten über heftige Erdstöße, die in Miletta verspürt worden sind. Der Bevölkerung bemächtigte sich große Panik. Einzelheiten fehlen noch; man weiß nicht, ob Menschen umgekommen sind.

### Schiffuntergang auf hoher See.

Kobe (Japan), 2. Dezember. (B. S. O.) Einer Hochmeldung zufolge ist der Dampfer „Onsei Maru“ auf der Höhe von Weibaiwei untergegangen. Es soll niemand gerettet sein.

Reichstag.

174. Sitzung vom Mittwoch, den 2. Dezember, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: von Wehmann-Hollweg, Dr. Rieberding, Dernburg.

Auf der Tagesordnung stehen die Anträge der Freisinnigen, des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Polen, betreffend die

Änderung der Verfassung.

Die Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen beantragen die Verantwortlichkeit des Reichsfanzlers, die Sozialdemokraten außerdem eine Kriegserklärung von Zustimmung des Reichstages abhängig zu machen, die Polen beantragen, daß der Reichstag einberufen werden muß, wenn ein Drittel der Mitglieder es verlangt.

Verbunden wird mit der Beratung die der Anträge der Sozialdemokraten und der Freisinnigen, die Geschäftsordnung des Reichstages dahin abzuändern, daß bei der Besprechung von Interpellationen die Stellung von Anträgen zulässig ist.

Staatssekretär v. Wehmann-Hollweg:

Gestatten Sie mir gleich bei Beginn Ihrer Beratungen wenige Worte, um

die Stellung der verbündeten Regierungen

zu kennzeichnen. Der Ausgangspunkt der vorliegenden Anträge scheint mir die Verantwortung für die Reichstagsangelegenheiten zu sein. Sie ist beim Entschluß der Verfassung für den Norddeutschen Bund und ebenso später beim Erlaß der Verfassung für das Deutsche Reich mit vollem Bewußtsein als ein politisches Prinzip hingestellt, und es sind die Anträge abgelehnt worden, welche Bestimmungen über die Rechtsnormen hinzuzufügen wollten, in denen die Verantwortlichkeit geltend zu machen sei. Man erblende in dem politischen Prinzip den wirksamsten und das Wesen der Ministerverantwortlichkeit am sichersten treffenden Ausdruck der geforderten Garantien und dachte — wie sehr charakteristische Äußerungen hervorragender Parlamentarier es dazumal — von dem Wert dieser Normen nur gering. Nichtsdestoweniger hat die Frage, welche für die staatsrechtliche Doktrin als ein Gegenstand besonderer Interessens gewesen ist, welche aber auch gleichzeitig den programmatischen Grundfah großer politischer Parteien bildet, auch in der Folgezeit dies hohe Haus wiederholt beschäftigt, ohne daß sich indes die Erörterungen zu festere Beschlüssen verdichtet hätten. So ist es gekommen, daß der andere Faktor der Gesetzgebung, der Bundesrat, seither wieder Veranlassung noch Gelegenheiten gefunden hat, über diese Frage zu beraten und zu beschließen. Wenn nunmehr verschiedene Parteien den Zeitpunkt für gekommen erachten, um den Gegenstand erneut und in Versuchen zur praktischen Ausgestaltung zu behandeln, gleichzeitig allerdings daran zum Teil sehr viel weitergehende Anträge anknüpfen, dann wollen Sie es begreiflich finden, daß die verbündeten Regierungen sich außerstande sehen, zu fragen, die für die verfassungsmäßigen Grundlagen unseres politischen Lebens so bedeutungsvoll sind, materielle Stellung zu nehmen, ehe sie Gelegenheit gehabt haben werden, auf der Grundlage fester Beschlüsse des Reichstages ihrerseits an eine Verfassungsänderung heranzugehen. Aber auch aus einer solchen nicht unmittelbar mittägigen Zurechtweisung an den Beratungen und aus der Abweichung von einer Gesetzmäßigkeit, die sonst bei der Behandlung von Initiativanträgen dem Bundesrat eine weitergehende Zurückhaltung über läßt, wollen Sie erkennen, welchen Wert die verbündeten Regierungen darauf legen, auch durch den unmittelbaren Eindruck von den Ansichten und Stimmungen dieses hohen Hauses ihren Entscheidungen eine besondere Unterlage zu gewähren. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen:

Ich beantrage namens der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft alle Anträge der auf 28 Mitglieder veränderten Geschäftsordnungskommission zu überweisen. — Bevor ich zu der bedeutamen Erklärung der Regierung Stellung nehme, möchte ich kurz unseren Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung begründen. Unsere Geschäftsordnung ist durchaus nicht klar und deutlich. (Sehr richtig! links.) In einem Paragraphen wird — entgegen der Verfassung — die Möglichkeit geschlossener Sitzungen des Reichstages gegeben. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, im Anschluß an Interpellationen über Anträge zu beschließen. Unsere weitere Forderung, durch Veränderung der Verfassung verantwortliche Reichsminister zu schaffen, ist eine alte liberale Forderung, die bis zu ihrer Erfüllung nicht zur Ruhe kommen wird. Der Kaiser hat erklärt, daß er seine vornehmste Aufgabe erblicke in der Sicherung der Stetigkeit der Politik und in der Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten. Wir schöpfen daraus die Hoffnung, daß die in Betracht kommenden maßgebenden Faktoren ihrerseits bereit sind, den verfassungsmäßigen Weg zu gehen, der in unseren Anträgen angedeutet ist. Besser als im „Reichsanzeiger“ sind solche Grundsätze in der Reichsverfassung niedergelegt. (Sehr richtig! links.) Deshalb wollen wir der Aufgabe des Kaisers das feste verfassungsmäßige Fundament verleihen, und ich schöpfe aus der Erklärung des Herrn Staatssekretärs das Vertrauen, daß auch seitens der verbündeten Regierungen dem deutschen Parlament in dieser Beziehung entgegengekommen wird. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Der Antrag der Sozialdemokraten ist uns nach verschiedenen Richtungen unannehmbar, und wir haben selbst einen Antrag eingebracht, durch welchen statt der moralischen Verantwortlichkeit des Reichsfanzlers seine staatsrechtliche und juristische eingesetzt werden soll. Daß die Reichsverfassung des Kaisers bedarf, wußte der Schöpfer des Reiches, Fürst Bismarck, sehr wohl. Die wichtigste Bestimmung ist zugleich auch die unklarste. Sie ist im Artikel 17 enthalten:

„Die Anordnungen und Verfügungen des Reiches werden im Namen des Reiches erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichsfanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.“

Ein Antrag Weinigen, diese Verantwortlichkeit des Reichsfanzlers durch ein besonderes Gesetz zu regeln, wurde leider abgelehnt, und so kam diese moralische Verantwortlichkeit zustande, die der Staatsrechtslehrer v. Seydel

eine bloße Phrase

nennt. Diese Verantwortung des Reichsfanzlers ist nur eine moralische, die, wenn der jeweilige Inhaber dieser Würde die geforderten starken Kräfte hat und das Spitzentlaufen im Parlament ausschließt, keine politische Bedeutung hat. Bedeutende Parlamentarier der nationalliberalen Partei, darunter Gneist, v. Wächter, Miquel — der spätere Finanzminister — haben die Unzulänglichkeit der Verfassung über die Verantwortlichkeit erkannt und von einem „Absolutismus unter konstitutionellen Formen“ gesprochen. Es ist jetzt an der Zeit, die konstitutionelle Form zur Wirklichkeit zu machen. Hat doch Bismarck selbst nach seiner Entlassung beklagt, die Krone auf Kosten der Volksherrschaft zu stark gemacht zu haben. Zweierlei Gründe sind maßgebend dafür gewesen, daß der deutsche Reichstag trotz der theoretischen Einsicht in seine Unzulänglichkeit den Satz über die Verantwortlichkeit, wie er in der Verfassung steht, annahm. Einmal war maßgebend das Vertrauen zu dem genialen Fürsten Bismarck, zum anderen die Erwägung, daß die in Deutschland vorgekommenen Ministeranträge — darunter die färmal wiederholte der türkischen Stände gegen den Minister Haffensprung — stets erfolglos geblieben waren. Darüber vergaß man, daß schon die theoretische Möglichkeit

einer Ministeranfrage höchst ergiebig auf die Minister wirkt. (Sehr richtig! links.)

„Der König kann keinen Unfuss tun“

ist ein konstitutionelles Axiom, das, wenn es buchstäblich genommen wird, ein Attentat auf den gesunden Menschenverstand darstellt, wie schon Bluntschli hervorgehoben hat. Der weitere Sinn des Satzes ist, daß der Souverän aus dem Betriebe der Tagespolitik herausgenommen wird und die Minister für ihn, d. h. für seine politischen Handlungen die Verantwortung tragen. Darauf beruht auch die parlamentarische Gesetzmäßigkeit, den Souverän aus der Debatte zu lassen. Wir wollen übrigens nicht vergessen, daß der deutsche Kaiser nicht der Souverän von Deutschland, sondern der Inhaber des Präsidiums des deutschen Bundes, der primus inter pares (der Erste unter Gleichen), der oberste der Bundesfürsten ist. (Auf der Rechten werden fortbauern laut, die Ausführungen des Redners zum Teil überhörende Privatgespräche geführt.)

Redner wendet sich zur Erörterung der Frage, welche Akte des Kaisers unter die Verantwortlichkeit des Reichsfanzlers zu fallen haben, und beleuchtet dabei die „Regierung im Umherziehen“. (Die Unruhe auf der Rechten und am Bundesratsstisch nimmt zu.)

Es ist eine auffallende Erscheinung, daß gerade die Herren vom Bundesrat durch laute Gespräche hier die Verhandlungen stören. (Lebhaftes Bravo! links.)

Präsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, bitte, überlassen Sie es mir, für Ruhe zu sorgen.

Abg. Dr. Müller-Reinigen fährt unter weiter anhaltender Unruhe fort.

Präsident Graf Stolberg bittet um Ruhe.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fortfahrend): Wir haben unseren Antrag auch an das treffliche Muster der badischen Verfassung angelehnt. Unsere Forderungen entsprechen der Entwicklung des parlamentarischen Rechts in den klassischen Ländern des Konstitutionalismus. Wir verlangen aber auch verantwortliche Reichsminister. Bisher sind sie unverantwortliche Sprechminister. Heute haben wir nur verantwortliche Unterminister. Der Reichsfanzler soll für die notwendige Einbettlichkeit und Geschlossenheit des Deutschen Reiches die Verantwortung tragen. Aber eine Stärkung der einzelnen Ressorts ist dringend notwendig. Herr Rheinbaben hat selbst erklärt, er würde als Abgeordneter vor allem für die Stärkung des Schatzsekretärs sorgen. Stärken Sie die Rechte des Parlaments, so werden sie auch große Parteien im Parlament bekommen, und Sie werden Minister bekommen, die mit dem parlamentarischen Boden vertraut sind und nicht in manche Situationen hineintappen wie gewisse Tiere. (Heiterkeit.) Ich freue mich, aus der Erklärung des sächsischen Ministerpräsidenten Grafen Hohenhausen zu ersehen, daß er diesen Fragen mit dem nötigen Verständnis gegenübersteht. Leider ist das von einem Teile der Presse nicht zu sagen. Von dieser Presse wird jetzt eine geradezu unverantwortliche Agitation gegen unsere Anträge betrieben. Welche Herabwürdigung liegt darin, ein Verlangen, das in sämtlichen Kulturstaaten erfüllt ist, das in einigen Staaten Deutschlands erfüllt ist, hinzustellen als eine Demonstration, als den Versuch eines Konflikts, um das Ansehen des Monarchen zu diskreditieren. Es ist an der Zeit, diese Frage dem ergebnislosen Tagesstreit zu entziehen und sie in die ruhige Werkstatt parlamentarischer Arbeit zu bringen. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Gegenüber den Schornsteinen erinnere ich an ein Wort des Prinzenregenten Albert von England: „Die Idee, daß die Verantwortlichkeit seiner Majestät das Ansehen und die Würde des Monarchen schädige, ist ein vollkommenes Irrtum.“ Unsere Verfassung darf nicht versteinern, sondern muß sich stetig als Niederschlag der Anschauungen der Zeit fortentwickeln. Das deutsche Volk ist für eine solche Fortentwicklung reif. In diesem Bewußtsein richten wir die dringende Bitte an alle Parteien, dem Grundgedanken unserer Anträge zuzustimmen und uns bei der Durchführung zu unterstützen zum Wohle des Volkes, zum Segen des Deutschen Reiches. (Lebhaftes Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Spahn (3.):

In der im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Erklärung betont der Kaiser, daß er die Stetigkeit der Politik unter Wahrung — nicht „und der“, wie der Herr Redner sagte — der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten sichern werde. Es fragt sich dabei: Was versteht der Kaiser unter diesen „Verantwortlichkeiten“? Der Kaiser an sich ist ja unverantwortlich, also kann dieser Ausdruck sich nur beziehen auf die Verantwortlichkeit seiner Organe im Reiche. Nach der Verfassung hat übrigens der Kaiser eine Reihe selbständiger Befugnisse, vor allem in der äußeren Politik. (Sehr richtig!) Das hat auch Fürst Bismarck am 20. Januar 1908 betont, als er sagte, der Kaiser sei eine selbständige Persönlichkeit, der man den Mund nicht verstopfen könne. Es ist ja auch in der neuesten Debatte von allen Seiten betont worden: wir alle sind überzeugt, daß der Kaiser nur den Ruf erhebt, daß der Reichstag von seiner Regierung gesagt werde, sie sei seinem Lande nützlich und dem Reiche ein Segen gewesen. Andererseits ist die Stellung des Kaisers eine schrankenlose, und dafür, daß der Kaiser diese Schranken innehat, dafür ist uns der Reichsfanzler verantwortlich. Daß diese Verantwortlichkeit in einem Gesetz ausgebaut werden müsse, darüber ist man sich lange klar. Der Kaiser ist jederzeit in der Lage, den Kanzler zu entlassen. Fürst Bismarck hat einmal sehr richtig gesagt: Wenn man den Einfluß des Reichstages stärken wolle, müsse man die Verantwortlichkeit des Reichsfanzlers härten, das sei aber nur durch ein Gesetz möglich.

Meine politischen Freunde haben schon bei der Beratung der Verfassung die Auffassung betont, daß die Verantwortlichkeit des Reichsfanzlers, wie sie jetzt in Artikel 17 konstruiert ist, zur Ausführung noch eines besonderen Gesetzes bedarf. Die Verantwortlichkeit des Reichsfanzlers muß sich beziehen auf Handlungen des Kaisers, die der Reichsfanzler gegenzeichnet, aber auch für die Handlungen der Spitzen der einzelnen Ressorts muß er verantwortlich sein, und auch für solche Handlungen des Kaisers, welche nicht gegenzeichnet sind und ihrer Natur nach nicht gegenzeichnet zu werden brauchen, bei denen sich aber aus dem Inhalt die Verantwortlichkeit ergibt. Die Fassung des freisinnigen Antrages, wonach sich die Verantwortlichkeit auf alle Handlungen des Kaisers erstreckt, welche die innere oder die äußere Politik des Reiches zu beeinflussen geeignet sind, ist nicht glücklich, zumal da in demselben Antrage bestimmt wird, daß Anklage nur erhoben werden darf wegen Verletzung der Reichsverfassung sowie wegen schwerer Gefährdung der Sicherheit oder Wohlfahrt des Reiches durch pflichtwidrige Handlungen oder Unterlassungen.

Der Redner wendet sich zur Erörterung der Zusammenziehung des Staatsgerichtshofes, der in den Anträgen der Freisinnigen und Sozialdemokraten gefordert wird. — Dem Antrage der Polen werden wir nicht zustimmen, denn wir verlangen keine Verfassungsänderung über die Schaffung der Ministerverantwortlichkeit hinaus. Ueber die Ministerverantwortlichkeit hat sich auch Freiherr v. Stein ausgesprochen, dessen Namen wir in der letzten Zeit so oft gehört haben. Er nennt eine Verfassung, die den Provingzialständen das bloße Recht zu Eingaben gibt, ein geistloses Nachwerk. Das sollte sich doch auch der Fürst Bismarck gesagt sein lassen und an die Schaffung eines Gesetzes gehen, das die Ministerverantwortlichkeit enthält. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Ich möchte zunächst — was auch in bedingter Form die Herren Redner getan haben — meinem Bekannten Ausdruck geben, daß wir in so außerordentlich düstiger Weise unterrichtet worden sind über das.

was in Potsdam zwischen dem Fürsten Bismarck und seinem Kommando verhandelt worden ist.

Als damals in der „Nordd. Allgem. Zig.“ die Notiz erschien, deren merkwürdige diplomatische Stillierung überall derartige Unklarheiten der Auffassung hervorgerufen hat, daß selbst meine beiden Korrespondenten darüber verschiedener Meinung geworden sind, dachte man zunächst: Na, das ist so eine Verlegenheitsäußerung, die irgend ein demnachst zu emeritierender (Heiterkeit) Reichsanwalt des auswärtigen Amtes in die Presse gebracht hat, der Reichsfanzler Fürst Bismarck wird die nächste Gelegenheit ergreifen, um hier im Reichstage klare Auskunft darüber zu geben, was das denn nun eigentlich bedeutet. Wir überlegten uns damals, ob wir nicht sofort eine Interpellation einreichen sollten und haben nur aus zwei Gründen davon Abstand genommen. Erstens, weil dankenswerterweise die Herren von der freisinnigen Partei erklärten, die Verfassungsfrage an einem Schwerinstage auf die Tagesordnung stellen zu wollen, und zweitens, weil unsere unglückliche Geschäftsordnung dem Reichstag nicht einmal das Recht gibt, selbst in einer so wichtigen Situation und einer so wichtigen Frage von der Reichsregierung eine Auskunft zu erzwingen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir die Interpellation eingebracht hätten, hätte der Reichsfanzler einfach sagen können: „Jawohl, ich bin sehr gern bereit, die Sache zu beantworten — demnachst, wenn ich Gelegenheit gehabt habe, mit dem Kaiser eingehend darüber zu sprechen.“ Und dann wäre die Sache ad calendas graecas (auf den Zimmerleinstag) vertagt worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb haben wir davon Abstand genommen und haben es wieder als neues Argument genommen, daß die Geschäftsordnung des Hauses unbedingt derart geändert werden muß, daß die verantwortlichen Vertreter, die sogenannten verantwortlichen (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) Vertreter der Regierung hier vom Reichstag wirklich zur Verantwortung gezogen werden können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Reichsfanzler hat sich auch bei den Beratungen über die Finanzreform, als er Gelegenheit gehabt hätte, darüber zu sprechen, über diesen Punkt ausgesprochen. Er hat uns unterhalten über alle möglichen volkswirtschaftlichen Fragen, worüber er sich jedenfalls ein paar Stunden vorher von irgendeinem Geheimrat hat informieren lassen. (Lachen rechts.) Ja, meine Herren, das, was Fürst Bismarck uns hier über Frankreich als das Kentnerbrot gegenüber Deutschland hergetragen hat, würde man nicht einmal einem eben von der Universität kommenden Neferdar berechnen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Also wir haben gar nichts darüber zu hören bekommen, und heute sieht nun Herr v. Wehmann-Hollweg auf — der Herr Reichsfanzler selber erscheint nicht einmal, trotzdem es sich um Anträge einer Partei handelt, die er bisher noch zur Unterstützung braucht. Er erscheint nicht und überläßt es Herrn v. Wehmann-Hollweg — ausgesucht Herrn v. Wehmann-Hollweg — (Stürmische Heiterkeit), der zu diesem zweifellos diplomatischen Geschäft immerhin für brauchbar gehalten wird (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), hier dem Reichstage wiederum mit absolut nichtsagenden Reden zu kommen. Was in aller Welt besagt denn das? Herr Dr. Müller-Reinigen, der noch optimistischer ist als der sonst nicht gerade pessimistische Dr. Spahn, hat aus der Erklärung des Kaisers über die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit die Hoffnung geschöpft, daß die maßgebenden Anzeigen des Reiches die freisinnigen Verfassungsanträge durchzuführen würden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ja, meine Herren (zu den Freisinnigen), wenn Sie es noch nicht aufgegeben haben, zu hoffen und zu harren, dann sind Sie wirklich — (Heiterkeit.)

Mit der Erklärung des Kaisers ist weiter nichts gesagt, als daß es

bei den jetzigen verfassungsmäßigen Zuständen bleiben

soll, daß innerhalb der jetzigen verfassungsmäßigen Bestimmungen eine „Stetigkeit der Politik“ durchgeführt werden soll, und unter Stetigkeit der Politik kann man doch nur verstehen die stetige Fortführung der bisherigen Politik unter Wegfall allenfalls verschiedener Leistungen. (Große Heiterkeit), gewisser orientierter oratorischer Zutaten (Erneute Heiterkeit bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts). Aber für die Besserung der Zustände ist damit gar nichts gesagt, absolut nichts. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ufficht des Reichstages ist es daher jetzt aufzutreten und zu sagen,

was geschehen kann und was geschehen muß,

und den Wünschen des Volkes nun endlich Rechnung zu tragen. Herr Dr. Müller-Reinigen hat sich verwundert über den Widerstand geäußert, den die konservative Presse sogar den berechtigten Forderungen der Freisinnigen entgegenbringt. Diese hervorragenden Organe der öffentlichen Meinungen (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) haben bei dieser Gelegenheit den Wunsch geäußert, und Sozialdemokraten mundtot zu machen. Nach einigen Ordnungsrufen, so hieß es, solle den sozialdemokratischen Rednern das Wort entzogen werden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.) Der Freisinn mag daraus entnehmen, welcher Helfershelferdienste man ihn für fähig hält. Die konservativen Organe haben sich aber umsonst aufgeregt. Nach den vorzeitlichen Ausführungen meiner beiden Parteifreunde in der sogenannten Kaiserdebatte, nach dem vielen Trefflichen, was, wie ich gern anerkennen will, bei jener Gelegenheit auch von lügerlichen Rednern über

Reden, Meinungen und Taten Wilhelms II.

gesagt worden ist, wie läme ich dazu, das bereits bis auf das letzte Körnchen ausgedrohtene letzte Stroh noch einmal zu dreschen? (Stürmische Heiterkeit.) Diese Debatten haben wenigstens den einen Erfolg gehabt, daß das Volk von Verachtung, welches wir diesen Äußerungen des Kaisers (diesen Angriffen auf unsere Partei) schon seit langer Zeit entgegenbringen, allmählich zum Gemeingut des deutschen Volkes und hoffentlich auch bald zum Gemeingut des Auslandes wird, das Volk, für das Fürst Bismarck den fädelnlateinischen Ausdruck geprägt hat: nescio, quid mihi magis sarcinentum sit (Ich weiß nicht, was mir mehr Wurf wäre). (Große Heiterkeit.)

Wenn ich mich

zum Gegenstand der heutigen Debatte

wende, so muß ich gestehen, daß die Redner der bürgerlichen Parteien leider nicht allzu stark mit unseren Zuständen ins Gericht gegangen sind. Unterstellt man ihre staatsrechtlichen Ausführungen auf ihren Kern, so verwahren sich beide gegen die Durchführung des konsequent demokratischen Parlamentarismus. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, sehr gut! rechts.) Dieses „sehr gut“ beweist, daß Herr Spahn und Herr Müller-Reinigen sich in diesem Punkt sehr gut finden. (Heiterkeit.) Das zeigt aber gerade, daß die Herren die Situation absolut nicht in ihrer ganzen Größe erfassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Um was es sich hier handelt, das ist ja nicht bloß die Zurückweisung einiger Ausführungen des sogenannten persönlichen Regiments, denn was man persönliches Regiment nennt, ist doch weiter nichts als

die notwendige, unvermeidliche Begleiterscheinung des ganzen schief-konstitutionellen bürokratischen Regierungssystems, unter dem heute

das deutsche Volk leidet,

das Volk, das sich rühmt, „das Volk der Denker und Dichter“ zu sein und das in einer wichtigen Lebensfrage, der Frage der politischen Mündigkeit, hinter anderen vorgegriffenen Kulturvätern weit zurückbleibt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Daß diese Frage aufgerollt werden mußte, ist dem Umstande zu danken, daß wir den

**Zusammenbruch dieses ganzen bürokratischen Regierungssystems** erlebt haben, der sich in verschiedenen Stappen gezeigt hat: ein Zusammenbruch, den die besten deutschen Patrioten seit langer Zeit erwartet haben. (Große Unruhe rechts.) Wenn ich von den „besten deutschen Patrioten“ spreche, dann meine ich Sie (nach rechts) doch nicht! (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Ich habe dabei im Auge einen Mann, den Ihre geistigen Vorfahren seinerzeit genau so geholt haben, wie Sie heute und Sozialdemokraten hassen. Ich meine einen Mann, der seinerzeit der größte deutsche Staatsmann auf dem Gebiete der inneren Politik gewesen ist, dem man hier neulich ja auch offizielle Reden geschimpft hat, den Freiherrn vom Stein. Der Freiherr vom Stein hat nach dem Zusammenbruch des jüngerlichen Regiments bei Jena (Aufe rechts: Haha!) gesagt, er erlebte ein Jena auch für die preussische Bürokratie! Eine Maschinerie, sagte er, die militärische, ist am 14. Oktober 1806 zusammengebrochen, vielleicht wird auch die Schreibmaschinerie ihren 14. Oktober erleben. (Lärm rechts: Vielleicht auch die Redemaschinerie!) Heiterkeit.) Wie eine Redemaschinerie zusammengebrochen ist, Herr Krenndt, das ist ja hier vor 8 bis 14 Tagen beleuchtet worden. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Jetzt aber sprechen wir von der Schreibmaschinerie, wie Freiherr v. Stein, der preussische Ministerpräsident in der Zeit der Not, die preussische verjüngerte Bürokratie genannt hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ein anderer großer Patriot, den Sie (nach rechts) allerdings nicht anerkennen, der Dr. Johann Jacoby, der zuerst in Preußen in den vierziger Jahren die konstitutionelle Frage durch seine „vier Fragen eines Ökonomie“ aufgeworfen hat, hat im Anschluß an die zitierte Bemerkung des Freiherrn v. Stein gesagt:

... Das ist das Gebrechen des deutschen Vaterlandes, Beamtenallgewalt und politische Nichtigkeit seiner selbständigen Bürger. Wie über die Krankheit, so ist auch über das Heilmittel bei den Vaterlandsfreunden kein Zweifel. Es heißt: Deffektivität und wahre Vertretung.

Diese Probleme, mit denen wir uns auch heute zu befassen haben, tauchen in Deutschland immer wieder auf und werden immer wieder aufzuheben, bis sie in der allein erforderlichen und notwendigen Weise gelöst sind. Daß es sich tatsächlich um das Regierungssystem, nicht bloß um eine rednerische Entgleisung eines Teilnehmers des Regierungssystems handelt, geht ja auch daraus hervor: Wenn Sie die Reden des Kaisers vollkommen streichen würden, wenn Sie diese Puffel, die zu dem Regierungstext gemacht wurde, nicht gehört hätten (Heiterkeit), würde doch

### das vollständige Fiasko unserer Inlands- und Auslandspolitik

in jeder einzelnen Phase genau so zutage getreten sein, wie es sich besonders prägnant zeigte aus der Unvereinbarkeit solcher Behauptungen mit den wirklichen Interessen des Volkes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Leider ist infolge der Kritik, die notwendigerweise an jenen Behauptungen geübt werden mußte, in vielen Kreisen die Meinung erweckt worden, wenn Garantien für das Untertreiben solcher Behauptungen geschaffen würden, so wäre alles gut. Nein, meine Herren, es bleibt dann alles beim alten — und

unsere Regierung wird auf ihr Rundreisebrett weiter fahren von Blamage zu Blamage.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Heiterkeit. Unruhe rechts.) Kennen Sie mir doch eine erfolgreiche Auslandsaktion. Die, welche durch die letzten Vorgänge hier in das hellste Licht gesetzt ist, die ökonomische Weltpolitik, welche Blamage! Und welche gefährlichen Folgen kann sie noch haben! So zeigt sich bei jeder Gelegenheit die

### absolute Unfähigkeit unserer Regierungsbürokratie in unserer Diplomatie,

die wirklich treibenden Kräfte der Weltentwicklung zu beurteilen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Unfähigkeit geht aus dem eigenen Wesen unserer Regierung hervor; denn unsere Regierung ist eine reine bürokratische, sie besteht aus bloßen Bureaukraten, die nach den Einflüsterungen einer Hofkamarilla bald hier, bald da aufgetrieben werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was ist trompetet worden von den außerordentlichen Erfolgen der Weltpolitik! Fürst Bismarck hat sich hier hingeworfen mit dem freundlichen Lächeln, das so gewinnend auf die Gemüter der Freimütigen einwirkt (Heiterkeit), und sagte: Wir wollen auch einen Platz an der Sonne haben. Wenn wir jetzt in sein Herz hineinschauen könnten, würden wir wohl im Inneren den Wunsch finden: Wenn wir nur wieder herauskönnen aus dem Dreieck Bismarck! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und gr. Heiterkeit.) Diese ganze ostasiatische Politik ging von falschen Voraussetzungen aus. Man betrachtete die 400 Millionen meist hochkultivierter Ostasiaten als das willenlose Objekt weltpolitischer Abenteuer europäischer Staatskünstler ungefahr so, wie hier ein gewisser jungerlicher Gewaltpolitiker die drei Millionen sozialdemokratischer Wähler als bloßes Objekt der Gesetzgebung bezeichnete. (Sehr richtig! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nun, meine Herren (nach rechts), mit Ihren Jururen beweisen Sie nur, daß der Geist des Massen- und des Kastendünkels bei Ihnen weiter floriert, der Geist, aus dem heraus vor einigen Jahren von einem Emisär der gedanzerten Haut gesagt wurde: „Ich werde das Evangelium von Sw. Majestät geheiligten Person allen Völkern predigen, die es hören wollen und die es nicht hören wollen.“ (Schallende, minutenlange Heiterkeit.) Durch die siegreichen Waffen der Japaner hat der ostasiatische Traum ein Ende gefunden, und welches Fiasko die famose Marokkopolitik erlitten hat, ist ja noch im frischesten Gedächtnis.

### Dem Zusammenbruch der auswärtigen Politik entspricht der Zusammenbruch im Innern.

Mit der 500-Millionenforderung dokumentiert die Reichsregierung ihre Unfähigkeit selbst in friedlichen Zeiten die Finanzen in Ordnung zu halten. Und dann kommt der Reichskanzler und bringt statt Gründe den kategorischen Imperativ der glühenden Vaterlandsliebe vor! Wenn die Herren von der Regierung diesen kategorischen Imperativ doch nur auf sich selbst anwenden könnten! Denken Sie diesen Imperativ zu Ende, so sollte ihnen gerade die Vaterlandsliebe befehlen, endlich auf die Leitung des deutschen Volkes zu verzichten. (Lachen rechts. Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Forderungen der Freimütigen sind viel zu zahlreich und nicht geeignet, wirklichen Wandel zu schaffen.

Was nottut und was weit über unsere Partei heraus, in freimütigen, national-liberalen, Zentrumskreisen verlangt wird, ist die

### Ein- und Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems!

Mit allem Eifer zu Gebote stehenden Mitteln muß der Reichstag durchsetzen, daß die Minister aus der Mitte des Reichstages, aus der Mitte der Reichstagsmehrheit genommen werden. (Lärm und Widerspruch rechts. Lärm.) Sie wollen wohl Minister werden? Heiterkeit rechts.) Wir kommen hier nicht in Betracht. (Große Heiterkeit.) Wir haben aber zu den bürgerlichen Parteien das Vertrauen, daß sie die parlamentarische Regierung auch ohne uns gut führen werden. (Große Heiterkeit.) Oder sollten wir uns darin täuschen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die von Herrn Dr. Müller-Meinungen als Schwierigkeit bezeichnete Vielfalt der Parteien ist nicht unüberwindlich. In diesen parlamentarisch regierten Ländern sehen wir große Parteienkonstellationen, Koalitionen nahestehender Parteien sich bilden und einander am Staatsruder ablösen.

Die Frage ist nun: In welcher Art führen wir das parlamentarische System bei uns ein? In England ist es bekanntlich unverbrüchliche Tradition, daß nach ungünstigem Ausfall der Wahlen oder nach einem Mißtrauensvotum des Unterhauses das derzeitige Ministerium zurücktritt und der Führer der Oppositionspartei, zuerst also der konservativen Partei, mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt wird. (Lärm rechts: Das ist doch auch

ein persönliches Regiment! Lachen links.) Ah, Herr Abgeordneter, auf solche Einwürfe zu antworten ist mir meine Zeit zu kostbar. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenden Sie sich doch an irgend einen Ihrer Fraktionsgenossen, der etwas von politischen Dingen versteht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Es sind verschiedene Anregungen dahin gegeben worden, daß der Präsident des Reichstages bei der Ernennung des Reichskanzlers mitwirkt. Dadurch würde aber der Präsident zu einem politischen Machtfaktor, und das soll er nicht sein, weil er die Unparteilichkeit gegenüber den verschiedenen Parteien wahren soll. Rein, die Herbeiführung des parlamentarischen Regimes ist unbedingt notwendig. Wenn der gegenwärtige Reichstag nicht die Macht hat, es zu erzwingen, so wird ein kommander Reichstag es erzwingen, aber kommen wird es unbedingt. Ein Volk, das zu der Erkenntnis gekommen ist, daß es würdig sein will, das läßt sich der Kabinettsregierung nicht mehr gefallen. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wie werden denn bei uns die Minister gemacht?

### Die Ministerfabrikation

vollzieht sich in der Dunkelkammer, aus der plötzlich ein ganz unbekannter Genius als Homunculus aus der Retorte herauspringt. (Große Heiterkeit.) Was für Persönlichkeiten haben wir hier nicht plötzlich aufsteigen sehen! Ein früherer Hauptgeneral stellte sich eines schönen Tages mit vergnügtem Lächeln als Postminister vor. (Heiterkeit.) Weshalb er gerade für die Post ernannt wurde? — Es war vielleicht augenblicklich keine andere Bilanz da, um einen so vorzüglichen Statistiker unterzubringen. (Erneute Heiterkeit.) Und daß er nachher aus dem Sessel des Postministers hinüberverlagerte in den Sessel des Landwirtschaftsministers, das hatte immer noch den Vorzug, daß er als großer Schweinezüchter sachverständig war. Und daß er uns heute nicht mehr mit seinen merkwürdigen, über die Grammatik hinausgehenden, stilisierten Reden (Heiterkeit) erfreut, das liegt einfach daran, daß er sich schließlich doch bei Tippelskirch u. Co. vor den Bach gestochen hat. (Stürmische anhaltende Heiterkeit.) Es war bisher ein von den bürgerlichen Parteien allgemein anerkanntes Axiom, daß wenigstens in die Leitung der auswärtigen Politik nur die im diplomatischen Betriebe befähigten Leute eindringen könnten. Und was haben wir vor ein paar Tagen erlebt? Weil der gegenwärtige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes bei einer seiner Rundreisen mit irgendeinem Unwohlsein haften blieb (Heiterkeit), wurde und hier im Reichstag in einer der heftigsten Situationen, vielleicht der heftigsten Situation, vor der die Regierung jemals im Reichstage gestanden hat, ein Herr präsentiert, der schanzend bei den Verhandlungen wie beim Wase Champanner sah (Stürmische Heiterkeit) und hier nach der neuesten Mode von Bukarest auswärtige Politik machte. (Stürmische Heiterkeit.) Noch nie haben wir ein derartiges Maß von Ungeschicklichkeit und Laßlosigkeit erlebt, als es der Herr hier zur Schau trug, bis er schließlich von dem allgemeinen Gelächter des Reichstages hinweggeschickt wurde. (Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Ich bitte Sie, doch bei den Ministern wenigstens die Titelform anzuwenden. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ledebour (fortfahrend): Ich glaube, gerade diese Art Minister braucht einen Titel nicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ich wende mich nun zu einem höherstehenden Titel. (Große Heiterkeit.) Wie ist denn der Reichskanzler Fürst Bismarck in sein Amt gekommen?

Vizepräsident Dr. Baasche: Das gehört nicht zum Gegenstand der heutigen Tagesordnung. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ledebour: Gestatten Sie eine kurze Rechtfertigung. Meine Absicht ist die, nachzuweisen, daß unsere Verfassungszustände ungenügend sind, daß vor allen Dingen die leitenden Männer auf andere Weise ernannt werden müssen. Um das zu beweisen, muß ich doch unbedingt auf die Erfahrungen, die wir gemacht haben, eingehen. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Dann tun Sie es bitte, ohne die betreffenden Namen zu nennen. (Stürmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

### Abg. Ledebour:

Also ein Herr Reichskanzler (Stürmische minutenlange Heiterkeit im ganzen Hause) sagte kurze Zeit, nachdem er sein Amt übernommen hatte, gegenüber einer etwas herben Kritik seiner Ansichten über innere Politik: „Aber, meine Herren, Sie kennen mich ja noch gar nicht. Warten Sie doch ab, wie der Dase läuft.“ So etwas durfte sich kein Reichstag, so etwas durfte sich kein reiches Volk gefallen lassen, daß der leitende Minister ernannt wird, ohne daß überhaupt jemals in der Öffentlichkeit das geringste darüber verlautet, was für Ueberzeugungen er hat, was für einen Charakter er bewährt hat im Kampfe, daß man sich auf die Verlässlichkeit seiner Ueberzeugungen verlassen muß, wie sie auch sein mögen. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das war eine der schwersten Provokationen des Reichstages, und daß der Reichstag es sich damals hat gefallen lassen — wir haben dagegen demonstriert —, erklärt, daß er fortwährend mit einer derartigen Nichtachtung von den regierenden Kreisen behandelt werden durfte. Wo das Volk wirklich über seine Geschicke entscheiden soll, da dürfen wir Männer in die Regierung kommen, die Ueberzeugung haben und ihren Charakter bewährt haben, die als Person ein Programm vertreten (Lebhafter Zustimmung links), nicht irgendein Mann, der wegen irgendwelcher Beziehungen sich das Wohlgefallen des zurzeit maßgebenden Favoriten der derzeitigen entscheidenden Kammer erworben hat (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten), wo der maßgebende Favorit sagt: Bernhard, Du mußt nach Berlin! (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

So geht es nicht weiter!

Der Reichstag muß endlich, gestützt auf die öffentliche Meinung, einen entscheidenden Schritt tun. Was ist uns denn damals, als eine Ministerkrise zu drohen schien, als aussichtsreicher Reichskanzlerkandidat genannt worden? Ein General, dessen hervorragendstadmännische Leistung darin besteht, daß er gewohnt ist, dem Kaiser die Hände zu waschen (Große Heiterkeit), ein hoher Aristokrat, von dem erzählt wird, daß seine staatsmännische Befähigung sich darin zeigt, daß er sich bei internen höfischen Festlichkeiten eine wässrige Nase anlehnt, die beim Licht der Lampen langsam herunterschnitzelt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Und nun frage ich Sie: Sehen Sie die Notwendigkeit ein, diese Zustände zu ändern, meine Herren von den bürgerlichen Parteien? Unserer Unterstützung sind Sie für eine große Aktion sicher. Stellen Sie Ihre kleinen konfessionellen Differenzen einmal zurück, schließen Sie den Gottesfrieden auf vielleicht fünf oder drei Jahre und vereinigen Sie sich zur

### Durchführung des parlamentarischen Regimes!

Trauen Sie sich denn die Kraft, die Kenntnisse nicht zu, wenn z. B. auf Grund einer solchen Parteienkonstellation einer von Ihnen berufen würde, das Reichskanzleramt zu übernehmen, etwa Herr Baasche oder Herr Müller-Hulda oder Herr Dove? Das werden Sie mir doch alle glauben: Erfolgloser als die bisherige Leitung werden Sie es auch nicht machen. (Stürmische Heiterkeit.) Mit dem Worte eines Vorkämpfers des Bürgerrechts, des alten Fiegler, möchte ich Ihnen zurufen: Wappnen Sie sich für diesen Kampf mit dem Wute des Jammers und erobern Sie sich die Macht. Sie können sich die Macht jetzt schon erobern, weil Sie das Volk hinter sich haben. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

In uneren Anträgen legen wir besonderes Gewicht auf die Bestimmung, daß der Reichstag das Recht haben soll, den Reichskanzler seines Amtes zu entsetzen. Nur diese Bestimmung gibt die Möglichkeit, einen unfähigen, den Bedürfnissen des Volkes nicht entsprechenden Reichskanzler sofort zu beseitigen. Wenn das in der Praxis konsequent durchgeführt würde, würde sich damit schon die Notwendigkeit einbürger, daß nur solche

Leute zum Reichskanzler ernannt werden, die das Vertrauen einer Mehrheit des Reichstages genießen. Die Zusammenlegung des Staatsgerichtshofes ist eine nebensächlichere Frage, über die wir uns mit den Herren gern verständigen werden. Die Hauptsache ist, daß er besteht. Und wenn er einmal ernannt ist, wenn die Möglichkeit besteht, daß er auf Initiative des Reichstages in Funktion tritt, so ist es in einem modernen Staate ausgeschlossen, daß er jemals in Funktion tritt. Das hat der bekannte Staatsrechtslehrer der Rechte Stahl bereits in den 40er Jahren ausgeprochen. Der Staatsgerichtshof ist eine Quislinie, die irgendwo in einer Dunkelkammer steht. Jeder Kanzler weiß, sie kann in Bewegung gesetzt werden, und er läßt es darum nie darauf ankommen. Wir wünschen diese Bestimmungen natürlich auf das gesamte Ministerium ausgedehnt zu sehen.

Um dann die Nachmittage des Reichstages zu verfrachten, haben wir

### unsere Geschäftsordnungsanträge

eingebracht, von denen ich nach den bisherigen Ausführungen wohl annehmen darf, daß sie wenigstens im Prinzip die Zustimmung der bisherigen Redner der bürgerlichen Parteien finden. Vor allem wollen wir unmöglich machen, daß ein Minister überhaupt die Erörterung einer Interpellation bereiten kann, und haben deshalb beantragt, daß jede Interpellation innerhalb der nächsten drei Sitzungen auf die Tagesordnung gesetzt werden muß. Bleibt der Reichskanzler dann weg, dann hat der Reichstag die Möglichkeit, eine Resolution gegen ihn zu fassen, die ihm bei Durchführung des parlamentarischen Systems das Verbleiben im Amte unmöglich machen würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Verfassung heißt es, daß jedes Mitglied des Bundesrats das Recht hat, jederzeit im Reichstage gehört zu werden. Dieses Recht ist von der Regierung ausgenutzt worden, um hier außerhalb der Tagesordnung schwere Angriffe gegen irgendwelche Parteien zu richten, ohne daß sie aus dem Hause heraus zur Verantwortung gezogen werden konnte. Wir haben das noch bei den Wahlrechtsdemonstrationen erlebt. Da ist der Herr Reichskanzler hierher gekommen, hat vor der Tagesordnung das Wort genommen und die Sozialdemokratie für irgendwelche Fälle verantwortlich gemacht. Um nun einen solchen Mißbrauch dieses Rechts der Regierungsberechtigten auszuschließen, verlangen wir, daß im § 48 der Geschäftsordnung, wo es heißt: „Nimmt ein Vertreter des Bundesrats nach dem Schluß der Diskussion das Wort, so gilt diese auch neue für eröffnet“ eingefügt wird: „Nimmt er außerhalb der Tagesordnung das Wort, so ist die Diskussion über seine Ausführungen zu eröffnen.“

Herr Müller-Meinungen hat schon darauf hingewiesen, daß es noch eine ganze Reihe anderer Bestimmungen der Geschäftsordnung gibt, die verbesserungsbedürftig sind. Darin stimmen wir natürlich mit ihm durchaus überein. Aber gerade, weil es uns darauf ankommt, daß sofort etwas geschieht, haben wir auf weitergehende Anträge verzichtet, die möglicherweise in einer Kommission zur Verschleppung der Sache benutzt werden könnten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Das sind unsere Forderungen. Wie aber soll das durchgeführt werden? Wenn Sie in der Weise operieren, wie die beiden Vorredner vorgeschlagen haben, werden Sie gar nichts erreichen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wird Ihnen gehen wie immer, wenn Sie mit den Bundesregierungen freundliche Vereinbarungen treffen wollen: Ihre Anträge verschwinden im Papierkorb und tauchen bestenfalls nach einigen Jahren wieder einmal auf. Der Abg. Traeger hat uns noch jüngst aus seiner langjährigen parlamentarischen Vergangenheit geschildert, wie 30 Jahre lang alle unsere Anträge zur Justizreform vom Bundesrat verbleibt worden sind. Weniger als 30 Jahre lang wird sich der Bundesrat auch die Verfassungsreform gewiß nicht überlegen. Die Verschleppung wird einsetzen und auf eine Annahme Ihrer Anträge haben Sie nicht zu rechnen, solange Sie bitten und nicht Ihre Macht ausnützen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Spahn hat sich gegenüber dem konstitutionellen Prinzip auf das Föderativprinzip berufen (Widerspruch des Abg. Spahn), er hat jedenfalls ein Wort Bismarcks zitiert, und Bismarck führte immer das Föderativprinzip ins Feld, wenn er seine eigene Macht verteidigen wollte. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Bundesrat aber ist nichts weiter als eine Delegation,

### eine Wandeldelegation

für die Regierungsführung durch die preussische Bürokratie, ein Appendix (Anhängsel) zum preussischen Ministerium. Er steht zu diesem etwa so, wie der Hauptbetrieb des Postrats zur Dependence, und dieser Vergleich stimmt auch insofern, als im Postrat, wie in der Dependence der nämliche Oberbefehl der Tringelder einzieht. (Große Heiterkeit.) Ein Kanzler hat überhaupt nur Macht, wenn er zugleich preussischer Ministerpräsident ist, und man hat noch jüngst Herrn Sydow hier lebhaft gelobt, weil er sich durch seinen Eintritt ins preussische Staatsministerium diese Macht gesichert habe. Die preussische Regierung führt also die Geschäfte ganz allein. Aber selbst die Ausführung der Gesetze, die den Einzelstaaten überlassen bleibt, schädigt die außerpreussischen Bundesstaaten mehr, als es ein verantwortliches einheitliches Reichsministerium je tun könnte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und wo war denn das föderale Prinzip bei der Reichsfinanzreform? Wir haben hier manchmal den bayerischen Bundesratsbevollmächtigten, wie er sich in Postur setzte und bornehm-milde sein Haupt schüttelte (Große Heiterkeit), das war das einzige, was wir vom Föderativprinzip gesehen haben. (Große Heiterkeit.) Unter der Maske der Bundesregierungen fördert Preußen seine eigenen Interessen. Die Einkommensteuer schädigt aufs tiefste die Interessen des bayerischen Volkes. Wo aber war der bayerische Bundesratsbevollmächtigte? (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Vielleicht hat die bayerische Regierung im Bundesrat Opposition gemacht, aber da wird sie unterdrückt durch die Stimmen Preußens und die immer zur Verfügung stehenden Stimmen der kleinsten Bundesstaaten. Wenn der Reichskanzler auf Grund irgendeiner Parteienmehrheit — denken Sie sich welche Konstellation Sie wollen — ernannt worden wäre, glauben Sie, daß er es wagen würde, eine solche Steuer vorzuschlagen, die den Interessen der 6 Millionen Bayern direkt vor den Kopf schlägt? Ja, wenn es sich nicht um Bayern, sondern um ein paar hinterpomerische Junker handelte, dann würde der Bundesrat in Aktion gesetzt werden. (Heiterkeit und Sehr gut! h. d. Soz.) Das föderale Prinzip, die Behauptung, daß durch den Bundesrat die Interessen der einzelstaatlichen Bevölkerung gewahrt werden, ist eine reine Fiktion. Auch diese Interessen werden sicherer und besser gewahrt werden, wenn durch den Reichstag ein Reichsministerium ernannt wird. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie aber so operieren, wie Dr. Müller-Meinungen Ihnen vorgeschlagen hat, erreichen Sie gar nichts. Sie haben die Möglichkeit, zu fordern und zu zwingen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdem.) Sie brauchen bloß zu erklären, daß, wenn die Regierung in der Verfassungsfrage keine Zugeständnisse macht, Sie auch keine in der Finanz- und Budgetfrage mehr machen, daß Sie es überhaupt ablehnen, bis die notwendige Verfassungsreform erfolgt ist, mit diesen Herren zu verhandeln, wie diese Herren bisher stets abgelehnt haben, mit Ihnen zu verhandeln, wenn es ihnen unbedenklich war. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie das tun, dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder der Bundesrat gibt nach, was das Beste wäre. Aber, weil die preussische Regierung nie das Mächtige tut, erwarte ich das nicht. (Heiterkeit und Beifall.) Wahrscheinlich wird sie sich also widersetzen. Der Reichskanzler Fürst Bismarck oder, wenn er nicht mehr mitmacht und nach Klein-Ritow bed geht, irgendein anderer Herr wird unter Anwesenheit der Staatssekretäre erklären, die Interessen des Vaterlandes seien bedroht, er müsse den Reichstag auflösen. Etwas Besseres könnten Sie sich aber gar nicht wünschen. (Lebhafter Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Wahlkampf unter der Parole Fortführung des bisherigen scheinunkonstitutionellen, bürokratischen, imperialen Regierungssystems oder Durchführung des demokratischen Parlamentarismus ausgeschrieben wird, dann müssen alle Parteien,

die auf dem Boden des konstitutionellen Regimes stehen, einen gewaltigen Aufschwung nehmen und eine gewaltige Begeisterung bei ihren alten und neuen Anhängern hervorrufen. Niemand wird es wagen, dem Volke gegenüber Kamakilla und Kabinettssystem zu flüchten, ohne weggesetzt zu werden. Auch die Verwirklichung des Auslands, die durch die Vorgänge in der auswärtigen Politik, durch den Gedanken hervorgerufen ist, als ob Deutschland einen Krieg herbeiführen wollte, würden wir damit beseitigen. Sie würden geradezu für den Frieden wirken, wenn Sie den Mut hätten, Ihre Macht zu benutzen, die Ihnen günstige Umstände in die Hand gelegt haben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Solche Taktik haben aber sogar freisinnige Politiker als „Expresstaktik“ bezeichnet! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Welcher Tiefstand der Selbstachtung eines Abgeordneten, wenn er, wie Herr Köpcke, die berechnete Ausnutzung der parlamentarischen Nachmittel Expresstaktik nennt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er muß geradezu die Auffassung haben, daß es die Aufgabe eines Abgeordneten sei, vor der Regierung bittend, als Vetter aufzutreten und mit dem Hute in der Hand herumzublenden, ob sie so gnädig sein wolle, dem Parlamente Rechte zu geben. Aber Sie haben infolge der Ereignisse es jetzt in der Hand

**dem Parlamente Rechte zu erobern,**  
und da Sie die Möglichkeit in der Hand haben, nutzen Sie sie aus! Das ist in der Tat der kategorische Imperativ einer glühenden Vaterlandsliebe. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie nur den Mut dazu hätten! Nur das Selbstbewußtsein freier Männer und ein Bewußtsein der Ehre, die das deutsche Volk Ihnen in dem Vertrauen entgegenbringt, daß Sie in diesem Sinne für seine Interessen wirken werden! Lassen Sie den Willen zur Macht und den Mut zur Tat! Sorgen Sie dafür, daß endlich in deutschen Landen des Volkes Wille das höchste Gesetz ist! (Stürmischer, langanhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. v. Brudzewo-Mielzynski (Pole):**  
Der Reichstag muß nicht nur die Kontrolle ausüben, sondern er muß auch in jedem Augenblicke die Initiative ergreifen können, und der Reichsanwalt muß dem Reichstage voll verantwortlich sein. Unser Antrag soll dem Reichstage ermöglichen, zu verhindern, daß schädliche Dinge hinter seinem Rücken vorgehen. Die bloße Abänderung der Geschäftsordnung genügt nicht; in parlamentarisch regierten Ländern, wo die Minister vom Parlament abhängig sind, während Geschäftsordnungsbestimmungen vielleicht abgeändert sein, bei uns ist das nicht der Fall.

Erst Wochen locht es und gärt es im Volke, aber aus der Entrüstung des ganzen Volkes ist nur die winzige Flut eines Vertrauensvotums für den kaiserlichen Willen entstanden. Dieser Mann hat es verstanden, aus der Verwirrung und Verlegenheit seines Herrn mit einem Scheinverfolg hervorzugehen. Das deutsche Volk wird aber abbrechen und andere Garantien verlangen, als Herr Willow versprochen hat. In diesem Kampfe des deutschen Volkes um seine Rechte werden wir ihm immer zur Seite stehen. (Bravo!) Wir beweisen damit, daß diejenigen Lügen, welche behaupten, daß wir Feinde des deutschen Volkes sind. Wir haßen und bekämpfen das deutsche Volk nicht, wir haben aber mit ihm gemeinsam das Streben nach Freiheit. Wir hoffen, daß diese Erklärung nicht vergesen wird, wenn es einmal notwendig ist, an das deutsche Volk zu appellieren. (Bravo! bei den Polen.)

**Abg. Dr. Jung (natl.):**  
gibt namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab:  
Wir sind bereit, an dem Zustandekommen eines Verantwortlichkeitsgesetzes mitzuwirken. Wir sind ferner bereit, eine Änderung der Geschäftsordnung in dem Sinne herbeizuführen, daß in Anbetracht der Interpellationen Beschlässe gefaßt werden können. Dieser Punkt erscheint uns sogar als der wichtigere. Wir akzeptieren den Ton, den die Herren Müller-Weinigen, Dr. Spahn und Graf Mielzynski angeschlagen haben, müssen dagegen den Ton des Herrn Ledebour als unvereinbar mit dem Ernst der Sache bezeichnen. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Redner ist mit der Kommissionsberatung der Entwürfe einverstanden. Der polnische Antrag erscheint uns von geringer Bedeutung. Auf immer unannehmbare ist uns der sozialdemokratische Antrag auf Mitwirkung des Reichstages bei der Entscheidung über Krieg und Frieden. Soll etwa in einem für sein und Nichtsein des Reiches entscheidenden Augenblick Herr Ledebour eine mehrstündige Rede halten dürfen? (Lachen bei den Sozialdemokraten. Sehr gut! rechts und bei den Nationalliberalen.) Wir weisen ferner zurück die Mitwirkung des Reichstages in irgendeiner Form an der Ernennung des Reichsanwaltes. Es genügt, wenn die wirksame Verantwortlichkeit des Kanzlers festgesetzt wird. Wir lehnen auch eine Veräußerung der verfassungsrechtlichen Fragen mit der Finanzreform ab. Man weiß darauf hin, daß das englische Parlament seine Macht immer nur verliert. Bei uns liegen die Verhältnisse aber anders, bei uns handelt es sich nicht um Forderungen für Bedürfnisse der Krone, sondern um die notwendigsten Bedürfnisse des deutschen Volkes. (Sehr richtig! rechts.) Die Stärke des Reichsanwaltes liegt gerade darin, daß er der einzige Reichsminister ist. Durch Schaffung eines Ministerkollegiums, das ihn auch überstimmen könnte, würden wir die Möglichkeit der Verantwortlichkeit, die wir durchzuführen wollen, herabmindern. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Bei den Vorgängen der letzten Wochen hat der Reichsanwalt diejenige Konsequenz gezogen, die seiner Verantwortlichkeit entspricht: er hat keine Entlastung eingereicht und eine Erklärung des Kaisers ergriffen, an deren Wortlaut wir nicht drehen und deuten wollen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Trotzdem sind wir bereit, an den Beratungen über die staatsrechtliche Form der Verantwortlichkeit des Reichsanwaltes mitzuwirken. Der Ausbau der Ministerverantwortlichkeit ist der Schlüssel der konstitutionellen Monarchie und indem die Sozialdemokraten daran mitarbeiten wollen und sogar einen Entwurf eingebracht haben, haben sie sich der monarchischen Bestimmung veräußert gemacht. (Heiterkeit.) Freilich ist ihr Gesetzentwurf auch danach! Sie verlangen, daß der Reichsanwalt zu entlassen ist, wenn der Reichstag es verlangt — eine Bestimmung, die ganz unvereinbar ist mit dem Gedanken der Monarchie. — Zu dem Staatsgerichtshof, der über den Reichsanwalt auf Verlangen des Reichstages aburteilen soll, soll jeder als Richter berufen werden können, der die Fähigkeit zum Geschworenen hat. (Heiterkeit. Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Auch der von den freisinnigen eingebrachte Entwurf will eine Anklage gegen den Reichsanwalt zulassen nicht nur wegen Verfassungswidrigkeiten, sondern auch aus Fragen politischer Zweckmäßigkeit. Ihnen schwebt vor die Stellung etwa des englischen Ministerpräsidenten, der nicht gegen den Willen der Mehrheit des Parlaments regieren kann. Solche Stellung kann man aber nicht durch Verfassungsparagraphen schaffen, sondern das ist eine **Wahlfrage**.

Vielleicht noch wichtiger als die Verfassungsänderung ist für den Reichstag die Änderung seiner Geschäftsordnung. Natürlich müßte, falls sie beschloßen wird, dafür Sorge getragen werden, daß der Reichstag nicht mit Initiativentwürfen überflutet wird. Wir sind bereit, an die Beratung der Entwürfe heranzutreten, aber wir werden an die Beratung nur in dem Sinne heranzutreten, daß das Kaiseramt geschützt wird gegen Angriffe von unten und oben. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

**Abg. v. Dirksen (Rp.):**  
Die Grenze zwischen Interpellationen und Anträgen haben die Urheber unserer Geschäftsordnung mit wohlwogender Absichtlichkeit gezogen. Wir wollen sie nicht verwischen lassen. Vielleicht läßt sich das englische System der persönlichen Anfragen an die Minister beim Staatssekretäre einführen. Vor einem parlamentarischen Regierungssystem aber behüte uns der Himmel! (Lachen links. Lachen rechts.) Der Grundgedanke des polnischen Antrages, den Reichstag auf Wunsch einer bestimmten Anzahl Mitglieder einzuberufen, ist uns nicht unympathisch. Man hat z. B. im Jahre 1900 beim Ausbruch der Chinawirren

regierungsseitig die Einberufung des Reichstages aus ziemlich sachlichen Gründen unterlassen. (Hört! hört! links.) Die praktische Ausführung des an sich richtigen Gedankens dürfte aber auf Schwierigkeiten stoßen.

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden an die Mitwirkung des Reichstages geknüpft wird. Das könnte uns aber in Lagen bringen, die weit gefährlicher werden als der gegenwärtige Zustand. Diefem Antrag können wir nicht zustimmen, wenn wir auch den Wunsch haben, daß der Reichstag sich stärker mit auswärtigen Angelegenheiten beschäftigt, wie es durch verstärkte Beteiligung von Reichstägern und durch häufigere Zusammenberufung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten geschehen kann.

Der Antrag Albrecht auf Schaffung der Verantwortlichkeit des Reichsanwaltes ist in demselben Wortlaut schon in den Jahren 1900 und 1903 eingebracht worden, zugefügt ist diesmal nur der Satz: „Der Reichsanwalt ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert“. Was dazu zu sagen ist, hat der Abg. Jung schon gesagt. Aber auch sonst ist der Entwurf eine juristische Ungeheuerlichkeit. Was soll man denn davon denken, daß der Reichsanwalt verantwortlich sein soll für alle Handlungen und Unterlassungen des Kaisers? Ebenso ist es ungeheuerlich für jeden Juristen, daß der Reichsanwalt angeklagt werden soll, wenn der Reichstag ihn für schuldig hält, verfassungswidrig gehandelt oder sonst das Wohl des Reiches geschädigt zu haben. Nach diesem Antrage würde der Kaiser zu einer Marionette des Reichsanwaltes werden und der Reichsanwalt zu einer Marionette des Reichstages. (Sehr richtig! rechts.) Der Reichsanwalt hat stets bewiesen, daß er von einem strengen Verantwortlichkeitsgefühl geleitet ist. Ich erinnere an sein Indemnitätsgeheimnis 1900 nach dem Chinafeldzug, an seine Erklärung im vorigen Dezember, er sei bereit, zurückzutreten, wenn die Mehrheit des Volkes nicht hinter ihm stehe und an die Einreichung seines Demissionsgesuches in der letzten Zeit. Mehr werden Sie auch von einem Minister unter dem Bestehen eines Verantwortlichkeitsgesetzes nicht erreichen. (Sehr richtig! rechts.) Es handelt sich offenbar bei diesem Vorgehen um die Ersetzung einer konstitutionellen Monarchie durch eine parlamentarische Monarchie. Ob Sie dabei die Mehrheit des Volkes hinter sich haben, ist mir doch zweifelhaft. (Sehr richtig! rechts.) Ich erinnere übrigens daran, daß Herr Schröder erst vor kurzem erklärt hat, die Übertragung der englischen Verhältnisse auf unsere bundesstaatlichen Verhältnisse sei unmöglich, und daß Herr v. Hertling meinte, seine Freunde legten auf neue Paragraphen keinen Wert. (Hört! hört! rechts.) Wenn Sie auf diesem Standpunkt stehen, warum kommen Sie dann mit solchen Anträgen in einem Moment, wo wir in der inneren Politik die wichtigsten Aufgaben bei der Reichsfinanzreform zu erfüllen haben? (Sehr gut! rechts.) Weiter möchte ich betonen: wenn ein Parlament einen geringen Einfluß hat, so liegt das nicht immer an der Verfassung, sondern auch an dem Parlament. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Sozialdemokraten.) Das Parlament hat das Recht der Adresse, es hat das Recht der Budgetverweigerung. Ich weiß nicht, was für stärkere Mittel Sie noch haben wollen. Wenn wir ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz gehabt hätten, wäre Bismarck bei seinem Konflikt mit dem Abgeordnetenhaus zu allererst von der Mehrheit für unfähig zur Bekleidung seines Amtes erklärt worden. (Sehr gut! rechts.) Ich möchte bezweifeln, daß der jetzige Reichstag immer die Mehrheit der Nation hinter sich gehabt hat. Ich erinnere daran, daß sofort nach den Reichswahlen ein Paal unter den Parteien ausbrach, ich erinnere auch an die letzten Debatten über die Reichsfinanzreform, bei denen die Nation wohl mehr Einigkeit und Opferwilligkeit erwarten konnte. (Lebhafte Zustimmung rechts, mehr Opferwilligkeit!) Wenn wir zu einer einzigen Mehrheit kommen, wird das Parlament auch mehr Macht haben. Ein einmütiger Reichstag ist eine Macht, der kein Kaiser und kein Kanzler widerstehen kann. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

Aus der Reichstagsfraktion.

Als Redner zu dem Arbeitskammergebietentwurf wurden in der gestrigen Fraktionssitzung die Genossen Legien und Bömelburg bestimmt. Die an anderer Stelle von uns im Wortlaut mitgeteilte Interpellation über die Abhandlung des Vereinsgesetzes soll Genosse Vech begründen. Als Redner für die Debatte wurde Genosse Ledebour gewählt.

Steuerkommission des Reichstages.

Die heutige Sitzung der Steuerkommission beschäftigte sich mit der geschäftlichen Regelung der Behandlung der einzelnen Steuerentwürfe. Die Mehrheit war geneigt, zunächst die Bedarfssfrage in Angriff zu nehmen, also das Defizit festzustellen. Die hierzu nötigen Unterlagen aus dem Reichshabamt können der Kommission jedoch vor Freitag nicht zugänglich gemacht werden. Deshalb kam man überein, in den Sitzungen mit der Beratung einer Schuldenentlastung (§ 2) und über die rest und die Restitutionsbeiträge (§ 3) zu beginnen und dann zur Beratung der weiteren Teile des Gesetzes über Änderungen im Finanzwesen überzugehen.

Nächste Sitzung Donnerstag vormittags. Der Kommission gehören die Genossen Vech, Singer und Stadthagen an.

Aus der Automobilkommission.

Die Kommission zur Vorbereitung des Automobilgesetzes verwarf gestern die von der Regierungsvorlage empfohlene Abschwächung der Haftpflicht der Automobile gegenüber Eisenbahnen und erließ die beiden ersten Sätze der Regierungsvorlage mit acht gegen sieben Stimmen durch einen Antrag Vetter (Z.), der das Haftpflichtprinzip, das für Eisenbahnen gilt, auf Automobile ausdehnt. Nur wurde an Stelle des Begriffs „höhere Gewalt“, bei deren Vorliegen nach dem Haftpflichtgesetz die Erlöspflicht ausgeschlossen ist, der etwas weiter gehende Begriff: „unabwendbare äußere Ereignisse“ eingefügt. Die Beratung über § 2 wurde begonnen und soll am Freitag fortgesetzt werden.

Aus der Weingesetzkommission.

Die am Dienstag einberufene Subkommission zur Einteilung der Weinbaugebiete hat mit erstaunlicher Schnelligkeit gearbeitet, denn ihre Vorschläge lagen tags darauf bereits gedruckt vor. Was sie vorschlug, wurde jedoch von vielen Kommissionsmitgliedern als unpraktisch angegriffen. Nach ihrem gegen nur eine Stimme gemachten Vorschlag sollen die Weinbaugebiete in folgender Weise geteilt werden:

1. Elb- und Odergebiete, 2. Franken mit dem bayerischen Bodenseegebiet, 3. Franken mit dem bayerischen Rheingebiet, 4. Rheingebiet, 5. Die östlichen deutschen Weinbaugebiete als Einzelgebiete. Diese Einteilung wurde von keiner Seite als musterhaft anerkannt, weil hier Weinlagen miteinander verbunden sind, die keine innere Verwandtschaft besitzen. Die Bildung von Weinbaugebieten geschieht zu dem Zwecke, die Zudersetzung besser beschaffen und kontrollieren zu können. Denn Absatz 3 des § 3 bestimmt, daß die Zudersetzung nur innerhalb desjenigen Weinbaugebietes vorgenommen werden darf, aus welchem die Trauben stammen. Es wurde in der Debatte darauf hingewiesen, daß die Großhändler von dieser Bestimmung nicht getroffen werden würden, weil sie in jedem für sie in Frage kommenden Weinbaugebiet, wenn sie das für vorteilhaft halten, eine Weinkellerei errichten können! Anders

bei den Kleinen, die im Einkauf der Trauben und des Mostes ganz unnötigerweise beschränkt werden.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit 17 gegen fünf Stimmen angenommen. Verschiedene Mitglieder erklärten, daß sie sich vorbehalten, bei der zweiten Lesung erneut Vorschläge zu machen. Ein Antrag Ranz, die östlichen deutschen Weinbaugebiete als ein einziges Weinbaugebiet gelten zu lassen, wurde gegen vier Stimmen abgelehnt.

Druckfachen.

Aus dem Reichstag. Reichshaushalts-Etat für 1909, 2 Bände in Einzelheften. Haushalts-Etat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1909.

## Die Frauenkonferenz in Deutschböhmen.

Die proletarische Frauenbewegung ist unverkennbar im Aufsteig begriffen. Das bezeugt nicht nur die lebhafteste vielseitige Agitation, sondern auch die Forderung so vieler für die Propaganda wertvoller Kräfte.

Damit soll nicht gesagt sein, daß ein Gefühl der Zufriedenheit Platz greifen soll. Das könnte nur hindernd für die weitere Arbeit sein. Aber die Bemühtung darf man wohl empfinden, daß nicht vergeblich gearbeitet wird. Die Bemühtung, daß der sozialdemokratische Gedanke selbst bei den so schwer zu erwerbenden Frauen immer tiefere Wurzeln facht. Und was Agitation unter den Frauen heißt, kann wohl nur der beurteilen, der sich selbst der Nähe unterzogen hat, auf diesem Agitationsgebiete tätig zu sein. Wieviele Vorurteile müssen da erst ausgewezert, wieviele Bedenken überwunden werden! Wie oft hält man selbst inne und fragt sich immer wieder, ob's nicht Eitüppisarbeit ist, die man vollbringt. Wie sträglich aber gerade Rutlosigkeit wäre, zeigen die Fortschritte, die dennoch gemacht werden. Auch in Oesterreich geht es vorwärts. Anfeindend und aufreizend hat tatsächlich die Frauenkonferenz, die zu Otern in Wien stattfand, gewirkt. Daß am 22. November in Vodenbach eine Frauenkonferenz für Deutschböhmen tagen konnte, ist das Verdienst der Reichskonferenz. Und diese Vodenbacher Frauenkonferenz hat alle auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllt. Die Besprechung war eine außerordentlich gute. 54 Delegierte waren aus zahlreichen Orten gekommen. Aber was nicht weniger wichtig ist, auch die Parteikorporationen Deutschböhmens haben der Konferenz Sympathie und Interesse entgegengebracht. Die Reichs- und Landesvertretung, die Zentrale der Gewerkschaften, die Bezirks- und Kreisvertretungen und einige deutschböhmisches sozialdemokratische Abgeordnete waren anwesend. Das erfreulichste aber war, zu sehen und zu hören, daß eine große Zahl Genossinnen geklärt und intelligent genug ist, um selbst in wirksamer Weise das Wort erarischen zu können. Die Baumeisterinnen sind da, es handelt sich nur darum, das Material in guter, zweckentsprechender Weise zu bewerten. Ein Grundzug der österreichischen Arbeiterbewegung war es immer, die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen in den Vordergrund zu stellen und nie den Gedanken aufkommen zu lassen, als ob die Zugehörigkeit zur politischen Organisation die Abfertigung von der Gewerkschaft entlasten könnte. Dasselbe zeigt sich bei den Frauen. Die Resolution, die zur Organisation gesetzt wurde, setzt die Gewerkschaftsorganisation an die erste Stelle. Es heißt:

Die am 22. November 1908 tagende erste Konferenz der deutschböhmisches Genossinnen befaßt sich für die gewerkschaftliche und politische Organisation der Frauen auf das eifrigste zu betätigen. Die Konferenz hält es für eine der wichtigsten Aufgaben, dafür zu wirken, daß alle industriell und gewerblich arbeitenden Frauen und Mädchen den für ihre Branche bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen beitreten und es ist Pflicht jeder Genossin, unter den Arbeiterinnen in diesem Sinne zu agitieren. Für alle Frauen und Mädchen der arbeitenden Klassen sollen überall, wo dies möglich ist und wo noch keine sozialdemokratische Frauenorganisation besteht, freie politische Frauenorganisationen gegründet werden, gemäß den Beschlüssen der dritten sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Wien im April 1908.

Die politischen Frauenorganisationen sollen nur im Einvernehmen mit den Organisationen, die sich im betreffenden Orte befinden, gegründet werden und sollen die Genossinnen trachten, daß ihnen in allen Anlässen ein Vertretungsrecht eingeräumt wird im Interesse der Einheitlichkeit der Partei.

Die Genossinnen haben außer ihrer Tätigkeit für die Aufklärung und Organisation der Frauen, alle Aktionen der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen mit allem Nachdruck zu unterstützen.

Als Beitragleistung wurden 30 Heller pro Monat festgesetzt einschließlich des Bezuges der „Arbeiterinnen-Zeitung“.

Gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen können mit 10 Heller Monatsbeitrag Mitglieder der politischen Frauenorganisationen werden. Hier wird unterschieden zwischen Arbeiterinnen, die von ihrer Gewerkschaft die „Arbeiterinnen-Zeitung“ anstelle des Fachblattes erhalten und solchen, die sie nicht erhalten. Diese zahlen samt der „Arbeiterinnen-Zeitung“ 20 Heller pro Monat. Es ist also den verschiedenen Verbänden entsprechend mit drei Beitragsraten zu rechnen. Es soll eben sehr vielen Frauen der Beitritt ermöglicht werden und auch die „Arbeiterinnen-Zeitung“ soll möglichst Verbreitung finden.

Um eine einheitliche Organisation zu schaffen und um die Agitation planmäßig zu vollführen, wurde ein Agitationskomitee gewählt, in dem jene Orte vertreten sind, wo schon bisher am erfolgreichsten für die Organisation der Frauen gearbeitet wurde und wo geschulte, erfahrene Genossinnen vorhanden sind. Dieses Komitee hat im Einvernehmen mit der Landesvertretung in Leptych und mit dem Frauen-Reichskomitee in Wien zu arbeiten. Die Landesvertretung hat durch ihren Vertreter erklärt, daß sie das Komitee nicht nur „moralisch“ sondern auch materiel unterstützen wird. Von den weiteren Verhandlungen heben wir noch eine Resolution hervor, die sich gegen die Verschleppung der böhmischen Landtagswahlreform wendet und die erklärt, nur eine solche Wahlreform als eine befriedigende anzusehen, die das allgemeine, gleiche und direkte, aktive und passive Wahlrecht für Männer und Frauen zur Grundlage hat. Vorkünftig haben nach der bisherigen böhmischen Landeswahlordnung alle Frauen, die mindestens 8 Kronen Steuer zahlen, das aktive und passive Wahlrecht. Den Genossinnen, die Wahlreform zum böhmischen Landtag mit der Befreiung des beschränkten Frauenwahlrechts zu beginnen, muß beizeiten entgegengetreten und ausgesprochen werden, daß das Wahlrecht auf alle Männer und Frauen auszuüben ist.

So hat die Konferenz mannigfache Anregungen gegeben, und sie wird dazu beitragen, die Arbeiterinnenbewegung ein Stück nach vorwärts zu bringen.

## Soziales.

Wanderarme.

Die Lebensnot unserer bäuerlichen Gesellschaft und des herrschenden Produktionsystems „beschäftigen“ sich natürlich auch mit den Schattenreisen derselben. Sie diskutieren z. B. die Arbeitslosigkeit, je nach ihrem Verständnis, und hoffen mit schönen oder bösen Worten diese Frage „gelöst“ zu haben. „Nützlich“ geben auch noch an schwerere Frauen heran, denn das Reden ist ja unterhaltend. So besahe ich z. B. die 23. Jahresversammlung des Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit mit der Frage: „Die Behandlung erwerbsbeschrankter und erwerbsunfähiger Wanderarmer.“ Magistratsjurist Dr. Duppe-Frankfurt a. M. als Referent meinte, daß die Bismarck der Wandernden schwanden, je nach der mehr oder minder günstigen Lage des Arbeitsmarktes sich richten. Schlimmer sind natürlich diejenigen Wanderer daran,

Die wegen eines angeborenen körperlichen oder geistigen Defektes keine regelmäßige Arbeit finden, und solche, die infolge des Wanderns und seiner Gefahren oder aus anderen Gründen sich körperliche oder sittliche Defekte zugezogen haben." Deshalb mehr Wanderarbeitsstätten! Da aber bekanntlich, wie auch die Kasseler Ruder erst unlängst jammerten, diese Wanderer die errichteten Wanderarbeitsstätten fliehen, in weitem Bogen um Kassel wandern, um ja der gepriesenen Fürsorge nicht teilhaftig zu werden, so müssen Zwangsmittel angewendet werden! Daß bei solchen Disjunktionen die Pfaffen nie fehlen, die bekanntlich anderen Leuten das Arbeiten gern empfehlen, ist klar. Sie sind natürlich für scharfe Zwangsmittel gegen die Faulenzer und brachten es fertig, daß die Versammlung folgende Leitsätze annahm:

I. Die Grundlage der Fürsorge für die erwerbsbeschränkten und erwerbsunfähigen Wanderer bildet eine geregelte und allgemein durchgeführte Wanderfürsorge mittels Wanderarbeitsstätten und zeitweilig umgestalteter Anstalten für Obdachlose.

II. Als Ergänzung der Fürsorge ist die Gewährung von Zwangsmitteln gegen solche Wanderer erforderlich, die eine geregelte Fürsorge ablehnen, insbesondere der zwangsweisen arbeitspolizeilichen Einweisung und Festhaltung in einer geeigneten Anstalt.

III. Wanderer, die wegen erheblicher geistiger oder körperlicher Mängel der Anstaltsfürsorge bedürftig sind, sind von den Anstalten in geeigneten Anstalten unterzubringen.

IV. Für die der Anstaltsfürsorge nicht bedürftigen Erwerbsbeschränkten sind durch Staat und Gemeinden und zu ihrer Ergänzung durch die freie Wohltätigkeit Einrichtungen zu schaffen, die wie Arbeiterkolonien, Brockenanstalten, Schreibstuben, Arbeiterkolonien usw. die Möglichkeit von Beschäftigung gewähren, sowie Einrichtungen, die in planmäßiger Weise Arbeit vermitteln.

Wanderarbeitsstätten unter Leitung der Ruder ist also jetzt das Allheilmittel, und „liberale“ Redner treten warm dafür ein! Wer nicht willig eintritt, dem hilft der — Gendarm „liebepoll“ schon nach, wenn die „erforderlichen Zwangsmittel“ mal alle zur Anwendung kommen können. Die Kerntsen müssen für ihre Verbrechen nochmals gestraft werden, selbst wenn sie, wie der Referent selbst zugibt — „geistig defekt“ sind! Der Gendarm kann dies ja gut unterscheiden, auch ob wegen „erheblicher geistiger Mängel“ besondere Anstaltsfürsorge nötig ist!

Von dem preussischen Ausnahmengesetz gegen ländliche Arbeiter. Der russische Landarbeiter Sikora wurde am 7. Oktober d. J. aus seiner Arbeit auf der Domäne Groß-Annensleben (Reg.-Bez. Magdeburg) entlassen, weil er eine Aufforderung des Aufsehers, beim Mähenboden sorgfältiger zu arbeiten, mit beleidigenden Nebenwendungen beantwortet haben sollte. Nach seiner Entlassung veranlaßte Sikora 60 seiner Mitarbeiter, die Arbeit einzustellen, um so den Aufseher zu zwingen, ihn — Sikora — wieder in Arbeit zu nehmen. Der Streik blieb jedoch ohne Erfolg, vielmehr wurde Sikora verhaftet, wobei er dem Gendarmen heftigen Widerstand geleistet haben soll.

Das Landgericht Magdeburg verurteilte den „renitenten“ Nussen auf Grund des Gesetzes vom April 1854 wegen Aufwiegelung, Beleidigung und Widerstand zu fünf Wochen Gefängnis.

**Unzulässige Polizeivorschrift.**

Die Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Magdeburg, welche die Polizeistunde für Schankstätten im Regierungsbezirk generell regelt und die bekannten Ausnahmen zuläßt, erklärt für Städte bis zu 10 000 Einwohnern zur Verhängung und Herabsetzung der Polizeistunde den Landrat für zuständig. Dem Kandidat Hahn in Genthin wurde nun die früher auf 1 Uhr nachts verlängerte Polizeistunde durch Verfügungen des Landrats zuerst auf 12 Uhr, dann auf 11 Uhr herabgesetzt. Es sollten polizeiliche

Gründe vorliegen. Nach vergeblichen Beschwerden klagte H. beim Oberverwaltungsgericht. Seiner Klage wurde stattgegeben. Das Gericht setzte am Montag die angefochtenen Verfügungen des Landrats außer Kraft und führte aus: Nach den maßgebenden Gesetzen (Streitordnung, Städteordnung usw.) sei für solche polizeilichen Verfügungen die Ortspolizeibehörde zuständig. Eine gesetzlich bestehende Zuständigkeit könne aber durch Polizeiverordnung nicht geändert werden. Also habe der Landrat durch die Verordnung des Regierungspräsidenten nicht zuständig gemacht werden können. Jene Verfügungen müßten darum wegen Unzuständigkeit des Landrats aufgehoben werden.

**Der adlige Angestellte und der bürgerliche Prinzipal.**

Sonderrechte für den Adelsstand glaubte ein adliger Handlungsgehilfe auch in seinem Verhältnis zum Chef, wie die am Dienstag stattgehabte Verhandlung vor dem Berliner Kaufmannsgericht ergab, für sich in Anspruch nehmen zu dürfen. Vor der vierten Kammer erhob der Reisende Freiberger v. Keller gegen die Berlin-Nichtenberger Melassefabrik, Inhaber J. Joseph einen Anspruch auf Festgehalt. Er war aus folgenden Gründen seines Postens sofort entlassen worden: Während v. K. auf der Reise war, kam es wegen der Provision zu schriftlichen Auseinandersetzungen. Der Kläger verlangte eine Provisionszahlung, die ihm nach seiner Ansicht noch zustand, worauf ihm der Chef schrieb, er möchte derartige „Provisionsanzapfungen“ unterlassen. Darauf antwortete v. K. mit folgenden Worten: „Ich verbitte mir derartige Dreistigkeiten, solche Gemeinheiten sagen Sie sich unter Ihresgleichen!“ Der Beklagte glaubt, auf Grund dieser Beleidigungen die Verurteilung zur sofortigen Entlassung zu haben, v. K. dagegen ist der Ansicht, daß, wenn in seinem Schreiben überhaupt eine Beleidigung zu finden sei, diese zum mindesten durch das Verhalten des Beklagten kompensiert worden wäre. Der beklagte Prinzipal machte den entgegenkommenden Vorschlag, dem Kläger vergleichsweise 88 Mark zu zahlen, sofern dieser die Beleidigung zurücknimmt, v. K. wollte aber eine Zurücknahme seiner Worte mit 100 Mark bemerkt wissen, wodurch der Vergleich scheiterte.

Das Kaufmannsgericht hielt die Entlassung des Klägers für gerechtfertigt. Wenn auch letzterer durch den Brief des Beklagten in eine gereizte Stimmung verlegt worden sein mag, so durfte er als gebildeter Mann sich doch nimmermehr so weit verweisen, an seinen Prinzipal einen Brief so gräßlich beleidigenden Charakters zu richten. Seine Klage auf Zahlung des Festgehältes war daher abzulehnen.

**Gerichts-Zeitung.**

**Und immer noch Volksschullehrer!**

Der 30 Jahre alte Volksschullehrer E. D. Andre aus Sterdrade, der in seiner neunjährigen Lehrtätigkeit bereits die vierte Stelle bekleidet, mehrfach mit seiner vorgelegten Schulbehörde und dem Strafgericht wegen Ueberschreitung des Richtigungsrechts in Konflikt gekommen und neben kleineren Strafen dieserhalb auch schon mit 100 M. bestraft ist, hatte sich kürzlich abermals wegen gefährlicher Körperverletzung im Amte vor der Strafkammer in Duisburg zu verantworten. Trotz aller Verwarnungen und den Vorstrafen hatte dieser Jugendbildner — dem noch dazu die jüngste Klasse anvertraut ist — abermals den Stoß in einer solchen Weise in Anwendung gebracht, daß ein kleines, schwächliches, körperlich zurückgebliebenes Kind, das außerdem noch an einem Gehörfehler leidet, die Spuren dieser Erziehungsmethode nicht nur sehr deutlich auf dem Rücken und an den Händen trug, sondern auch am Kopf und hinter den Ohren. Wie arg die

Prügel gewesen sein müssen, läßt sich ungefähr daran ermessen, daß der behandelnde Arzt zunächst eine dauernde Schädigung der Gesundheit des Kindes befürchtete, doch hat sich glücklicherweise diese Befürchtung nicht bestätigt. Auch der zuständige Kreisfahndungsinspektor stellte dem Angeklagten kein gutes Zeugnis aus, bezeichneter ihn vielmehr als denjenigen Lehrer seines Bezirks, der ihm die meisten Schwierigkeiten bereite. Selbst der Gerichtsvorsitzende gab dem Angeklagten den Rat, sich doch lieber einer anderen Tätigkeit zuzuwenden, wenn er sich nicht beherrichen könne. Danach hätte man erwarten sollen, der Angeklagte würde einen Denktzettel erhalten haben, der ihm die weitere „Erziehung“ der Jugend verleihe. Doch es kam anders. Schon der Herr Staatsanwalt ließ Milde walten, indem er nicht vorläufige, sondern nur fahrlässige Körperverletzung annahm und dementsprechend keine Geldstrafe sondern nur Geldstrafe, allerdings in Höhe von 300 M. beantragte. Doch das Gericht, dessen Vorsitzender kurz vorher dem Angeklagten einen Berufswechsel angeraten hatte, ging noch erheblich unter das beantragte Strafmaß hinunter, indem es nur auf — 75 M. erkannte. — Ob ein Lehrer an einer höheren Schule unter denselben Umständen auch wohl so glimpflich davon gekommen wäre? Das schlimmste aber ist, daß der Mann noch weiter als „Erzieher“ auf die Volksschüler losgelassen werden kann.

**Im Prozeß Riebel**

wurde gestern das Ablehnungsgesuch des Angeklagten für unbegründet erklärt und die Verhandlung selbst unter Ausschluß der Öffentlichkeit fortgesetzt.

**Vermischtes.**

**Das Kutschegeheimnis.**

In Ludwig Thomas neuer Komödie „Moral“ ist eine sehr ergötzliche Szene, in der eine Wohltäterin der besseren Kreise, eine moderne Stadtheilige, d. h. eine Klotze, von der Polizeibehörde gebrängt wird, Namen zu nennen. Sie verspottet die Obrigkeit aber nicht schlecht, indem sie sich auf ihre Schweigepflicht beruft und sich fast mit der Polizei vergleicht, die ja auch dazu sei, die Tugend zu schützen, d. h. zu verhüllen und zu vertuschen. In diese Komödienzene erinnert lebhaft ein Vorgang, der sich bei dem Verhör der nach der bürgerlichen Presse zweifellos wichtigsten und interessantesten Person der Gegenwart, der Madame Steinheil in Paris, abspielte. Madame ist in und neben ihrer Ehe auch eine stolze große Stills insofern sie nur zu Präsidenten und Millionären, kurzum Leuten von Welt (auch der König von Romboitscha) wird in dem bunten Gefolge ihrer Anhänger genannt, Beziehungen unterhält. Und der Untersuchungsrichter André wird zudringlich und will Namen wissen, ganz wie in Thomas Komödie.

André: Hat die Abneigung gegen Ihren Mann Sie nicht bestimmt, anderweitige Beziehungen anzuknüpfen?

Frau Steinheil: Ich leugne es nicht, ich habe Geliebte befehen.

André: Sagen Sie mir die Namen Ihrer Geliebten.

Frau Steinheil fährt erregt von ihrem Sessel auf und ruft: Sie, Herr Richter, Sie, ein galanter Mann, Sie fragen mich nach den Namen meiner Geliebten?! Dann etwas ruhiger: Sie wissen ja die Namen einzelner bereits. Die anderen zu nennen, habe ich keinen Anlaß. Das wäre ja eine Verletzung der professionellen Amtsgeheimnisse.

Der Richter verbittet sich diesen Scherz und fordert sie auf, die Namen zu nennen.

Frau Steinheil: Das wäre ein Verrat.

Wer bei Jandorf kauft spart Geld!

**A. JANDORF & Co**

Spittelmarkt Belle Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnonstrasse Kottbuser Damm

**Lebensmittel**

Sonntag den 6. Dezbr. geöffnet von 12—2 Uhr.

Donnerstag Freitag Sonnabend

Soweit Vorrat

Pa. Holst. Cervelatwurst Pfund 1.15	Mettwurst (Braunschweiger Art) Pfund 95 Pf.	Rotwurst I ..... Pfund 80 Pf.
Pa. Holst. Salamiwurst Pfund 1.15	Leberwurst ff. .... Pfund 1.00	Rotwurst II ..... Pfund 48 Pf.
Pa. Teeschlackwurst Pfund 1.20	Landleberwurst ..... Pfund 90 Pf.	Schinkenspeck ..... Pfund 1.00
Thür. Landbratwurst Pfund 1.10	Zwiebelleberwurst . Pfund 48 Pf.	Nuss-Schinken ..... Pfund 1.15

**Kasseler Rippespeer** ..... Pfund 74 Pf.

**Pa. Gänse** ..... Pfund 60 Pf. | **Grosse Suppenhühner** 1.75, 1.95

**Kaffee**

Mischung I	II	III	IV
Pfund 80	95	1.10	1.30

**Deutscher Kakao** Pfund 80 Pf.

**Haushalt-Schokolade** ..... Pfund 63 Pf.

**Deutscher Kognak** Fl. 1.00, 1.50

**Rum** (Verschnitt) ..... Flasche 1.00, 1.50

**Sortiments-Liköre** ca. 1/2 Liter, Fl. 68 Pf.

**Halb u. Halb** ..... Flasche 95 Pf.

**Berliner Getreide-Kümmel** Flasche 95 Pf.

**Schweizer Käse** ..... Pfund 70 Pf.

**Tilsiter Käse** ..... Pfund 65 Pf.

Stangenspargel Prima	78, 1.45	Schoten junge	28, 45 Pf.
Stangenspargel I	73, 1.35	Gem. Gemüse	43 Pf.
Stangenspargel III	60, 1.10	Pfefferlinge	45 Pf.
Bruchspargel Prima	58, 1.05	<i>Getrocknete Früchte.</i>	
Bruchspargel o. Köpfe	38, 65 Pf.	Pflaumen mit Stein	18 Pf.
Abschnittspargel	29, 48 Pf.	Pflaumen ohne Stein	38 Pf.
Schoten feine junge	33, 55 Pf.	Prünellen, Aprikosen	60 Pf.

**Brech- und Schneidebohnen** ..... 1/4 Dose 28 Pf.

**Tafel-Aepfel** . 5 Pfund 45 Pf.

**Pa. Tafel-Aepfel** 5 Pf. 70 Pf.

**Wall-Nüsse** .... Pfund 28 Pf.

**Hasel-Nüsse** lange, .. Pfund 40 Pf.

**Ananas** ..... Pfund 65 Pf.

**Apfelsinen** ... Dutzend 35 Pf.

**Zitronen** ..... Dutzend 30 Pf.

Unsere Spezial-Preisliste über Lebensmittel ist erschienen. Zusendung auf Wunsch portofrei.

Dr. Conradys Vorträge.

In dem Vortragshaus über die Geschichte der französischen Revolution hielt Genosse Dr. Conrady am Montag in den Germania-Sälen vor einer zahlreichen und unermüdeten Zuhörerschaft den vierten Vortrag. Der Redner begann mit einem Rückblick auf den Verlauf der Revolution seit 1789 und wies auf die großen Umwandlungen hin, die bis zum Ende des Jahres 1791 vor sich gegangen waren.

Die neue geschichtliche Versammlung, aus den Wahlen hervorgegangen, trat am 30. Oktober 1791 zusammen und zeigte eine Umwälzung in den Parteiverhältnissen, die immer mehr auf die Einführung der Republik hinarbeitete. Redner schilderte die einzelnen Parteien, als wichtigste die Girondisten und die Linke, die aus Republikanern bestand, auch Jakobiner genannt. Sie gewann ihre Stärke durch die Klubs der Jakobiner und Cordeliers.

nade von Volmy den Feinden Frankreichs eine entscheidende Niederlage brachte. — Der Redner schilderte, wie Frankreich sich ausgerafft hatte, um den Angriffen vom Ausland zu begegnen. Der Ruf: „Das Vaterland in Gefahr!“ brachte die Massen in Bewegung und sie warfen sich den Verbündeten entgegen.

Aus der Partei.

Gemeindevahlen.

Bei der Gemeindevahl in Deusen bei Dortmund errang die Sozialdemokratie in der 3. Abteilung noch einen Sieg. In Hombruch bei Dortmund, wo ein außerordentlich harter Kampf ausgefochten wurde, unterlag sie leider. Nationalliberale, Zentrum, Christlichsoziale standen ihr geschlossen gegenüber.

In Erlangen errang die Sozialdemokratie bei einer Wahlbeteiligung von 88 Proz. vier Mandate.

In Rehau (Bayern) wurden zwei Sozialdemokraten gewählt.

Die Gemeinderatswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt brachten der Sozialdemokratie einige Erfolge. In Rudolstadt zieht Genosse Landtagsabg. Hartmann als erster Sozialdemokrat in den Stadtrat ein. In Volkstedt siegten die drei sozialdemokratischen Kandidaten und in Römhild wurde ein Genosse mit großer Majorität gewählt.

In Rödern (Sachsen-Meiningen) behauptete die Sozialdemokratie die bisherigen Mandate und gewann noch eines dazu.

Im sächsischen Vogtlande erzielte die Sozialdemokratie bei den Gemeindevahlen in vielen Orten große Erfolge und Siege. In Oelschütz wurden, trotzdem der bürgerliche Nischmatsch zusammenhing, zwei Genossen gewählt. In Jausa wurde ebenfalls der sozialdemokratische Kandidat gewählt.

Im Fürstentum Lübeck siegten bei den Gemeindevahlen unsere Genossen in zahlreichen Orten. So in Stöckendorf, Kensefeld, Eutin-Land, Gniffau und Ost-Ratkau. Die sozialdemokratische Stimmenzahl hat innerhalb — trotz der zur Ausübung des Wahlrechts vorgeschriebenen dreijährigen Anwesenheitsdauer in der Gemeinde — beträchtlich zugenommen.

Die Sozialdemokratie Lettlands.

Aus Riga wird uns geschrieben: Vor kurzem fand der 3. Kongreß der Sozialdemokratie Lettlands statt. Ueber die jetzige politische Situation ins Klare zu kommen und Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie trotz der drückenden Reaktion die eingenommenen Positionen zu verteidigen und trotz aller Opfer und Verfolgungen den aufgenommenen Kampf weiterzuführen — das war die Aufgabe dieses Kongresses.

Es ist ein vorgeschobener Posten der russischen Revolution, auf dem die lettische Sozialdemokratie kämpft. Nirgends im russischen Reich wütet die Konterrevolution so grausam (schon drei Jahre hindurch arbeiten unaufhörlich die blutigen Kriegsgerichte), nirgends ist die Zahl der gefallenen Opfer so groß, wie im Lande der baltischen Junker. Um ein Bild davon zu geben, unter welchen Verlusten die Sozialdemokratie hier zu wirken hat, wollen wir nur erwähnen, daß allein im verflossenen Jahre die Partei an 1000 organisierte Genossen durch Festerkerung und Verbannung verloren hat.

Der Kongreß beschäftigte sich eingehend mit der Lage der Organisation, wobei die vorhandenen Schäden und Mängel rücksichtslos aufgedeckt wurden. Uebrigens konnte man das erfreuliche Faktum konstatieren, daß die in den letzten Jahren eingetragenen anarcho-syndikalistischen und blanquistischen Tendenzen jetzt gänzlich überwunden sind und daß die Partei sich wieder voll und ganz auf den Boden des organisierten Kampfes gestellt hat. Es war die Frage, welchen Standpunkt die Partei den verschiedenen gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und kulturellen Organisationen und Vereinen gegenüber einzunehmen hat.

Auf der Tagesordnung des Kongresses stand auch die Frage über die Beteiligung der Sozialdemokratie an den kommunalen Wahlen. Es sei bemerkt, daß auf dem flachen Lande schon an mehreren Orten unsere Genossen in den Gemeindevahlen sitzen und dort die Interessen des landlosen Proletariats vertreten. Es kommt aber jetzt darauf an, selbst bei dem bestehenden elenden Wahlsystem auch in die Stadtkommunen einzudringen und die proletarischen Massen zum Kampfe für eine demokratische kommunale Selbstverwaltung in Bewegung zu setzen.

In der Agrarfrage sprach sich der Kongreß gegen ein spezielles Agrarprogramm aus. In den Ostseeprovinzen, wo in der Landwirtschaft schon der kapitalistische Großbetrieb mit intensiver Agrarkultur, mit Maschinen und Lohnarbeit vorherrschend ist, wo wir ein noch Hunderttausenden zählendes landloses Proletariat haben, hat die Sozialdemokratie sich nur auf diese proletarischen Schichten der Landbevölkerung zu stützen. Dazu braucht sie kein besonderes Agrarprogramm und muß nur die allgemeinen politischen Forderungen der Partei auch den Verhältnissen des flachen Landes anpassen. Und gerade unsere demokratischen Forderungen (vor allem die Aufhebung der feudalen Privilegien) und unser

spärlischen Lichtbilde dieses Aufzuges. Die beiden Hauptrollen der Mutter und des Herzogs wurden durch Maria Reichenhofer und Heinrich Schrotz ausgezeichnet verkörpert, ihr Spiel hatte an dem großen Erfolg des zweiten Aktes wesentlichen Anteil.

Notizen.

— Kunstabend. Die Dichter- und Tonbildner-Abende des Schiller-Theaters bringen am kommenden Sonntag im Verlinischen Rathaus einen Heine-Abend (Beginn 8 Uhr), im Schiller-Saal Charlottenburg einen Richard Wagner-Abend (Beginn 8 1/2 Uhr).

— Die bedrohte Radkultur. Der Schönheitsabend hat Montag doch stattgefunden. Die Polizeinote des „Verl. Tagebl.“, der folgend wir das Verbot gemeldet hatten, zeugte zwar von schönem Eifer, hatte aber vergessen, daß der Minister des Innern unter Umständen mehr Einsicht haben kann. Und der hatte den Abend gestattet. Wie es aber in Zukunft mit den Schönheitsabenden gehalten werden soll, darüber weiß man „mit Gewissen“ nicht.

— Die Zensur in Hamburg. Die Hamburger Polizei hat ihre Solidarität mit den Zensur- und sonstigen Unterdrückungsgelästen gewisser anderer Bundesstaaten bekundet, indem sie die weitere Aufführung von Adolf Pauls Komödie „Die Teufelsküche“ im Thalia-Theater verbot. Einfach verbot! In Verlin wurde das Stück 1906 anstandslos aufgeführt, ohne daß — wie angeblich in Hamburg — die Religion oder die Kirche in ihrem Dasein bedroht wurden.

— Sudermann hat für seinen neuen Roman „Das hohe Lied“ ein Honorar von 60 000 M. bekommen.

— Ein neues leuchtbares Luftschiff starrten System ist von dem Professor an der Danziger Technischen Hochschule Schütte entworfen worden. Der Tragkörper soll bei einem Durchmesser von 16 Meter 100 Meter lang werden und im Unterschied zu Zeppelins Schiffen, bei denen Aluminium verwendet ist, ein Gerippe aus Holz erhalten. Ein einziger 150 pferdiger Gasmotor soll eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 70—80 Kilometer in der Stunde ermöglichen. Außer der Bemannung und dem Betriebsmaterial kann das neue Luftschiff, und das scheint seine Hauptempfehlung zu sein, 2000 Kilogramm Sprengstoff mit sich führen. Da Herr Schütte über gute Beziehungen und kapitalträchtige Hintermänner verfügt, wird im nächsten Sommer mit dem Bau des neuen Wordinstrumentes, das charakteristischerweise soviel als möglich deklariert wird, begonnen werden.

— Eine neue Methode zur Darstellung der Edelgase. Der französische Chemiker George Claude hat kürzlich der Pariser Akademie der Wissenschaften ein neues Verfahren vorgelegt, nach dem sich die seltenen Elemente Helium und Neon in einfacher Weise aus der Luft abscheiden lassen. Die wissenschaftliche Bedeutung dieser Arbeit liegt darin, daß sie die Schätzung Sir William Ramsays über die Mengen der genannten Gase in der Erdatmosphäre von 1 bis 2 in 100 000 Teilen bestätigt hat.

Kleines feuilleton.

Pegasus im Joch. Es ist bekannt, daß Voltaire seine gewaltigen Schilderungen der französischen Gesellschaft des 18. Jahrhunderts unter der Beizende drängender Gläubiger, in verzehrender Hast und Ueberarbeit auf Papier werfen mußte. Dieser gehetzte Professor der Feder kam schließlich zu einer mechanischen Auffassung künstlerischen Schaffens, die arbeitete, an den „Nutz der Muse“ glaubenden Seelen wohl profan erscheinen mag. Voltaire hat sich in einer späteren Zeit auf dem Theater versucht, ohne Glück indes, denn von seinen Meisterwerken wurde das eine „Gourin“ verboten. „Mercedet“ zehn Jahre lang von allen Pariser Direktionen zurückgewiesen, während ein drittes Theaterstück im Odeon platt durchfiel, ein viertes an einer kleineren Bühne unbemerkt vorbeiglitte. Gegen das Ende seines Lebens aber wollte Voltaire die dramatische Arbeit mit aller Energie wieder aufnehmen, in der ausgesprochenen Absicht, mehr und rascher Geld zu verdienen, als dies mit Erzählungen möglich war. Einige Monate vor seinem Tode schrieb er an seinen Freund Laurent-Jean: „Ich werde im kommenden Frühjahr in Paris sein mit dem festen und notwendigen Entschluß, als Mitglied der Gesellschaft der dramatischen Autoren zu arbeiten. Denn in den langen Tagen meiner Kur habe ich ein kleines theatralisches Kalifornien zum Ausbeuten gefunden. . . Denke daran, daß eine Szene täglich 300 Szenen im Jahr macht, was zehn Stücken gleichkommt. Fassen fünf davon durch, haben drei nur halben Erfolg, bleiben immer noch zwei, die ein hübsches Resultat geben. Wohlau, Mut! Nur gesund muß ich werden, damit ich mich kühn auf der dramatischen Galeere mit guten Stoffen einschiffe.“ Voltaire konnte diesen Plan nicht mehr verwirklichen. Denn bald war er an dem Ufer gelandet, wo man keine Galeeren mehr zu besteigen braucht. Nur die resignierte Gehirnabnutzung des Dichters ist geblieben, die natürlich beamtete Literaturprofessoren nicht verhindern wird, über den sozialistischen „Zwangstaat“ zu räsonnieren, der alle Menschen ohne Verständnis für die dem Künstler notwendige Freiheit zu Arbeitsmaschinen machen wolle.

Theater.

Neues Theater: „Israel“, Drama von Henry Bernstein, deutsche Bearbeitung von Lothar. Der Pariser Autor, den die Mitglieder der Freien Volkstheater aus seiner besten Arbeit: „Die Straße“ kennen, beweist im Mittelstück des neuen Dramas, daß er sich auf die Kunst jenseitiger Spannung noch immer virtuos versteht. Die Erregung, in die er das für solche Mittel sonst gar nicht sonderlich empfängliche Premierenpublikum versetzte, entlud sich in einem Sturm spontanen Beifalles, wie ihn Schindlers Theater wohl kaum noch erlebt hat. Aber freilich, mit diesem elegant ausgeführten Feuerwerk war die Kraft erschöpft. Die Fehler, die schon in dem Anfang stecken und darin gipfeln, daß um der Geniation des Mittelaktes willen die Figur des grotesk antisemitischen Aristokraten Thibaut, die zur Satire reizt, eine tragische Pointierung erhält, kommen am Schluß

in einer Häufung geradezu provozierend unwahrscheinlicher Spiegelreflexionen zum Ausdruck. Ja die Art, wie der Verfasser das herzogliche Würdchen, sozusagen als Opfer seiner Ueberzeugungen, sich eine Angel in den Schädel jagen läßt, hat etwas von dem Weisgeschmack inobitisch untertäniger Aristokratenbewunderung, ein Zug, der Versteinen sonst doch völlig fern liegt.

Das Thema, den Gegensatz zwischen alleingesehnenen französischen Geburtsadel und jüdischer Finanzmacht, hat er schon früher in einem gleichfalls mit sehr unglücklichen Voraussetzungen arbeitenden, aber immerhin näher an das Typische rührenden Theaterstück im „Simson“ behandelt. Eine blaublättrige Sippe, die, unfähig zu jeder Arbeit, standesmäßig ihr ererbtes Gut verpraßt, hängt sich an einen Juden, der, im Erwerben strupplos wie sie im Genießen, auf eigener Kraft sich den Weg zu den Millionen gebahnt hat. Die Herrschaften zehren von seiner Spekulation und rächen sich mit dunkelhafter Verachtung, bis der wild gewordene, in seiner Gattenehre gekränkte Plebejer sein eigenes Werk in Trümmer stürzt, um den ablichten Redenbubler mit zu vernichten. Hier steht der Jude, bei aller Theatralik doch einbrudsvoll individualisiert, im Angelpunkt des Stüdes, während sein Millionenkollege Justin Gullieb in dem neuen Israeldrama ein völlig schattenhaftes, interesseloses Episodenschein führt. Seine Funktion erschöpft sich wesentlich darin, daß er vor zwanzig Jahren eine Liebchaft mit der sonst engelreinen Herzogin von Crouch hatte und so ganz im Stillen Erzeuger eines Prinzeßens wurde, das sich dann zu einem fanatischen Judenhasser entwickelt und als solcher ausgerechnet seinen eigenen Vater zum Duell zwingt. Eine Situation wie geschaffen für die ironisierende Persiflage einer Shawshen Komödie. Wie hätte der den Alten überlegen mit dem grünen Bengel spielen lassen! Bernstein aber unterdrückt um seiner großen Szene willen jede Regung des Spottes. Der dumme Junge wird zu einer Feuerseele, die antisemitische Vorurtheile zu einer „Ueberzeugung“, die auf allen Trompeten des Pathos bläst. Man spricht von diesem jungen Menschen, der vor einer Gesellschaft feudaler Klubrottel Justin Gullieb ersucht, sich in den geweihten Hallen nie mehr zu zeigen, wie von einem Halbgerne. Im zweiten Akte gibt es wie gefogt, die Trümper. Die engelreine Herzogin beschwört Gullieb, von dem dem wahnwitzigen Duell zurückzutreten. Umsonst. Seine „Ehre“ erlaubt es nicht. Der junge Herzog ist noch hartnäckiger, er will den Tod des Gegners. Endlich, von den angivollen Witten seiner Mutter gedrängt, verspricht er gnädig, sich schon mit einer kleinen Verwundung zufriedenzulassen zu geben. Da, schon an der Türe steht er nochmals um. Ein Ergwohn hat ihn gefogt. Woher die Leidenschaft in ihrem Fieber? Wie lernte sie den Fremden kennen? Und in langem, leidenschaftlichem Ringen der Seelen entzieht er ihr das niederstimmernde Geständnis. Im letzten Akt erscheint es dem Herrn als Gebot der Kavalierehre, auf ein Leben, zu dem ein Angehöriger des auserwählten Volkes ihm verhasst, endgültig zu verzichten. Ein paar Wendungen Gulliebs in dem Gespräch mit dem Sohne, z. B. der Glanz und Ehrgeiz, die sich bei ihm antisemitisch äußerten, möchten selbst semitisches Erbteil sein, bildeten die einzigen

Kampf gegen die Gewalttätigkeit des baltischen Adels sichern und auch die politischen Sympathien der Kleinbäuerlichen Elemente. — Angenommen wurde eine Resolution gegen die Parzellierung der Grundstücke, womit die Krone und die Großgrundbesitzer jetzt die landlosen Arbeiter zu fördern und an die Scholle zu fesseln planen, um so die revolutionäre Solidarität des Landproletariats zu durchbrechen.

Die Wahlen des Zentralkomitees gingen ohne Stimmensplitterung vor sich. Es ist dies ein Zeichen, daß die persönlichen Zwistigkeiten und taktischen Differenzen, die bei uns niemals in einen selbstverneinenden Fraktionskrieg ausarten, jetzt gänzlich verschwunden sind. Und so kann man wohl sagen, daß die leitende Sozialdemokratie die schlimmsten Zeiten hinter sich hat: vor allem hat sie ihre innere Krisis überwunden und steht wieder geeint und gefestigt ihren Feinden gegenüber. Von allen Seiten wird aber in unserer Organisation der Wunsch laut, daß auch die russische Sozialdemokratie sich von ihrer Apathie aufraffen und an die Reorganisation der Partei treten sollte, um eine neue Welle des proletarischen Selbstbefreiungskampfes in Rußland vorzubereiten.

## Aus Industrie und Handel.

### Politische und fromme Banken.

Unter vorstehender Ueberschrift schreibt die „Nhein.-Westf. Ztg.“ über den Bankrott in Bonn u. a.: Von Partei und Kirche wegen wurde das Vertrauen zur Bonner Bank für Handel und Gewerbe genährt. Die war treu katholisch, also gut, und an ihrer Spitze standen die Führer der städtischen Zentrumspartei, also war sie solide. Darum wurden alle recht Gläubigen gern Gläubiger „ihrer“ Bank, und trotzdem die rheinischen Großbanken in der reichen Rentiersstadt Filialen gründeten, fehlte es der keinen Bank nicht an Mitteln und Rundschaft. Bei 3 Millionen Mark Aktienkapital schleppte man ihr über 5 1/2 Millionen Mark Depositen, darunter 1 1/2 Millionen Mark in Einzelkonten unter 1500 Mark, das heißt Spargroschen kleiner Leute, zu. Der Charakter als katholische und Zentrumbank war das Ausschlaggebende, wirksamer als jede Reklame und persönliche Tätigkeit und Fähigkeit der leitenden Männer. Man hatte blindes Vertrauen, kümmerte sich nicht darum, was die Bank mit dem Gelde machte, sonst hätten bei dem immerhin räumlich kleinen Geschäftsgebiet der Bank halbwegs Eingeweihte es merken müssen, daß die Bank den Betrag ihres ganzen Aktienkapitals einem einzigen Schuldner gelehnt hatte.

Die Frommigkeit hat sich immer noch als gutes Ausschlaggebendes für geschäftliche Zwecke bewährt. Die Gläubiger der Bonner Bank werden nicht die letzten sein, die mit ihrer frommen Spekulation bei Frommen hereinfallen.

### Rückgang des Schweineauftriebes.

Seit kurzem macht sich auf dem Viehmarkt ein Nachlassen im Auftrieb bemerkbar: Schweine werden erheblich weniger an den Markt gebracht als im vergangenen Jahre. Es wurden nämlich an vier Schindtagen im Monat November auf 20 der wichtigsten deutschen Viehmärkte zusammen nur 210 853 Schweine aufgetrieben gegen 241 109 in der entsprechenden Zeit 1907. Der Auftrieb war also um 12 1/2 Proz. geringer als 1907. In diesem starken Rückgang ist in erster Linie Berlin beteiligt; hier wurden allein 18 774 Stück oder 21 Proz. weniger an den Markt gebracht. Der Auftrieb von Schweinen betrug nämlich 1907 60 761 Stück, im laufenden Jahre aber nur 49 997. In den meisten anderen wichtigen Märkten war der Auftrieb ebenfalls geringer als im Vorjahr; außerst stark ist er auch in Nürnberg zurückgegangen, wo er an den Vergleichstagen im November des laufenden Jahres nur 12 111 Schweine an den Markt gebracht wurden gegen 15 045 im vorigen Jahre oder rund 20 Proz. weniger. Auch in Dresden war die Abnahme erheblich; der Auftrieb sank von 10 859 auf 8941. In Chemnitz wurden in diesem Jahre 7090, im vorigen 9298 Stück aufgetrieben. Hamburg und Dortmund, wo ein sehr großer Markt in Schweinen besteht, weisen ebenfalls eine Abnahme des Auftriebes gegenüber dem Vorjahr auf. In Wäldchen, wo nächst Berlin der größte Schweineauftrieb stattfindet, hat das Angebot ebenfalls abgenommen; es belief sich auf nur 25 638 Stück gegen 26 485 Stück im November 1907. In Köln ging der Auftrieb von 16 901 auf 13 090, also um 19 Proz. zurück. In Essen und Düsseldorf endlich ist die gleiche Bewegung des Auftriebes zu beobachten. In den rheinischen Städten hat im Durchschnitt der Auftrieb verhältnismäßig viel scharfer abgenommen als im übrigen Deutschland.

### Aufträge für den Stahlverband.

Nach Meldung des W. T. B. ist aus Tientsin, dem Sitze des Generaldirektors der Tientsin-Peking-Eisenbahn die Nachricht eingetroffen, daß bei der ausgeschriebenen Submission für den Oberbau der nördlichen, sogenannten deutschen Strecke der Bahn der deutsche Stahlwerksverband den Zuschlag auf ein Quantum von circa 75 000 Tonnen Schienen und Kleinseisenzeug erhalten hat. Ebenso erhielten die Vereinigten Augsburg-Nürnberg Maschinenfabriken den Zuschlag für die große Brücke über den Hoangho. Die Frachten für diese Materialien sind dem Vernehmen nach der deutschen Schiffsahrt gesichert worden.

### Aus Amerika.

New York, 20. November. Von der kapitalistischen Presse werden seit der Präsidentenwahl Nachrichten veröffentlicht über Auffassung der der Produktion. „Evening Post“ — die ihre Leser hauptsächlich in Finanzkreisen hat — sind nun aus mehreren der größeren Städte Korrespondenzen zugegangen, die jene Nachrichten als neue Erfindungen hinstellen. In der „Financial Section“ des Blattes vom 14. d. M. heißt es aus Chicago: „Es werden von gewissen interessierten Blättern trümpfische Anstrengungen gemacht, um die Geschäftslage aufzubauhen, indem sie ganze Spalten „Prosperitäts“-Nachrichten bringen, welche meistens unwahr, im übrigen übertrieben sind.“ — Ein Korrespondent aus Pittsburg schreibt, daß derartige Nachrichten mit „großer Vorsicht“ aufzunehmen seien. Infolge von solchen Schwelbeldnachrichten aus Pittsburg seien schon viele Arbeiter nach dort geflohen, die schließlich auch nur zum Teil irgendwelche Beschäftigung finden würden. Die Stadtbehörde habe für 150 000 Dollar Bonds ausgegeben, um eine Anzahl einzelner Arbeitsloser den Winter über in den Werks beschäftigten zu können. Der Schreiber bemerkt ferner, daß sehr wahrscheinlich ab 1. Januar die Löhne in den Eisen- und Stahlwerken um fünf bis 15 Proz. reduziert werden dürften. — Der Philadelphischer Korrespondent des Blattes ist der Meinung, daß die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ein sehr langsamer Prozeß sein und sich möglicherweise über die nächsten achtzehn Monate erstrecken werde. Auch er bestreitet, daß eine allgemeine Reduktion der Löhne (circa zehn Prozent) zu erwarten sei. Ein Beamter der Baldwin Lokomotivwerke, in denen gegenwärtig nur ein Viertel des regulären Arbeiterbestandes tätig ist, habe erklärt, daß es unter den günstigsten Umständen 1 1/2 Jahre dauern werde, ehe die volle Mannkraft eingestellt werden könne. Es sei sicher, anzunehmen, daß sofort der alte Stand der Produktion eintreten werde. — Auf der Korrespondent in Providence, Rhode-Island, stellt eine Vorkurdektion in der Baumwollstoff-Industrie in Aussicht, und zwar in Höhe von 6 Prozent. Da seit Frühjahr vorigen Jahres schon eine Lohnkürzung von zusammen 18 Prozent stattgefunden hat, so würden die Arbeiter einen Einkommensverlust von 26 Prozent gegenüber dem Stande vor Jahresfrist erleiden. Und dies bei einer in demselben Zeitraum stattgefundenen erheblichen Erhöhung der Preise fast aller Lebensbedürfnisse, besonders aber der Nahrungsmittel. — In der kleinen „Tribune“ war u. a. angegeben, daß alle Establishments zu Pleasant R. N. im vollen Betrieb seien. Darauf antwortete ein dortiger Arbeiter, daß dies nicht in einem einzigen Betriebe der Fall sei; im Gegenteil werde durchweg mit halber Mannkraft und nur 40 statt 54 Stunden wöchentlich gearbeitet. — Die „Chicago Daily News“, die ebenfalls „Prosperitäts“-Notizen gebracht hatte, erhielt eine Anfrage aus Burnside, wie es

zu erklären sei, daß die Mittels-Zentral-Eisenbahn-Compagnie gleich nach der Wahl in ihren dortigen Werkstätten circa 700 Arbeiter entlassen habe.

## Gerichts-Zeitung.

### Der Reichslanzler vom Reichsgericht verurteilt.

Am Dienstag verurteilte das Reichsgericht die Empfehlung: „zu arbeiten, zu lernen und zu sparen“ als Aufforderung zu Gewalttätigkeiten. Diesen Gipfel juristischer Deutelei erklimmt freilich die königlich preussische und kaiserlich deutsche Rechtsprechung nicht bei Beurteilung der bekannten Mahnung des Reichslanzlers, zu sparen, sondern aus Anlaß einer ähnlichen Empfehlung, die ein polnischer Schriftsteller sich gestattet hatte.

Der Sachverhalt ist folgender: Vom Landgericht Onsen ist am 22. Juni der Schriftsteller Josef Chociszewski wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden. Er ist Verfasser des Gesellschaftsspiels „Lech“, einer Schrift, die in 6. Auflage erschienen ist. Die 4. Auflage war schon Gegenstand eines Strafurteils; die 6. Auflage ist ebenso wie jene eingezogen und soll unbrauchbar gemacht werden. Bei dem Spiele wird gewürfelt, und es spielen Jahreszahlen aus der polnischen Geschichte dabei eine Rolle. Das Spiel ist nach Ansicht des Gerichts imstande, die Spieler so stark aufzuregen, daß es sie „bei Gelegenheit“ zu Gewalttätigkeiten gegen die Deutschen treiben könnte. Die Umschrift an dem Mittelbilde sagt direkt: „Die Wiederherstellung des polnischen Reiches ist nicht auf friedliche Weise, sondern nur mit Gewalt möglich.“ In dem Spiele gibt es sogar — fürchterlich — Strafen für den Mangel an Ausdauer und Aufopferung. Die Devise:

„Arbeite, lerne und spare!“

führt das Landgericht aus, ist nicht rein sittlich gemeint, sondern als Mittel zur Wiederherstellung des polnischen Reiches. Der Angeklagte habe gewußt, daß nur die aufreizende Tendenz den Abfah der Schrift sichere. In seiner Revision sagte der Angeklagte: Das Urteil setzt den bisherigen Bestrafungen der Polen nach § 130 die Krone auf. Die bloße Aufführung von historischen Tatsachen könne unmöglich als Aufreizung strafbar sein. Die Justiz dürfe sich nicht zur Dienerin der Politik machen. — Das Reichsgericht erkannte aber auf Verwertung der Revision, da das Urteil keinen Rechtsirrtum erkennen lasse.

Nach diesem Urteil müßte also der Staatsbürger, falls er nicht Gefahr laufen will, wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten bestraft zu werden, den umgekehrten Grundsatz als den vom Gericht für aufreizend erachteten befolgen, also nicht nach Ausdauer, Stetigkeit und Aufopferung streben, sondern faulenz, dumm bleiben und verschwinden müssen. Offenlich überläßt das deutsche Volk trotz dieser Judikatur die Pflege der Faulheit, Dummheit und Verschwendung den von der nationalen Phrase Verblendeten und betätigt die Tugenden der Ausdauer, Aufopferung, Arbeitsamkeit und der Willigkeit trotz der 6 gelehrten Richter in Onsen und der 7 noch gelehrteren des Reichsgerichts.

Eine Rücksichtslosigkeit des Gerichts gegen die Parteien nannte das Reichsgericht das im folgenden geschilderte Verfahren. Vom Landgerichte Offen a. Ruhr sind am 5. August der Bergmann Rudolf Schamp und dessen Ehefrau im Wiedereröffnungsverfahren wegen Körperverletzung zu derselben Strafe wie früher — je drei Monate Gefängnis — verurteilt worden. Bei Schluß der Beweisnahme beantragte die Angeklagten noch die Verneinung eines weiteren Juges, der erst herbeigeführt werden mußte. Das Gericht entsprach dem Antrage und verhandelte unterdes eine andere Sache. Nach Beratung derselben betrat das Gericht auch das Urteil gegen die Eheleute Schamp, indem es davon ausging, daß der neue Zeuge doch keinen Einfluß auf die Entscheidung ausüben werde. Bei Wiedereröffnung der Verhandlung gegen die Eheleute Schamp stellte es sich heraus, daß der Zeuge nicht aufzufinden war. Der Verteidiger erhielt nun das Wort zu seinem Plädoyer, und sofort, nachdem er geendet, nun das Wort zu seinem Plädoyer, und sofort verurteilt. — Überdies bestreute sich der Angeklagte in seiner Revision. Der Reichsanwalt bemerkte dazu: Schon öfter sind solche Fälle wie der vorliegende gerügt worden, aber noch niemals konnte ein Beweis für ein solches Verfahren erbracht werden. Hier ist es durch die beteiligten Richter bestätigt worden. Das eingeschlagene Verfahren stellt eine Rücksichtslosigkeit dar gegenüber den Prozeßbeteiligten, gegen welche der oberste Gerichtshof ganz energisch auftreten muß. — Das Reichsgericht hob am Dienstag das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

### Zu großer Pflichtgefühl

hat den Lokomotivführer Hermann Madensen aus Dieschau mit dem Gefäß in Konflikt gebracht. Er ist am 23. Juli vom Landgerichte Braunau wegen fahrlässiger Körperverletzung und Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Nach überhandener Krankheit übernahm er die Führung eines Güterzuges während eines Schneestäubers. Unterwegs überließ er mehrmals Signale, worauf ihn sein Heizer aufmerksam machte. Schließlich fuhr er in Ludwigsdorf auf einen anderen Zug auf, wobei zwei Personen verletzt wurden. Infolge von Ermattung war er gerade vorher in einen Halbschlaf versunken. Das Gericht hat die Fahrlässigkeit darin erblickt, daß er nicht, nachdem ihn der Heizer auf seine Unachtsamkeit hingewiesen, sich auf der nächsten Station als krank gemeldet und seinen Posten abgegeben hat. — In seiner Revision suchte er nachzuweisen, daß er sich seiner Dienstunfähigkeit nicht bewußt war. Das Reichsgericht erkannte aber am Dienstag auf Verwertung des Rechtsmittels.

Sum „Terrorismus“-Prozeß vor dem Jugendgericht in Spandau. In unferen Verhandlungsbericht hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Der Anwalt beantragte gegen die „Terroristen“ eine Gefängnisstrafe nicht von „zwei Jahren“, sondern von einer Woche.

## Verfammlungen.

Die Maschinen- und Heizer hielten am Sonntag zwei Professoerverfammlungen ab. Die eine fand vormittags in Oberschöneweide, die andere nachmittags in Berlin statt. Für beide Verfammlung war eine gleichlautende Tagesordnung aufgestellt. In erster Linie galt es, Protest zu erheben gegen die geplante Elektrizitätssteuer. Ueber diesen Punkt referierte der zweite Vorsitzende des Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer, Hilard. Er kennzeichnete die volks- und kulturfeindliche Steuerpolitik der Regierung und bezeugte die Gas- und Elektrizitätssteuer insbesondere als ein Hindernis des technischen und industriellen Fortschritts, denn diese Steuer werde wie jede andere indirekte Steuer zunächst die Folge haben, daß der Verbrauch der besteuerten Artikel eingeschränkt werde, ferner werde sich das Bestreben nach Verbilligung der Produktion bemerkbar machen, um dadurch die Steuer verursachten Preisaufschlag auszugleichen. In beiden Fällen seien es schließlich die Arbeiter, die den Schaden zu tragen haben, einestheils, indem die Arbeitsgelegenheit beschränkt wird, anderenteils, indem eine Lohnkürzung eintreten würde. Aus diesen Gründen haben die Maschinen- und Heizer, da sie in den hier in Frage kommenden Industriezweigen zahlreich beschäftigt sind, begründete Ursache, gegen die Besteuerung von Gas und Elektrizität zu protestieren. Einmütig wurde folgende Resolution angenommen:

Die vom Zentralverbande der Maschinen- und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands einberufene öffentliche Verfammlung des in den Elektrizitätswerken und sonstigen Be-

trieben beschäftigten Maschinen- und Kesselhauspersonals erhebt entschiedenen Protest gegen die Einführung einer Elektrizitäts- und Gassteuer.

Die Verfammlung erklärt diese Steuer als eine verkehrsförderliche, das gesamte Erwerbsleben, insbesondere den Beruf der Maschinen- und Heizer schwer schädigende Maßnahme der Regierung.

Die Verfammlung protestiert des ferneren gegen jede andere indirekte Besteuerung der Lebensbedürfnisse des minderbemittelten, arbeitenden Volkes.

Die Anwesenden beauftragen die Vertreter der Arbeiter-schaft, im deutschen Reichstage diese arbeitserfindlichen Maßnahmen der Regierung zu Fall zu bringen.

Im zweiten Punkte der Tagesordnung wurde die Kessel-Explosion in der Elektrizitätszentrale in der Luisenstraße sowie die Betriebsverhältnisse in den Zentralen der D. E. W. besprochen. Der Verbandsvorsitzende Kirschnick zog einen Vergleich zwischen der furchtbaren Gruben-Katastrophe in Raddob und der Kessel-Explosion in der Luisenstraße. Wenn auch die verhängnisvollen Folgen der Kessel-Explosion klein erscheinen im Hinblick auf das entsetzliche Unglück in Raddob, so seien doch die Ursachen hier sowohl wie dort darauf zurückzuführen, daß die Vorsichtsmaßnahmen, welche für die Sicherheit des Betriebes und das Leben der Arbeiter unbedingt notwendig sind, in leichtfertiger Weise außer acht gelassen worden. Aber nicht nur das, sondern es werden auch Maßnahmen getroffen, die gegen die bestehenden Vorschriften verstößen. So sei die Belastung der Sicherheitsventile, um einen stärkeren Dampfdruck zu erzeugen, als der Kessel vorchriftsmäßig haben darf, eine ganz allgemein verbreitete Gewohnheit, die nicht nur in den D. E. W., sondern in den meisten mit Dampf arbeitenden Betrieben geübt werde. Wenn ein Aufsichtsbeamter kommt, so werde dessen Erscheinen schon von der Portierloge aus signalisiert, und wenn der Beamte das Kesselhaus betritt, findet er alles in Ordnung, denn man hat inzwischen die Belastung weggeräumt. Die neue Sparfeuerung sei infolgedessen gefährlich, als die dabei entstehende Stahlschmelze die Kesselrohre leicht zum Aufreißen bringt. Auf diese Weise seien in den letzten 14 Tagen in der Zentrale in der Luisenstraße an 8 Kesseln 22 Röhre geplatzt oder aufgerissen. Nach dem Unfall sei in der genannten Zentrale ein Kessel, dessen Sicherheitsventil nicht in Ordnung war, auf Anordnung des Aufsichtsbeamten außer Betrieb gesetzt worden. Sobald sich der Aufsichtsbeamte entfernt hatte, sei der Kessel aber wieder in Betrieb genommen worden. — In der Zentrale der D. E. W. an der Oberspreewähe im vorigen Jahre der Revisionsbeamte gefunden, daß ein Sicherheitsventil eines Dampfkessels besetzt war, um das Ventil zu belassen. Eine Anzeige sei anscheinend nicht erfolgt, wenigstens habe man nichts davon gehört. — Wie allgemein die Ueberlastung der Sicherheitsventile angewandt werde, zeige folgender Fall: Veranlaßt durch einen aus dem „Vorwärts“ übernommenen Hinweis im Hauptblatt der Maschinen- und Heizerverbände wurden einmal an einem Tage und an einer bestimmten Stelle der Spreewähe die Dampfschiffe kontrolliert. Bei dieser Gelegenheit wurden 3 Dampfschiffe abgefaßt, deren Kessel um mehrere Atmosphären überlastet waren. — Weiter führte der Redner aus, daß neuerdings zur Herstellung der Kesselrohre Flußeisen verwendet wird. Die Herstellung sei billiger als früher, wo man Walzeisen für diesen Zweck verwendete, aber sie habe eine Gefahr, denn das Flußeisen werde durch die Hitze viel leichter deformiert wie das Walzeisen. — Die jetzige Art der Kesselrevisionen biete keine Gewähr für die Sicherheit des Betriebes. Man könne doch nicht erwarten, daß eine Revision ihren Zweck erfülle, die ausgeübt werde durch die Beamten der Kesselrevisionsvereine, also durch Angestellte der Dampfkesselbesitzer. Die Revision müsse ausgeübt werden durch unabhängige Beamte unter Mitwirkung geeigneter Arbeiter.

Die Diskussionsredner beschäftigten und ergänzten die Ausführungen des Referenten. Unter anderem wurde bestätigt, daß die Belastung der Sicherheitsventile in der Zentrale an der Oberspreewähe allgemein üblich sei. In Zeiten, wo viel Kraft gebraucht werde, erhalte der Heizer durch seinen Vorgesetzten die Weisung: „Pak drauf, pak drauf, die Hauptsache ist, daß wir Dampf haben.“ — Weiter wurde bemerkt, daß auch an der Oberspreewähe häufig ein Rohr geplatzt sei, was dieselben Folgen hätte haben können, wie der Unfall in der Luisenstraße. Am 24. d. M. seien an der Oberspreewähe 17 Kessel mit über 17 000 Kilowatt belastet worden. Als einmal ein Kessel außer Betrieb gesetzt worden war, um gereinigt zu werden, hatte man es mit der Wiederaufnahme des Betriebes so eilig, daß man den Kessel bereits anheizte, als sich zwei Arbeiter noch im hinteren Teile desselben mit Reinigungsarbeiten beschäftigten. — Alle Redner waren darin einig, daß eine reichsgerichtliche Regelung der Kesselrevision und Kontrolle, sowie eine strenge Durchführung derselben notwendig sei, wenn man nicht erwarten wolle, daß die durch mangelhafte Kontrolle erleichterte, im Interesse des Kapitalprofits ausgeübte frevelhafte Leichtfertigkeit im Betriebe eines Tages furchtbare Unglücksfälle zur Folge haben werde.

Einmütig wurde folgende Resolution angenommen: In Anbetracht dessen, daß die Dampfkesselgesetze in Deutschland nicht einheitliche sind, erklärt die Verfammlung, der Zentralverband der Maschinen- und Heizer möge dahin wirken, daß eine einheitliche Dampfkesselgesetzgebung für das Deutsche Reich eingeführt wird.

Zweitens fordern wir die Einführung von staatlich angeordneten Kesselprüfungen mit Angliederung an die Fabrik- und Gewerbeinspektion unter Aufsicht von geeigneten Personen aus dem Beruf der Maschinen- und Heizer.

Drittens fordern wir die Veranlassung einer Angelegenheit der Unternehmer oder deren Stellvertreter an die zuständige Gewerbe- oder Fabrikinspektion, wenn in einem Dampfbetriebe Dampfessel oder Teile desselben ausgeplagt, deformiert sind oder sonstige Fehlstörungen erlitten haben, gleichgültig, ob der Betrieb des Kessels dadurch eine Unterbrechung erlitten hat oder nicht.

Die Metallformer hielten am Montag in Braumanns Saal eine Branderversammlung ab. Der Branchenleiter Engel erstattete den Jahresbericht über die Tätigkeit der Agitationskommission. Er sagte unter anderem, die wirtschaftliche Krise machte sich für die Metallformer in diesem Jahre in noch höherem Maße fühlbar wie im Vorjahre. Die Folge davon war, daß die Arbeitskräfte in den Betrieben härter wechselten wie je zuvor. Die Arbeiten der Agitationskommission sind aber durch den schlechten Geschäftsgang keineswegs vermindert worden, sondern die Tätigkeit der Kommission war ausgeprägter wie im vorigen Jahre. Abgehalten wurden 68 Werkstattdarstellungen, 10 Vertrauensmännerversammlungen, 9 Verfammlung, 23 Sitzungen der Kommission, 10 Schiedsgerichtssitzungen. Der Besuch der Verfammlung, Konferenzen usw. war ein guter. — Wegen der wirtschaftlichen Krise konnten von größeren Angriffsbewegungen keine Rede sein. Es wurden nur zwei Angriffsbewegungen und zwar mit Erfolg geführt. In übrigen mußte sich die Branche darauf beschränken, Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren, was auch in zahlreichen Fällen geschehen ist. — Eine Feststellung über die Zahl der Beschäftigten und der Organisierten, die sich jedoch nur auf einen Teil der Branchen-angehörigen erstreckt, ergab, daß in 63 Betrieben 1061 Formner und Berufsgenossen beschäftigt sind, davon sind 601 organisiert (703 im Deutschen Metallarbeiter-Verbande, der Rest in anderen Organisationen). Die Beschäftigten verteilen sich auf die einzelnen Kategorien: 419 Formner (348 im Verb.), 190 Bestoher (145 im Verb.), 116 Kernmacher (83 im Verb.), 26 Kernmacherinnen (4 im Verb.), 78 Schmelzer (47 im Verb.), 21 Hilfsarbeiter (39 im Verb.), 45 Lagerarbeiter und Schlosser (15 im Verb.).

In der Tätigkeit der Agitationskommission hatte niemand etwas auszusagen. — Es folgte die Wahl der Kommission. Sie wurde um zwei Mitglieder vergrößert und besteht aus folgenden Kollegen: Engel (Brandenleiter), Köpfen, Schwadefal, Reinhardt, Neufel, Jüdel, Pirz, Jsmar, Spreng, Stein.

Briefkasten der Redaktion.

Die kritische Besprechung der Einberufung Nr. 3. Weiteres... Briefkasten der Redaktion... 1. 15. Friedrich Wilhelm-Anhalt für Arbeitlose...

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands... Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands...

Wasserstands-Nachrichten... am 1. 12. 1908... Wasserstand... am 1. 12. 1908...

Witterungsübersicht vom 2. Dezember 1908, morgens 8 Uhr. Stationsnamen: Eutin, Hamburg, Berlin, Frankfurt, Wien, etc.

Wasserstands-Nachrichten... am 1. 12. 1908... Wasserstand... am 1. 12. 1908...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 3. Dezember. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Hofopernhaus. Hofoper.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Jerusalem.

Hebbel-Theater

Königsplatz 8. Abends 8 Uhr: Der Liebhaber.

Neues Operetten-Theater. Schillingstraße 25. Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Madame Flirt.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Täglich abends 8 Uhr: „Kommere Dich um Amelle.“

Luisen-Theater.

Premiere: Der Sonnenhof. Freitag: Die Ehre. Sonnabend: 4 Uhr: Kinder-Vorstellung.

DERNARD ROSE THEATER

St. Franziskaner Str. 132. 8 Uhr: Die Entgelten. Berliner Volksstück in vier Akten.

Rixdorfer Theater

Bergstraße 147. Sonntag, den 6. Dezember 1908, abends 7 1/2 Uhr: Die Kinder der Exzellenz.

Casino-Theater

Kottbuser Str. 37. Täglich 8 Uhr: Corradini ufm. usw. Das weltberühmte Bergère-Quartett.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr: Israel. Morgen und folgende Tage: Israel.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr: Moral.

Theater des Westens.

Abends 8 Uhr: Der Adèle Bauer.

Berliner Theater.

Heute und morgen 8 Uhr: Der Veilchenfresser.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Donnerstag, d. 3. Dezember, 8 Uhr: Anteros.

Gastspiel-Theater

Köpenicker Straße 63. 8 1/2 Uhr: Gastspiel Hedwig Lange. Demimonde.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.) Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Familienrat. Freitag, abends 8 Uhr: Der Richter von Zalamea.

Zirkus Schumann.

Heute Donnerstag, den 3. Dezember, abends präzis 7 1/2 Uhr: Elite-Abend - Gala-Programm. U. a. die hervorragendsten Original-Schul- u. Freiheitsdresuren...

XIV. Saison! Zirkus Busch.

Donnerstag, den 3. Dezember, abends präzis 7 1/2 Uhr: Gala-Abend. Um ca. 9 Uhr: Zizi Bamboula! Das vielumrittene Naturwunder aus Paris.

WINTERGARTEN

Sonntag, 6. Dezember: Nachmittags-Vorstellung. Anfang 3 Uhr. Ermäßigte Preise!

WINTERGARTEN

Senorita Florida, span. Tänzerin. Camille-Trio, kom. Reckturner. Kara, Meisterjongl.

WINTERGARTEN

ENTREE M.1 RESERV. PLATZ M2 einschließt Garderobe-Programm. Berliner Eis-Palast. Bis 1 Uhr nachts geöffnet.

Dahlmanns Theater

(früher Fiedel, Inh.: J. Leschkowski). Schönhauser Allee 148. Heute Donnerstag 8 Uhr: Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Bedliner Eis-Palast

Bis 1 Uhr nachts geöffnet. Auftreten erster Künstlerinnen.

Dahlmanns Theater

(früher Fiedel, Inh.: J. Leschkowski). Schönhauser Allee 148. Heute Donnerstag 8 Uhr: Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Sparame Raucher

rauchen Fehlfarben der :: 7 Pf. = Cigarre No. 22 - 10 Stück 50 Pf. J. NEUMANN. Cigaretten-Fabriken. - 150 Zweiggeschäfte und Depots in 90 deutschen Städten...

Bürgerliches Schauspielhaus

Kastanienallee 7-9. Zum 1. Male: Ein Habenvater. Schwan in 3 Akten von C. Kraus.

Wahalla-Variete-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor. Anfang 8 Uhr: Das neue gehobene Dezember-Spezialitäten-Programm.

Königsstadt-Kasino.

Goldmarkstr. 72. Täglich neues Programm!!! Franz Sobanaki. Les Mandras, Gehr. Weiss, E. Charlot.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger. Zum Schluss von: Der Kompagnie-Ball. Täglich 8 Uhr: Der einzig dastehende Dezember-Spielplan!

Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse. Täglich 8 Uhr: Der einzig dastehende Dezember-Spielplan!

Ballhaus Englischer Garten

Alexanderstr. 276, a. d. Magasinstr. Heute: Gr. Extra-Ball. Neue Direktion.

Folies Caprice

Linienstr. 132, an d. Friedrichstr. Zum 99. Male: Die lästige Witwe. Die Brautschau. Anfang 8 Uhr.

Möbel-Dessin

C. Rosenthaler. Straße 39. Stadthausplatz 60. Verwalter: erhalten bei Kalkulation.

# Freie Volksbühne

Einige Neumeldungen zu den Nachmittags-Abteilungen werden noch in den Zahlstellen angenommen.

**Aufführungen:**

Nachmittags:

Abends:

**Neues Schauspielhaus:  
Julius Cäsar. | Weh' dem, der lügt.**

Nächste Serie:

**Rabagas.**

Komödie in 4 Aufzügen von Victorien Sardou.

**Der Probekandidat.**

Drama in 4 Aufzügen von Max Dreyer.

Der Vorstand.

In Vertr.: G. Winkler.

242/4

## Bekanntmachung der Orts-Krankenkasse für Friedenau.

Am 10. Dezember dieses Jahres, abends 6 1/2 Uhr, findet im Restaurant „Reichshof“, Rheinstr. 60, eine **außerordentliche General-Versammlung** der Kasse statt, zu der die Herren Delegierten hierdurch eingeladen werden.

**Tages-Ordnung:**  
Eriklärung des Punktes 4 der Tages-Ordnung der General-Versammlung vom 25. November d. J. (Statutenänderung). 280/13  
Friedenau, den 30. November 1908.  
H. Heider, R. Hildebrandt, Vorsitzender. Schriftführer.

## Reste!

Damentuche, schwarz und farbig. Costumes-Stoffe (neueste Muster, zu jeder Saison), Astrachan, Krimmer, Wollplüsch, Seidenplüsch, Velours du Nord, Sammet, Seide, Velvet etc. 4147L\*

## Confektion

Palotots, Jackets, Costumes und Costumesröcke in großer Auswahl  
**C. Pelz, Kottbuser Str. 5.**

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1289. Charlottenstr. 2. Hof III. Amt 3, 1987.

**Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 10 Uhr bis nachm. 1 Uhr,** findet die

## Wahl

eines **Beisitzers** für die engere Ortsverwaltung in folgenden Lokalen statt:

- Kolberger Salon, Kolberger Str. 23.
- Brunnen-Theater, Badstr. 58.
- Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23.
- Sokolowski, Bernauer Str. 82.
- Elysium, Landsberger Allee 40/41.
- Schäde, Kopenhagener Str. 74.
- Litfins Festsäle, Memeler Str. 67.
- Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
- Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 4).
- Fröhlichs Restaurant, Muskauer Str. 1.
- Grumbachs Festsäle, Schönleinstr. 6.
- Wiemers Restaurant, Bülowstr. 58.
- Kronen-Brauerei, Alt-Neubau 47/49.
- Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
- Thiel, Rixdorf, Bergstr. 152.
- Hoppe, Rixdorf, Hermannstr. 49.
- Heizmann, Steglitz, Florastr. 2a.
- Huth, Spandau, Linden-Ufer 17.
- Warnecke, Ober-Schöneweide, Wilhelminenhoffstr. 18.
- Tempel, Rummelsburg, Alt-Borghagen 56.
- Lehmann, Köpenick, Bahnhofstr. 34.
- Rohkopf, Weihenfer, König-Chaussee 38.
- Halfes, Tegel, Brunowstr. 23.
- Rozycki, Pankow, Kreuzstr. 3/4.
- Müller, Tempelhof, Berliner Straße.

## Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen!

Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.  
Wahlleiter ist der Kollege **Otto Handke, Charitéstr. 3.**  
125/13 Die Ortsverwaltung.

## Zentralverband der Lederarbeiter.

Fillale I Berlin.  
**Widerrufung!**  
Die zu heute abend 8 Uhr angelegte Versammlung nicht abgehalten werden, dieselbe findet **Sonnabend, den 5. d. M.,** Tagelagerung und auch in demselben Lokale, bei **Schmidt, Prinzen-Allee 33, Stall. 144/30**  
Der Vorstand. J. A.: Franz Runge.

## Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Die Auszahlung der Rückvergütung von **5 Prozent** findet in allen Verkaufsstellen in der Verkaufsstelle statt. Wir bitten die Mitglieder möglichst Dienstags bis Donnerstags dazu zu wählen. — Die **89. Verkaufsstelle, Hussitenstr. 53,** wurde am 1. Dezember eröffnet. Die **40. Verkaufsstelle, Friedelstr. 15,** in Rixdorf, wird am **Freitag, den 4. Dezember,** eröffnet werden. — Hausantwortscheine a 100 M. und 20 M. können auch von Nichtmitgliedern in den Verkaufsstellen der Genossenschaft gezeichnet werden.

## Zwei öffentliche Versammlungen

am **Donnerstag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr,** bei **Zeldner, Reuterstr. 26, Ecke Kaiser-Friedrich-Strasse** und bei **Karth, Rottbuserdamm 79 (Ballgasse).** 128/12  
**Tages-Ordnung:**  
Die Bestrebungen der Konsumgenossenschaften für die Arbeiter.  
Referenten: Arbeiterssekretär **Karl Siebel** und **E. Wäde.**  
Um zahlreichem Besuch der Versammlungen bitten  
Der Einberufer.

## Zwei große öffentliche Vorträge.

Referent: Genosse **Adolf Stern** (früher evangel. Geistlicher in Heidelberg).  
**Donnerstag, den 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsäle (Inhaber Freyer), Koppenstr. 29.**  
**Freitag, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Brauerei Groterjahn, Schönhauser Allee 180.**  
**Freie Aussprache.**  
Thema:  
1. Der Kampf um die Wahrheit.  
2. Das Wesen des Christentums.  
Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 15 Pf. erhoben. (Genossen, die sich legitimieren, zahlen nur 10 Pf.) Die Geistlichkeit der nächstliegenden Gemeinden sind zu diesen Versammlungen schriftlich eingeladen. Für volle Redefreiheit wird weitgehendst garantiert. 22b  
Der Vorstand der Gesellschaft für volkstümliche Vorträge.

## Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Stralauer Biercl. Begitt Str. 354.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der **Lehrer Oskar Bartikowsky,** Romintener Straße 4, gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am **Sonnabend, den 5. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr,** von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
223/1 Der Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der **Lehrer Oskar Bartikowsky** am 1. Dezember gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am **Sonnabend, 5. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr,** von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
94/13 Die Ortsverwaltung.

## Verband der Fabrikarbeiter.

Verwaltung Groß-Berlin. Bezirk Spandau.  
Am 1. Dezember ist unser Mitglied **Ferdinand Kleidon** verstorben.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am **Freitag, den 4. d. M., nachmittags 2 Uhr,** von der Halle des Friedhofes in den Nischen aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

## Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege **Ludwig Nelsow** am 30. November gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am **Donnerstag, den 3. Dezember, nachmittags 3 Uhr,** vom Kranenbau **„Paul Gerhardt-Stift“, Müllerstraße 54/55,** aus nach dem Friedhof der Nazarethgemeinde in der Berlinerstraße in Reinickendorf statt. 140/8  
Der Zweigvereinsvorstand.

## Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.

Am 1. Dezember starb im Alter von 78 Jahren an Altersschwäche unser Mitglied, der Zimmerer **Karl Greinke.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am **Freitag, den 4. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr,** vom Trauerhaus **Georgensikirche 5** aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
21b Der Vorstand.

## Krankenkasse der Personen-Lohnfuhrwerks-Innung zu Berlin.

Den lieben Kollegen und Vorgesetzten für herliche Beweise und unerschöpfliche Barmherzigkeit unsererseits so früh dahingegangenen Bruders und Onkels **Albert Lauer** sagen tiefempfundener Dank. 192/9  
Die trauernden Angehörigen.

## Bekanntmachung.

Am **Montag, den 14. Dezember 1908, abends 9 Uhr,** findet im „Präsidenten“-Binnenkaafe, Dönhofsstraße, Stadtkassendamm 110, die **Wahl der 16 Delegierten** der Krankenkassen-Mitglieder statt.  
Nach der Wahl der Delegierten am 10 Uhr abends findet die **Ordentl. General-Versammlung** der Delegierten statt.  
**Tages-Ordnung:**  
1. Wahl des Krankenkassenvorstandes u. § 27 u. 38 des Krankenkassenstatuts.  
2. Wahl der Rechnungsprüfungs-Kommission.  
3. Konstituierung des Krankenkassenvorstandes.  
Wahlberechtigt sind alle diejenigen, welche das 25. Lebensjahr erreicht sind im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und bei einem Anwartschaftsbeitrag beschäftigt sind.  
Der Vorstand.  
J. A.: H. Pritsch, Vorsitzender.

**Grand-Hotel-Festsäle**  
Am Alexanderplatz. B. Jehmlich.  
Jeden Sonntag und Dienstag: 2161b\*  
**Hamburger Sänger.**  
Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr, wochentags 8 Uhr.  
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

**Weihnachts-Prämien**  
für die Leser des „Vorwärts“.  
Hackländers Werke  
2 Bände illustriert 3.50 M.  
Freiligraths sämtl. Werke  
3 Bände elegant geb. 3.— M.  
Gerstäckers Werke  
2 Bände illustriert 3.50 M.  
Grillparzers sämtl. Werke  
2 Bände illustriert 3.— M.  
Goethes Werke  
2 Bände illustriert 3.50 M.  
Reuters sämtl. Werke  
2 Bände illustriert 3.— M.  
Schillers Werke  
2 Bände illustriert 3.50 M.  
Ludwig, Zwischen Himmel und Erde.  
Eleg. geb. statt 12 nur 3.— M.  
Expedition des „Vorwärts“  
Lindenstr. 69 (Aden).

## Produkten-Händler u. Händlerinnen!

**Donnerstag, den 3. Dezember cr., abends 9 Uhr,** bei **Werkowski, Andreasstr. 26:**  
**Oeffentliche Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
1. Vortrag des Stadtoberordneten **Adolf Ritter** über: „Die Notwendigkeit der Berufsorganisation“. 2. Diskussion und Beschiedenes.  
Da die Versammlung sehr lehrreich und interessant, erwartet zahlreicher Besuch.  
Der Vorstand.  
NB. Zur Deckung der Unkosten findet eine Kassenabrechnung statt.

## Arbeiter-Abstinenz-Bund

Ortsgruppe Berlin.  
**Freitag, 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr,** im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:  
**Vortrag des Genossen Georg Davidsohn über:**  
**Alkoholbesteuerung und Abstinenz**  
Freie Diskussion! — Kein Trinkzwang!  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vorstand. J. A.: Paul Lenzner, Karlshorst, Koebelfstr. 5.

**ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN**  
Einfache Handhabung! 44592\*  
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!  
Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904.  
Hauptgeschäftlicher Unterricht, auch in moderner Kunstnäherie.  
Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen.

**Heute früh 8 Uhr!**  
kannten noch niemand meine herabgesetzten billigen Preise. Ich empfehle einen Posten getragen Monatsgarderoben, in feinsten Werkstätten gearbeitet, von Herrschaften, Kavaliere, Reisenden nur-Wechselgebrauchte  
**Monats-Anzüge 8, 10, 14, 18 Mk.**  
**Monats-Paletots 6, 8, 12, 16 Mk.**  
**Monats-Hosen . . . 2.50 - 5.00 Mk.**  
Auch mache ich auf meine große Abteilung neuer Garderoben aufmerksam.  
**J. Wand** — Hauptgeschäft:  
Grosse Frankfurterstr. 116  
2. Gesch.: Chausseestr. 89 (Bitte Haus-No. beachten!)  
Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

## Ausnahme-Preise!!!

**Pa. Schlack- und Salamiwurst a Pfund 1<sup>00</sup> M.**  
Sämtliche Gänse-Artikel täglich frisch und in großer Auswahl.  
Gänsefleisch ohne Knochen . . . a Pfund 40 Pf.  
Gänsefleisch mit Knochen . . . a Pfund 70 Pf.  
Gänseklein u. Gänsepöckelfleisch.  
Pa. reines Gänsefleisch . . . a Pfund 1.20 M.  
**Hermann Leissner, Berlin C.,**  
Klosterstr. 95, Schaus Kaiser-Wilhelm-Str. 11.

Sie Möbel kaufen, besichtigen Sie bitte ohne Kaufzwang  
**Ehe Paul Burows**  
Möbelfabrik  
Lindenstraße 105 (Halt. Tor)  
Großer Räumungs-Ausverkauf  
wegen Umzuges zu Fabrikpreisen!!  
Event. Teilzahlung

Husten, Heiserkeit, Reizhusten  
**Hustentropfen**  
überraschend schnell und sicher  
Nur echt mit Marke  
„Medico“  
Fl. 50 Pf. u. 1 M.  
Vor Nachahmungen jeder Art sei jedoch dringend gewarnt.  
In den meisten Oregorien und bei Otto Reichel, Berlin SO. 43, Gipsenstr. 4.

**Pelzwaren!!!**  
119 Felle zu Weiße 119  
Dresdener Straße  
Eckhaus Oranienplatz.  
Eigene Kürschnererei.  
EchtSkunksstola von 25.— M. an Ohne Konkurrenz  
Echt Nerz-Stola von 40.— M. an Neueste Moden!  
Echt Nerz-murmel-Stola von 7.50 M. an Schlager d. Sais.  
Echt Thiel-Stola von 7.50 M. an Fiesenhafte Auswahl!  
Prima Felle in all. Fellarten stets auf Lager.  
Reparaturen und Umarbeitungen schnell, gut, billig  
Hervorragend billige Preise.

Partei-Angelegenheiten.

Schifferagitation.

Die „Fackel“ und Kalenderverbreitung unter den Schiffen findet am Sonntag, den 6. Dezember, statt.

Die Genossen wollen sich an den bekannten Stellen einfinden. Die der 7. Abteilung des sechsten Kreises bei Achilles, Wickeffstr. 24.

Steglich. Die Bibliothek des Wahlvereins ist heute abend vor der Gewerkschaftsversammlung zur Ausgabe von Büchern von 8 bis 8 1/2 Uhr geöffnet.

Berliner Nachrichten.

Die Arbeit als Prinzip der Erziehung.

In der Jahresversammlung der Diefertweg-Stiftung stand die Erziehung durch die Arbeit in den Münchener Vorkollegien und Fortbildungsschulen zur Verhandlung.

Für das Ansehen der pädagogischen Resultate der modernen Vorschule zeugt der Umstand, daß die Wissensschätze des vierzehnjährigen im Leben so leicht verloren gehen.

Auch dem Laien ist bekannt, wie das Gelernte erst dann zur dauernd bewegenden Kraft wird, wenn es mit dem Erfahrungswissen in engstem Zusammenhange steht.

Unsere Schulen führen das Kind zu Abstraktionen, ehe Reife und Bedürfnis der jungen Psyche solches überhaupt erfordern.

Die Lehrerschaft beklagt sich darüber, daß im Elternhause die Achtung vor der Schule untergraben werde.

Das unerhörte Vorgehen des Herrn v. Kröcher und der reaktionären Mehrheit der preussischen Duma in Verbindung mit der Praxis der Kirchengemeinden, alles was lauten und krauchen kann, ob zu Recht oder zu Unrecht, zur Zahlung von Kirchensteuern zu veranlassen, hat einen Sturm auf die Amtsgerichte zwecks Austritts aus der Kirche entfesselt.

Es werden jetzt krampfhaft Anstrengungen gemacht, um die Massen bei der Kirche zu halten; man verschmäht sogar nicht, zu dem „sozialdemokratischen Mittel“ zu greifen.

Soweit sich das Thema auf das Fortbildungsschulwesen bezieht, wurde es von Herrn Direktor Fechner behandelt.

Die Schule gegen das Elternhaus!

Wenn Eltern auf die Lehrer ihrer Kinder schelten, wehklagt die Lehrerschaft, daß hierdurch die Autorität der Schule geschädigt wird.

Oft genug haben wir über solche von Lehrern oder Lehrerinnen begangenen Ungehörigkeiten zu berichten gehabt, die wir der Lehrerschaft zur Beachtung empfehlen mußten.

Klasse VM, ein Fräulein Krebs. Bei einer ihrer Schülerinnen, der zehnjährigen G., die kränzlich ist, hatte sich zu all ihren Gebrechen auch noch ein Nasenleiden gestellt.

Die Lehrerschaft beklagt sich darüber, daß im Elternhause die Achtung vor der Schule untergraben werde.

Das unerhörte Vorgehen des Herrn v. Kröcher und der reaktionären Mehrheit der preussischen Duma in Verbindung mit der Praxis der Kirchengemeinden, alles was lauten und krauchen kann, ob zu Recht oder zu Unrecht, zur Zahlung von Kirchensteuern zu veranlassen, hat einen Sturm auf die Amtsgerichte zwecks Austritts aus der Kirche entfesselt.

Mobilmachung gegen den Kirchenaustritt!

Es werden jetzt krampfhaft Anstrengungen gemacht, um die Massen bei der Kirche zu halten; man verschmäht sogar nicht, zu dem „sozialdemokratischen Mittel“ zu greifen.

Soweit sich das Thema auf das Fortbildungsschulwesen bezieht, wurde es von Herrn Direktor Fechner behandelt.

Herrn ...

Hiermit fordere ich Sie amtlich auf, mir auf der beiliegenden Karte mitzuteilen, zu welcher Religionsgemeinschaft Sie nach Ihrem Austritt aus der evangelischen Kirche übertreten wollen.

Berlin, 28. 11. 08. Dr. Hollmann.

(Stempel der Trinitatiskirche Charlottenburg.)

Natürlich hat Herr Pfarrer Dr. Hollmann ebensowenig danach zu fragen, als der Empfänger des Schriftstückes nötig hat, darauf zu antworten.

Wir betonen nochmals, daß man weder die Pflicht hat, den Pfarrer zu empfangen oder gar zu ihm zu gehen, noch ihm überhaupt Auskunft zu geben, ebensowenig als wie das Gericht ein

Recht hat, nach den Gründen des Austritts zu fragen. Derartige Fragen weist man einfach als unberechtigt zurück.

Eine Reihe religiöser Heißsporne wollen sogar eine Verlängerung der Frist, in welcher nach dem Austritt noch die Kirchensteuer bezahlt werden muß, sowie eine Erhöhung der Kosten herbeiführen, um den Besitzlosen den Austritt noch mehr als bis jetzt zu erschweren.

Am gestrigen Mittwoch fand in der zweiten Abteilung des fünften Kommunalwahlbezirks die vom Magistrat zu Unrecht angeordnete Stichwahl zwischen Dr. Mugdan und dem deutschfortschrittlichen Professor Dr. Richter statt.

Das jetzige Resultat ist erzielt worden durch Eintreten aller reaktionären Elemente für Mugdan; war er doch Fleisch von ihrem Fleisch, Bein von ihrem Bein.

Die Notwendigkeit einer Stichwahl zwischen dem Reichstagsabgeordneten Sanitätsrat Dr. Mugdan und seinem sozial-liberalen Gegner ist, wie es scheint, hauptsächlich dadurch veranlaßt worden, daß eine größere Anzahl von Wählern bei der ersten Wahl sich nicht beteiligt hat.

Als nur weil sich Mugdan als Sozialistendöner einen sehr fragwürdigen Ruhm erworben hat, nur deshalb und ausschließlich aus diesem Grunde traten die Scharfmacher, Antisemiten und Konserverativen für ihren Schützling in die Schranken.

Auffehen erregte am Dienstag abend ein Schuhmannsaufgebot, das vor einem Gartenlokale in der Prenzlauer Allee postiert war.

Die Praktiken der Casseler Krankenunterstützungskasse haben wir wiederholt in unserm Blatte kennzeichnen müssen.

Der Königliche Polizeipräsident. Cassel, den 19. November 1908.

Die verschiedenen im Jahre 1908 durch das Kgl. Polizeipräsidium in Berlin veranlaßten Revisionen der dortigen örtlichen Verwaltungsstelle der Deutschen Krankenunterstützungskasse lassen erkennen, daß diese Verwaltungsstelle nicht ordnungsmäßig geleitet wird.

Die verschiedenen im Jahre 1908 durch das Kgl. Polizeipräsidium in Berlin veranlaßten Revisionen der dortigen örtlichen Verwaltungsstelle der Deutschen Krankenunterstützungskasse lassen erkennen, daß diese Verwaltungsstelle nicht ordnungsmäßig geleitet wird.

Die verschiedenen im Jahre 1908 durch das Kgl. Polizeipräsidium in Berlin veranlaßten Revisionen der dortigen örtlichen Verwaltungsstelle der Deutschen Krankenunterstützungskasse lassen erkennen, daß diese Verwaltungsstelle nicht ordnungsmäßig geleitet wird.

# Vorort-Nachrichten.

## Rigdorf.

**Stadtvorordneten-Versammlung.** Die Sitzung am Dienstagabend war von nur kurzer Dauer, wenigstens soweit die öffentlichen Verhandlungen in Frage kamen. Der erste Beratungsgegenstand war ein Antrag des Magistrats, in welchem ersucht wird, zum Zwecke der Schaffung von Arbeitsgelegenheit für arbeitslose Rigdorfer Einwohner die Erdarbeiten zur Fortführung des Schiffahrtkanals in Angriff zu nehmen. In der Begründung wird geltend gemacht, daß die Fällung am 17. November 8258 männliche Arbeitslose am Orte nachgewiesen habe und deshalb Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit dringend geboten sind. Alle vorliegenden Arbeiten sollen schleunigst zur Ausführung kommen und sind inzwischen die Kanalisierung der Kaiser-Friedrich-Straße sowie einige weitere Straßenbauten begonnen worden. Die beteiligten Unternehmer sollen gehalten werden, bei Einstellung von Arbeitern Rigdorfer Eingesehene zu bevorzugen. Die Erdarbeiten zur Fortführung des Schiffahrtkanals werden, soweit sie ohne Wasserhaltungsarbeiten auszuführen sind, von der Stadt in eigener Regie betrieben und die benötigten Löhne, Feldgehälter usw. angekauft. Hierbei werden ausschließlich Rigdorfer Arbeiter angestellt und zwar zunächst solche, die längere Zeit in Rigdorf wohnen. 300 Mann finden sofort und gleichzeitig Berücksichtigung, die dann nach einiger Zeit durch andere ersetzt werden sollen, um einer möglichst großen Zahl arbeitsloser Beschäftigter zu verschaffen. — Die Vorlage fand einstimmige Annahme; die Festlegung des Lohnes und die Einstellung der Arbeiter wurde der Tiefbaudeputation überwiesen.

Zu einer weiteren Vorlage bittet der Magistrat die Versammlung,

zur Unterstützung der Hinterbliebenen der auf der Jecher Radbod verunglückten Bergleute einen Betrag von 1000 M. aus den Mehrüberschüssen des Rechnungsjahres 1907 zu bewilligen.

Ohne Debatte wurde diesem Vorschlag zugestimmt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Vor Schluß der öffentlichen Sitzung war Stadtvorordnetenvorsteher Sander unter Bezugnahme auf die am 8. dieses Monats stattfindende Einweihung des neuen Rathsauses einen kurzen Rückblick auf die Ereignisse im alten Sitzungssaal, in dem die Versammlung nunmehr das letzte Mal getagt hat. Der Abschied im alten Saale konnte — so sagte er — für die Versammlung kein besserer sein, als durch die einstimmige Annahme der von Menschensliebe getragenen Vorlagen der heutigen Sitzung. Diese Worte sind gewiß wahr; bleibe nur zu hoffen, daß die darin gefeierten Gefühle bei der Wehrheit auch noch im neuen Domizil verhalten und dort eine dauernde Stätte finden.

In geheimer Sitzung beschloß die Versammlung, dem Antrage der eingeleiteten Kommission folgend, zur Ehrung des verstorbenen Oberbürgermeisters Boddin eine Stiftung für hilfsbedürftige alte Rigdorfer Bürger und Bürgerinnen mit einem Kapital von 50 000 M. zu begründen. — Ferner fanden einige Grundstücksangebote ihre Erledigung.

Die Genossenschaftsbewegung Groß-Berlins ist nach mehrjähriger Stagnation in einer lebhaften Aufwärtsbewegung begriffen. Am deutlichsten prägt sich dies in den Mitgliederzahlen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend aus. Das Geschäftsjahr 1906/7 schloß mit einer Mitgliederzahl von 5700, die sich im folgenden Jahre nahezu verdoppelte, indem sie auf 10 221 anwuchs. Im Verlauf von weiteren fünf Monaten (bis Ende November 1908) ist die Steigerung in verstärktem Tempo vor sich gegangen, so daß zurzeit die Genossenschaft über 17 000 Mitglieder zählt. In dieser Entwicklung ist auch Rigdorf in hervorragender Weise beteiligt. Erst im vorigen Jahre setzte hier die Agitation ein; das Resultat war, daß innerhalb eines Jahres drei Verkaufsstellen (Weißstraße 52, Emmerstraße 33 und Wildenbruchstr. 61/62) eröffnet werden konnten. Gegenwärtig beträgt die Zahl der Genossenschaftsmitglieder in Rigdorf allein über 2000. Am Freitag, den 4. Dezember, gelangt in der Friedelstr. 15 (Nähe des Reuterplatzes) eine weitere Verkaufsstelle, die 40. der Genossenschaft, zur Eröffnung, für welche bereits annähernd 400 Mitglieder gewonnen sind. Um das Verständnis für die genossenschaftliche Organisation auch in weitere Bevölkerungskreise zu tragen, finden am heutigen Donnerstag, den 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Lokalen von Zeidler, Reuterstr. 26, und Kurth, Kottbuserdamm 79, zwei öffentliche Versammlungen statt, zu deren Besuch im besonderen die Frauen eingeladen werden.

**Rigdorf.** Zu der am Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 4 Uhr, stattfindenden Uraufführung „Ueber den Montblanc“ sind nicht in allen Rathstellen sowie in der Parteipedition, Redarstr. 2, Billets pro Stück zu 65 Pf. inkl. Garderobe zu erhalten. Wir erlauben unsere Rathstellen, die nichtverkauften Billets unverzüglich bis spätestens am Freitag, den 4. Dezember, in der Parteipedition niederzulegen, da dieselben sonst als verkauft in Anrechnung gebracht werden. Der Ausschuss.

## Charlottenburg.

Auf der Polizeiwache zu erhängen veruchte sich dieser Tage der Schugmann Sühling vom 18. Revier in Charlottenburg. Er wurde aber rechtzeitig bemerkt, von Kollegen abgeknitten und nach dem Krankenhaus Westend überführt. Als Grund soll er dienstliche Differenzen mit seinem Vorgesetzten angegeben haben.

## Groß-Vichtersfelde.

Auf der Tagesordnung der Gemeindevertreterversammlung am Montag befand sich die Interpellation der Gemeindevertreter Delbrück und Jäger über die neue projektierte Straßenbahn. Die Interpellation hatte eigentlich nur den Zweck, dem Gemeindevorstand klarzumachen, daß er künftig in allen die Straßenbahn bezüglichen Fragen die Genehmigung beziehungsweise Entscheidung der Gemeindevertretung einzuholen habe. Bei der Verlegung der Gleise von der Stern- durch die Karlsruher Straße ist dies nicht geschehen. Gemeindevorsteher Delbrück führte aus, daß die Anlage einer neuen Straßenbahn vom Bahnhof Noltestraße nach dem neuen Zentralfriedhof an der Schönower Grenze durch den Kreis geplant und die Trasse bereits festgelegt sei. Infolge dieser neuen Straßenbahnlinie werde die Gemeinde noch mehr an den Kreis geteilt als bisher. Durch die Uebernahme der Bahnen von Siemens u. Halske durch den Kreis glaube man wohl auch eine festere Verbindung mit den betreffenden Vorortgemeinden herzustellen und den zentrifugalen Kräften auf Lösung vom Kreis entgegenzuwirken. Der bedeutendste Punkt sei, daß Vichtersfelde die Rentabilitätsgarantie übernehmen müsse; da erscheine es doch vorteilhafter, wenn die Gemeinde selbst das neue Straßenbahnprojekt durchführe. Vor allem handle es sich aber um die Frage: Habe die Gemeindevertretung das Recht, mitzusprechen, wenn derartige Projekte erörtert würden oder nicht? Die Gemeindevertretung sei weder bei dem zweigleisigen Ausbau der Straßenbahn in der Sternstraße noch bei der neuen Führung durch die Karlsruher Straße gefragt worden, obwohl es sich hier um wesentliche Änderungen im Sinne des Kleinbahngesetzes gehandelt und die Entscheidung der Gemeindevertretung hätte eingeholt werden müssen. Gegen diese Nichtachtung der Rechte der Gemeindevertretung müsse mit aller Schärfe aufgetreten werden. Der Interpellant macht dann dem Gemeindevorstande zum Vorwurf, daß er die im Interesse der Gemeinde liegenden finanziellen Gesichtspunkte nicht genügend berücksichtigt habe, und schreibt dies

dem Umstande zu, daß drei Mitglieder des Gemeindevorstandes der Kreisvertretung und ein weiteres dem Bahnverwaltungsrat angehören. Derartige Doppelstellungen seien bedenklich. Er wolle jedoch dem Gemeindevorstande mildernde Umstände bewilligen und für die Vergangenheit Indemnität erteilen unter der Voraussetzung, daß seitens des Gemeindevorstandes ohne weiteres anerkannt werde, daß er nicht befragt gewesen sei, ohne Zustimmung der Gemeindevertretung in der Straßenbahnfrage zu handeln und daß er künftig bei neuen derartigen Projekten die Genehmigung der Gemeindevertretung einholen werde. Als der Gemeindevorsteher Jäger im Begriffe war, die Interpellation noch von anderen Gesichtspunkten aus zu begründen, wurde er vom Gemeindevorsteher unterbrochen durch die Erklärung, daß der Gemeindevorstand sich einstimmig auf den Boden der Interpellation stelle und in Zukunft die Entscheidung der Gemeindevertretung eingeholt werde. Schöffe Dr. Lenzner erklärte, daß es sich bei der neuen Linie lediglich um ein Projekt handle; ein Antrag liege noch nicht vor. Gemeindevorsteher Delbrück verkenne völlig die Tätigkeit der Mitglieder des Vorstandes im Bahnverwaltungsrat und stelle die Dinge auf den Kopf; dem Bahnverwaltungsrat sei es gelungen, innerhalb zweier Jahre 400 000 M. für Verbesserungen im Straßenbahnverkehr vom Kreis zu erhalten — bei einer privaten Erwerbsgesellschaft wäre dies nie erreicht worden. Man könne sich unmöglich auf den verantwortlichen Standpunkt stellen und für jeden Meter mehr verlegten Gleises vom Kreis Entschädigungen beanspruchen, um so weniger, als auch das Geschäftsjahr 1907/08 für die Vichtersfelder Bahnen mit einem großen Verlust abschloß, so daß weder an irgendwelche Amortisation noch an ausreichende Ueberweisungen an den Erneuerungsfonds gedacht werden könne. Damit hatte die Besprechung der Interpellation ihr Ende erreicht. Sachlich und dem Zwecke nach war die Interpellation zweifellos vollumfänglich beantwortet. Dagegen erscheinen uns die Bedenken der Interpellanten bezüglich der Uebernahme der Bahnen und deren Betrieb durch den Kreis zum großen Teil ungerechtfertigt.

Die Gemeinde kann zufrieden sein, daß sie jetzt mit diesem und nicht mehr mit Siemens u. Halske, einem Privatunternehmen, das niemals auf die Bedürfnisse der Gemeinde Rücksicht zu nehmen brauchte und auch keine Rücksicht genommen hat, zu rechnen hat. Gewiß ist es richtig, daß in erster Linie die Kommune selbst den Bau von Straßenbahnen übernehmen sollte. Aber bei den mäßigen finanziellen Verhältnissen des Ortes und der wahrscheinlich noch auf Jahre hinaus dauernden Unrentabilität ist ein gemeinsames Zusammenarbeiten mit dem Kreis beifalls Ausdehnung des Straßenbahnnetzes nicht von der Hand zu weisen, um so weniger, als der Kreis an der Entwicklung der Gemeinde ein sehr großes Interesse hat und schon aus diesem Grunde weit entgegenkommender sein kann und muß als ein kapitalistisches Privatunternehmen, für das nur der eigene Profit der maßgebende Faktor ist.

## Friedrichsfelde.

Vor einer imposanten Volksversammlung sprach Genosse Adolf Hoffmann über das Thema: „Staat, Kirche, Schule.“ In seinen Ausführungen entwarf der Redner ein treffliches Bild von der Beziehung im Verhältnis zwischen Staat und Kirche; wie diese immer mehr Einfluß auf jenen gewann, je mehr die herrschenden Klassen ihrer bedurften, um das Volk in seiner Anhängerschaft zu erhalten. Dem Proletariat bleibe nur der Weg der Selbsthilfe, indem es durch massenhaften Austritt aus der Landeskirche deren Einfluß auf die Volksmassen auf ein solches Minimum herabdrückt, daß es der Regierung nicht mehr lobend erscheint, die in immer höherem Maße geforderten Mittel für die Kirche aufzuwenden. Andererseits müssen die proletarischen Eltern mehr als bisher in proletarischem Sinne dem Einfluß der verpönten Schule auf ihre Kinder entgegenwirken. Ungeheurer Weisfall bezugte die Uebereinstimmung der Versammelten mit dem Redner. Zu der Versammlung waren Geistlichkeit und Lehrerschaft schriftlich eingeladen worden. Aber nur einige Lehrer waren der Einladung erfolgt, von denen Gagnard mehrfach in die dem Vortrage folgende Diskussion eingriff. Er bemühte sich, die herrschenden Zustände in den Volksschulen im richtigen Lichte erscheinen zu lassen, war aber so ungeschickt, dem Genossen Hoffmann die innere Ueberzeugung und Wahrheitsliebe abzusprechen. Natürlich wurde ihm von den Referenten wie von den Genossen starker und wuchtiger Gehör beigemessen. Genosse Schwenk forderte sowohl zum Eintritt in die Partei als auch zum Austritt aus der Landeskirche auf. Erst nach 1/2 Uhr fand die interessante Versammlung ihr Ende.

## Bernau.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern früh 9 Uhr auf der Chaussee Bernau-Schönow. Das dem Bürgerlichen Brauhaus in Bernau gehörige Fuhrwerk befand sich mit drei Herren auf einer Geschäftstour. Durch einen nicht vorhergesehenen Umstand wurden die Tiere wild und raften im Galopp die Chaussee entlang. Der Kutscher, welcher die Gewalt über die Tiere vollständig verloren hatte, blieb auf dem Wagen sitzen, während die Insassen, der Direktor des Bürgerlichen Brauhauses und die beiden anderen Herren verunsichert, in voller Fahrt aus dem Wagen zu springen. Zwei von den Insassen gelang dies auch ohne Schaden zu nehmen, während der dritte, der Restaurateur Gustav Labotte aus Bernau, beim Herauspringen stürzte und so unglücklich mit dem Kopfe auf die Chaussee fiel, daß er besinnungslos liegen blieb. Passanten trugen denselben nach einem nahe gelegenen Restaurant, wo ein sofort hinzugerufener Arzt eine schwere Gehirnverletzung sowie eine Verziehung der rechten Kniekehle feststellte. Der Verletzte wurde mittels Droschke in seine Wohnung gebracht. Die Pferde waren mit dem Kutscher weiter gerast und hatten sich später auf einem Ackerland festgesetzt. Der Kutscher kam mit dem bloßen Schrecken davon.

## Potsdam.

Der Potsdamer „Schwanenwäter“, Fischermeister B. Lecker, ist gestorben. Mit ihm ist eine typische Persönlichkeit dahingegangen, die fast jedem alten Potsdamer bekannt war. Meister Lecker, der ein Alter von 71 Jahren erreicht hat, war der Schwanenwäter, und nicht umsonst gab ihm der Volksmund diesen „Titel“. Lecker war mit dem Einfangen und der Fütterung der Havelschwäne betraut und mit einer hingebenden Treue entledigte er sich seines oft mühevollen Auftrages. Wenn irgend ein unvalider Schwann auf den Havelseen wie ein Wack herumgetrieben wurde, dann war es Meister Lecker's Aufgabe, den Patienten ans Schiffsgelede zu bringen, ja es kam vor, daß er noch ärztliche „Hilfe“ holen mußte. Das Schwanenwäter war aber auch dankbar gegen seinen Pfleger. Er brauchte nur seinen bekannten Ruf hören lassen, dann kamen die heiligen Tiere der Leda in Scharen herbei und verschlangen die ausgeworfene Nahrung. Viele Schwäne, die sonst schon jedem auswichen, fraßen dem Schwanenwäter aus der Hand. Seine eigentliche Domäne war das Havelufer am Lustgarten. Dort lag der offizielle Futterplatz und dort versammelten sich die hungrigen Tiere.

## Eingegangene Druckschriften.

Jahre des Grams. Erinnerungen einer russischen Mutter. Von Frau A. R. Sawenkow. Uebersetzt von G. Ende. Drosch. 1 B., geb. 2 M. — Verlag Dr. F. Ledermann, Berlin W. 60.

einen anderen Geschäftsführer hat ebensowenig vermocht, den Einfluß Peters auf die Geschäftsführung auszuschalten, wie ihr, an Peter gerichtetes und diesem durch Vermittlung des Königl. Polizei-Präsidenten Berlin am 22. August d. Js. zugestelltes Schreiben vom 8. desselben Monats, in welchem Sie Herrn Peter ausdrücklich jede Tätigkeit für die Berliner Verwaltungsstelle unterlagen. Nach dem Revisionsergebnis kann auch der derzeitige Geschäftsführer Reugebauer, welcher offenbar unter dem Einflusse Peters handelt, nicht als geeignet angesehen werden, die Geschäfte der Verwaltungsstelle weiterzuführen.

Der gegenwärtige Zustand darf von Aufsichts wegen nicht länger geduldet werden.

Es ergeht daher an Sie hiermit die Aufforderung, binnen 8 Tagen, von Zustellung dieser Verfügung an gerechnet, zu beantragen, daß die Leitung der Berliner örtlichen Verwaltungsstelle einem anderen Geschäftsführer übertragen wird, und zwar muß diese Neuregelung so getroffen werden, daß ein direkter oder ein indirekter weiterer Einfluß Peters und des gegenwärtigen Geschäftsführers Reugebauer ausgeschlossen wird.

Sollten Sie dieser Anordnung nicht binnen der gefetzten Frist nachkommen, so werde ich in Erwägung ziehen, ob nicht durch amtliche Bekanntmachung in den Zeitungen vor dem Beitritt zur Kasse zu warnen ist.

J. S.: Daad.

An die Deutsche Krankenunterstützungskasse (E. S.)

z. S. des Herrn Direktors Bussien

Hier, Lessingstr. 2.

Wie uns mitgeteilt wird, sind inzwischen die Herren Peter und Reugebauer ihrer Ämter entsetzt worden. Uns wundert nur, daß die Aufsichtsbehörde nicht schon viel früher energisch eingegriffen hat. Das ganze geschäftliche Gebaren gab doch schon längst die Handhabe hierzu.

Bei einem Automobilunfall wurde gestern der Chefredakteur vom „Berliner Vorposten-Courier“, Herr J. Landau, verletzt. Herr Landau begab sich abends von der Redaktion aus in einer Automobil-Droschke zur Premiere von Bernsteins „Israel“ in das Neue Theater. An der Ecke der Oberwall- und Jägerstraße fuhr der Chauffeur, dessen Gefährt auf dem schlüpfrigen Asphalt ins Gleiten gekommen war, auf einen Straßenbahnwagen auf. Herr Landau wurde herausgeschleudert und erlitt neben mehreren Kopfverletzungen durch Glasplitter eine heftig blutende Wunde über dem rechten Auge und leichte Quetschungen an Armen und Beinen. In einer Droschke begab sich der Verletzte zur nächsten Unfallstation, wo ihm die Wunde vernäht und die Beine bandagiert wurden. Die Automobil-Droschke wurde bei dem Anprall völlig zertrümmert. Der Chauffeur hatte, wie auf der Unfallstation in der Brüderstraße festgestellt wurde, eine schwere Gehirnerschütterung davongetragen und wurde in bestimmungslosem Zustande nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt werden.

Das Apollotheater hat sein Dezemberprogramm aus fast ausschließlich erstklassigen Varieténummern zusammengestellt. Als ein Varietéstars erster Größe wird uns M. z. i. G. z. i. vorgestellt. Sie hat die alte Schule laudäufiger Soubrettenkunst längst verlassen und tritt als Vortragskünstlerin auf. Sie tut das in ihren Originalnummern: „Im Rausch“, „Im Reiche der Taube“ und „Im Todeskampfe der Papagei“. Ihre Darbietungen sind fein pointiert, ihre Bewegungen machen einen gewissen vornehmen, nicht gesuchten Eindruck, und ihr zuzuhören ist ein ästhetischer Genuß. Auf dem Gebiete der Akrobatik leisten die Brothers Schenk unerreichtes. Dazu kommen die Gusi und Georg Adler mit einer humoristischen streichlichen Alpenzene, und die graziose Ruffinstrumentalistin Todea Madri. Besondere Ansprüche an die Lachmuskeln des Publikums stellt der Humorist Siegwart Gentes, der mit seiner „frommen Selene“ noch heute das Publikum aufs trefflichste amüsiert.

Das Mitgliedsbuch des Deutschen Metallarbeiterverbandes Nr. 882 ist am Montag auf dem Wege von der Feuerstraße bis Sedanstraße in Schöneberg verloren gegangen. Der eventuelle Finder wird um Abgabe an Joeschke, Schöneberg, Feuerstr. 62, gebeten.

Wie stellen sich die sozialdemokratischen Abstinenz zur Alkoholversteuerung? Man findet noch vielfach die Meinung vertreten, daß die Abstinenz eigentlich ein Interesse daran haben müßten, daß Bier und Branntwein möglichst hoch besteuert würden. Ganz abgesehen davon, daß sie — wenn sie Sozialdemokraten sind — prinzipielle Gegner jeder indirekten Steuer sind, so wissen sie außerdem nur zu genau, daß weder die Biersteuer noch das Branntweinmonopol geeignet sind, den Alkoholkonsum einzuschränken. Am derartige irrtümliche Auffassungen — wie oben angedeutet — zu widerlegen, findet am Freitagabend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Davidsohn referieren wird über: „Alkoholbesteuerung und Abstinenz“.

**Feuerwehrbericht.** In der letzten Nacht kam um 8 Uhr in der Wilhelmstr. 94/96, Ecke Prinz-Albrecht-Straße, Feuer aus, das auf eine Kammer beschränkt werden konnte. Der 7. Zug hatte in der Strofauer Allee 84 zu tun, wo um Mitternacht das Troisdengedäch in Flammen stand. Heute früh kam in der Wasserstr. 39 Feuer auf. Dort brannten Holzger und anderes in einer Tischlerei, und gleichzeitig in der Kesselftr. 7 ein Schornstein. Der 12. Zug wurde nach der Steglitzer Straße 27 gerufen, wo in dem Neubau der Pianofabrik von H. Jacob Sohn Kästen mit Schwefel, Feuerzeuge und Säubretter brannten. Der Automobilzug hatte in der Landsberger Allee 53 zu tun. Möbel brannten dort in einer Wohnung. Der 1. Zug mußte einen kleinen Wohnungsbrand in der Landsberger Straße 52 löschen, und der 19. Zug einen Brand, der in einem Geschäftstraum in der Leipziger Straße 30 ausgekommen war. Durch Umfallen einer brennenden Petroleumlampe entstand in einer Wohnung in der Schreinerstr. 30 ein Brand, der schnell gelöscht werden konnte. In der Chausseestr. 54 war ein Ballon mit Salzsäure geplatzt. Durch Auswerfen von Sand wurde die Gefahr beseitigt. Außerdem hatte die Wehr noch an einigen Stellen Hilfe zu leisten.

## Ihren ersten Kunstabend

veranstalten am kommenden Sonnabend die Genossen des Gesundheitsvereins in dem Ballschmiederschen Lokale in der Badstraße. Dem Wunsch zahlreicher Mitglieder des Wahlvereins des Gesundheitsvereins nach Befriedigung des Kunstbedürfnisses folgend, hat sich das zu diesem Zwecke eingesetzte Komitee bemüht, durch Gewinnung eines guten Dirigenten, einer leistungsfähigen Konzertsängerin und eines ausgezeichneten Regitators, wozu noch Violinvirtuosen kommen, am Sonnabend, den 5. Dezember, einen wirklichen Genuß versprechenden Abend vorzubereiten. An den Genossen liegt es nun, dafür zu sorgen, daß der Besuch ein solcher wird, daß wenigstens die nicht geringen Kosten gedeckt werden durch Verbreitung der nur 50 Pf. betragenden Billets. Das Konzert beginnt pünktlich 9 Uhr. Kindern kann im Interesse des Gelingens des Abends kein Zutritt gewährt werden.

# Schützt Euch vor Influenza!

Die Influenza ergreift nur diejenigen, deren Blut resp. Blutkörperchen nicht stark genug sind, um siegreich den Kampf gegen die eindringenden Influenza-Bakterien anzufechten. Die Wahrung des Blutes muß stärker sein, die Herz-tätigkeit erhöht werden; deshalb trinke man 1/2 Stunde vor jeder Mahlzeit, also vor dem 2ten Frühstück, vor dem Mittag- und Abendessen je 1/2 Glas

**Santa Lucia Kraft-Rotwein.**

Derselbe wirkt heilsam auf den ganzen menschlichen Organismus.



